DEUTSCHE ARCHITEKTUR

HERAUSGEBER: DEUTSCHE BAUAKADEMIE, BERLIN,
BUND DEUTSCHER ARCHITEKTEN

8

1956

Der erste Teil des vorliegenden Heftes beschäftigt sich an Hand von praktischen Entwürfen und einigen theoretischen Untersuchungen mit Fragen der Industrialisierung und der Typenprojektierung. Der zweite größere Teil dieses Heftes ist einigen Diplomarbeiten der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar gewidmet. Wir möchten damit einem Wunsche entgegenkommen, der in der letzten Zeit vielfach geäußert wurde. In Aussprachen und Diskussionen wurde von verantwortlichen Fachleuten mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, unseren jungen Architekten an Hoch- und Fachschulen große Aufmerksamkeit, Liebe und Sorgfalt zu widmen. Die Redaktion der Zeitschrift „Deutsche Architektur" führte kürzlich eine Leserversammlung mit den Studenten der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar durch. Die Veröffentlichung der Diplomarbeiten, die in Heft 9 fortgesetzt wird, ist gleichsam ein Ergebnis dieser Aussprache und ein Beitrag zur weiteren Entwicklung der Diskussion. Wir glauben, daß diese Arbeiten das Bestreben offenbaren, sich mit den wissenschaftlichen, technischen und künstlerischen Aufgaben der Architektur ernst auseinanderzusetzen und den Boden vorbereiteten, um auch die neuen Probleme des Bauens in die Tätigkeit der Hochschule aufzunehmen.

Dem Lehrkörper der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, insbesondere Herrn Professor Englberger und Herrn Professor Schmidt, vor allem aber den Absolventen sagen wir für ihre Bereitwilligkeit, bei der Gestaltung dieses Heftes mitzuwirken, unseren Dank.

Ein Typenprojekt für Großblockbauweise

Architekt Herbert Schiweck

Zentrales Entwurfsbüro für Hochbau des Ministeriums für Aufbau

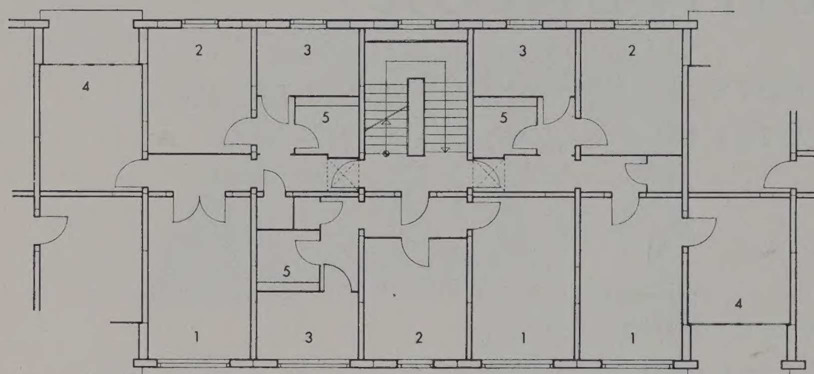


Abbildung 1: Dreispänner-Grundriß mit zwei 3-Zimmerwohnungen und einer 2-Zimmerwohnung für Querwandbauweise

1 *Wohnzimmer* – 2 *Schlafzimmer* – 3 *Küche* – 4 *Kinder- bzw. Arbeitszimmer* – 5 *Bad mit WC*

Das Zentrale Entwurfsbüro für Hochbau des Ministeriums für Aufbau hat als Beitrag zur Durchsetzung der Industrialisierung im Bauwesen die Aufgabe übernommen, ein Typenprojekt in Form eines 4geschossigen Wohnblockes mit 4 Sektionen für magistrale Bebauung (Standort Stalinstadt) auszuarbeiten. Dieses Typenprojekt soll eine O-Serie in Großblockbauweise darstellen.

Als Wohnungsgrundriß wurde der vom Institut für Wohnungsbau der DBA ausgearbeitete Dreispänner-Grundriß für Großblockbauweise mit tragenden Querwänden und einem Raster von 40 cm für den Wohnungsbau 1958 zugrunde gelegt. Dieser Grundriß hat im Laufe der Bearbeitung mehrere Änderungen erfahren müssen. Für die Ausarbeitung des Typenprojektes wurde der in Abb. 1 dargestellte Grundriß von der HV Städtebau und Entwurf des Ministeriums für Aufbau bestätigt. Die Maßordnung DIN 4172 ist bei dieser Projektierung einschl. der Dienstanweisung Nr. 180 des Ministeriums für Aufbau nicht mehr verbindlich, und das Grundmaß ist 10 cm.

Der Wohnblock enthält 48 Wohnungen. Die Wohnung selbst besteht aus Küche, Bad, Abstellraum und 1 bis 5 Zimmern.

Bauart: Querwandbauweise.

Querwände 19 cm dick, Achsabstand aller Querwände 3,60 m. Dadurch lichte Raumbreiten einschl. Treppenhaus 3,41 m. Achsabstand der 19 cm dicken Mittelwand zu den 29 cm dicken Außenwänden von Mitte Mittelwand bis 9,5 cm in die Außenwände (Systemlinien) = 5,60 m. Lichte Raumtiefen dadurch 5,41 m.

Aus dieser Bauart heraus ergeben sich folgende Raumgrößen:

Wohnzimmer	18,45 m²
Schlafzimmer	13,90 m²
Kinderzimmer mit Loggia . . .	14,36 m²
Küche	7,57 m²
Bad	3,36 m²

Die Küchen erhalten außer eingebauten Küchenmöbeln einen 3-Loch-Gasherd mit Bratofen, eine 2teilige Spüle und einen Kühlschrank.

Die Bäder erhalten eingebaute Badewannen, ein großes Waschbecken und 1 Klosettbecken. Die Wände der Bäder werden in 1,6 m Höhe mit feuchtigkeitsunempfindlichen Platten in Größe von 1,05/1,60 m belegt.

VERSORGUNGSEINRICHTUNGEN

1. Be- und Entwässerung in Küche und Bad mit Kalt- und Warmwasser,
2. Gas in der Küche für den Küchenherd,
3. Entlüftung: Innenbäder mechanisch, Küche thermisch und zusätzlich durch einen Lüftungsflügel im Fenster,
4. Heizung als Zentralheizung mit Porzellanradiatoren,
5. Starkstromanlagen für Licht und zusätzliche Heizung durch Anschluß eines elektrischen Heizkörpers an einen Sonderstromkreis im Wohnzimmer,
6. Fernmeldeanlagen.

Zu 1–3: Der Kollege Otto Naumann als Spezialingenieur ließ sich von dem Gedanken leiten, daß die konsequente Entwicklung der industriellen Bauweise mittels Großblöcken auch für die Versorgungseinrichtungen entsprechende Maßnahmen erfordert.

Auf Grund der konstruktiven Zusammenhänge wurde der Installationsblock nicht als Leichtbetonblock mit eingelagerten Rohren entwickelt, sondern als Korb aus Winkelstählen bzw. Leichtmetallprofilen, der alle Steigeleitungen einschl. Lüftungskanälen und Objektanbindungen enthält und zugleich als Befestigungsrippe für die Verkleidungsplatten dient (siehe Abb. 3).

Die Platten werden auf dem Stahlrahmen mit Kopfschrauben auf aufgeschweißtem Stehbolzen befestigt. Der Installationskorb wird als Fertigteil mit allen Versorgungsleitungen einschl. Lüf-

tung im Montagewerk vorgefertigt und als Bauelement mit einem Stückgewicht von ca. 400 kg versetzt. Nach dem Versetzen dieses Installationskorbes erfolgt die vorbereitete Verbindung der einzelnen Rohrleitungen, die Verkleidung des Korbes und die Anbringung der Objekte. Über den Abflußstrang aus PVC-Material werden alle Objekte einschl. der Fußbodenentwässerung im Bad entwässert.

Kaltwasser wird über eine untere Verteilung, Warmwasser über eine obere Verteilung den Objekten zugeführt. Die obere Verteilung des Warmwassers erspart eine besondere Zirkulationsleitung und ermöglicht niedrigere Temperaturen in den Kellern. Die Gaszähler werden in einem zum Treppenhaus offenen Kellervorraum angebracht; die Zähler sind damit leicht zugänglich und prüfbar. Es entfallen die Zählernischen in den Wohnungen bzw. auf den Podesten.

Für die Innenbäder ist ein Lüftungssystem erforderlich, das eine Funktion der Anlage zu jeder Jahreszeit gewährleistet.

Jede Küche und jedes Bad erhalten einen Lüftungskanal im Installationskorb aus Asbestzement.

Im Dachgeschoß ist für die Lüftungskanäle der Bäder eine kleine motorische Lüftungsanlage eingebaut, die durch eine einmalige Druckknopfbetätigung in den Bädern – ähnlich der Lichtschaltung im Treppenhaus – die Raumluft einmal erneuert. Das Nachströmen der Luft erfolgt aus den übrigen Räumen der Wohnung. Die Abluftklappen im Bad und in der Küche sind regulierbar. Außerdem ist für jeden Abluftschacht über dem Ventilator eine Schwerkraftklappe eingebaut, die bei Inbetriebnahme der Anlage den Schacht in Saug- und Druckkanal trennt und außerhalb der Einschaltezeit eine thermische Lüftung ermöglicht.

Zu 4: Die Heizung projektierte unser Kollege Herbert Stelter. Die Gesamtversorgung des Baublockes in Großblockbauweise mit Wärmeenergie erfolgt in üblicher Art über eine Umformstation, die an ein Hochdruckdampf-Fernheiznetz angeschlossen ist. Die Rohrführung im Keller und im Dachgeschoß ist so bemessen, daß eine möglichst geringe Anzahl von zusätzlichen Wandblöcken mit vorgefertigten Durchbrüchen benötigt wird. Die Deckendurchlässe für die Heizungssteigestränge erfordern ein zusätzliches Deckenelement, das außerdem noch an anderer Stelle für die Unterbringung von Elektro-Steigeleitungen verwendet wird.

Die Heizungsstränge werden im Montagewerk vorgefertigt und auf der Baustelle zusammengeschweißt, so daß auch dort eine erhebliche Verkürzung der Montagezeit erfolgen wird.

Zu 5: Unser Elektroingenieur für Starkstrom, Koll. Otto Ulrich, hat die Genehmigung erwirkt, daß die Elektrozähler ebenfalls im Kellervorraum des Treppenhauses – wie die Gaszähler – zentral untergebracht werden können. Die Zuleitungen zu den Wohnungen leiten deshalb nur gezählten Strom. Für die Elektroinstallationen kommt die Flachbauweise (Stegleitung) zur Anwendung. Diese Installationsart bestimmt sich durch die zur Anwendung kommenden Trockenputzplatten.

Zu 6: Unser Elektroingenieur für Schwachstrom, Koll. Paul Schlegel, projektiert die erforderlichen Rohrnetze für Türklingel, Fernsprechanlage und Antennenanlage in UP-Montage. Alle sonstigen Installationen erfolgen in üblicher Bauweise.

KONSTRUKTION

Auftragsgemäß beträgt die Laststufe für diesen Wohnblock in Großblockbauweise 750 kg. Das Projektieren verlangt in statischer und konstruktiver Hinsicht eine gewisse Umstellung. Die Bauelemente werden auf der Baustelle zu einem einheitlichen Ganzen zusammengefügt, und es ist bei einem solchen Montagebau besonders auf die Stabilität zu achten, d. h., es müssen die Forderungen der DIN 1053 genau eingehalten werden.

Die Aufstellung der statischen Berechnung liegt in Händen unseres Kollegen Fritz-Werner Haase, die konstruktiven Einzelheiten werden in engster Zusammenarbeit mit ihm gelöst.

Fundamente:

Schwerbetonblöcke, die als Fertigteile auf einer 5 cm starken sorgfältig eingebrachten ebenen Magerbetonschicht in Mörtel versetzt werden.

Kellerwände:

Schwerbetonblöcke, die im Verband und in 3 Schichten versetzt werden. Ihre Dicke für die Außenwände beträgt

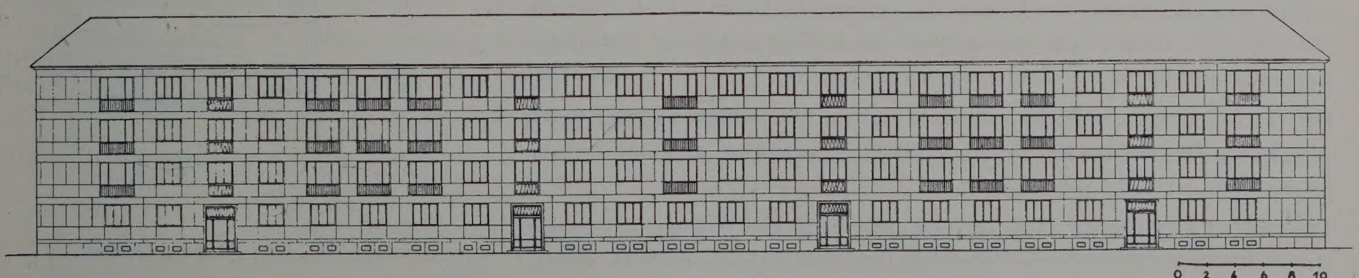


Abbildung 2: Vorderansicht

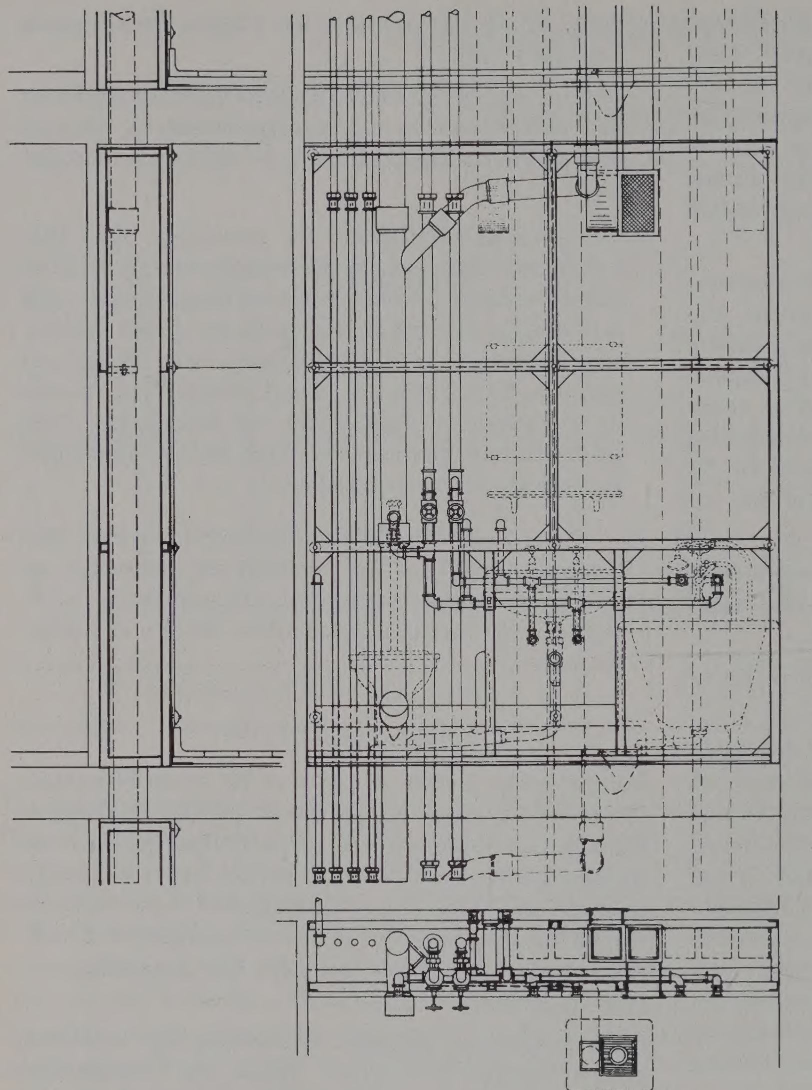
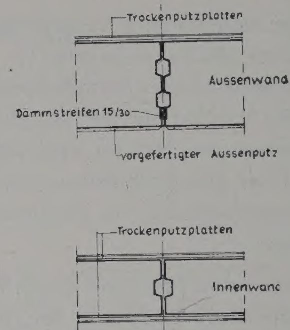


Abbildung 3: Installationsblock



Wände der Wohngeschosse:

Leichtbetongroßblöcke aus Hüttenbimsbeton vom EKS Stalinstadt. Die Außenwandblöcke werden mit fertigem Außenputz versetzt. Für die Berechnung der Blockgrößen wurden folgende technische Daten festgelegt:

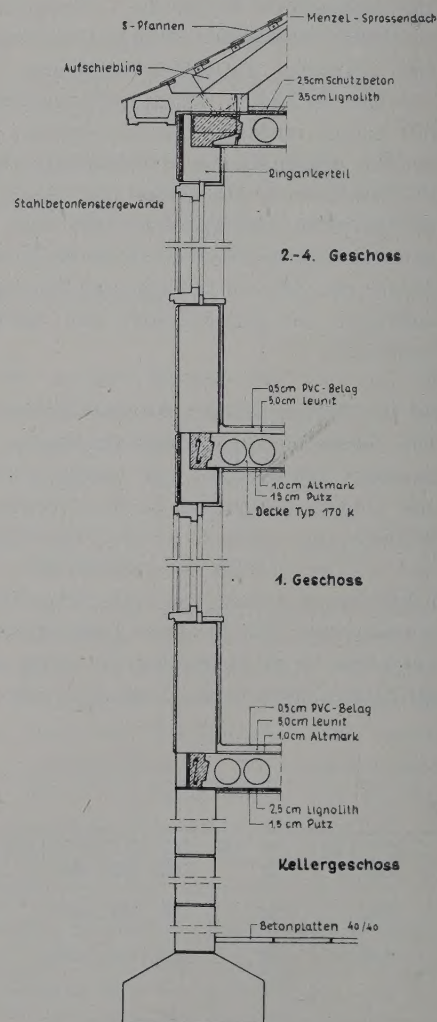


Abbildung 4

bei einem $\gamma = 2200$ kg/m³ 29 cm. Die Blockabmessung ist auf 1,20/0,85/0,29 m festgelegt. Das Versetzen der Kellerblöcke im Verband bringt eine gleichmäßige Verteilung der Lasten auf den Baugrund und erspart einen Ringankerbalken über den Fundamenten.

Die Schwerbetonblöcke der Innenwände sind 19 cm dick und haben auf Grund der geringeren Dicke andere Längen und werden in 3 Schichten im Verband versetzt.

Die stumpf gegen die Außenwände stoßenden Innenwände erhalten am Stoß in jeder Fuge einen Flacheisenanker. Für die Montage der Kellerwände sind unter Berücksichtigung der Dehnungsfugen und Giebel ca. 15 verschiedene Blockelemente erforderlich. Die oberhalb des Geländes sichtbar bleibenden Kelleraußenblöcke werden steinmetzmäßig bearbeitet.

Für die Belichtung der Keller sind einbetonierte Stahlbetonfenster im Block vorgesehen. Die Kellertüren werden in Stahlbetongewände montiert und zusammen als Fertigteil versetzt.

Die leichten Trennwände im Keller und auch die in den Wohngeschossen bestehen aus 5 cm dicken Schaumbetonplatten vom Leichtbetonwerk Frankfurt/Oder in den Abmessungen 2,45 bzw. 2,75 m × 1 m.

Außenwand: σ 50 kg/cm², γ 1500 kg/m³

Innenwände: σ 75 kg/cm², γ 1650 kg/m³.

Die Blöcke in der Außenwand werden in 3 Schichten versetzt:

1. Schicht = Brüstungshöhe,
2. Schicht = Oberkante Fenstergewände,
3. Schicht = Ringankerbalken.

Die Blöcke in der Innenwand werden in drei gleich hohen Schichten versetzt. Die Verankerung der Innenwände mit den Außenwänden erfolgt in der Höhe der unteren Schicht und in der Höhe der 2. Schicht nach Abb. 4.

Die Blöcke der Innenwände werden Fuge auf Fuge versetzt, jedoch geschoßweise im Verband, um in den Scheiben durchgehende Rissebildungen zu vermeiden.

Die Wohnungstüren sind als Blendrahmentüren mit einem aus Hartfaserplatten gepreßten Türblatt in Stahlbetongewänden montiert und werden zusammen als ein Fertigteil versetzt. Die Türgewände haben eine lichte Höhe von 2,75 m und sind als Pendelstütze berechnet. Die Türgewände liegen in allen Geschossen senkrecht übereinander. Die Querwände (Scheiben) mit einem Türgewände können als ausgesteift angesehen werden, da in Anlehnung an die Arbeitsanweisung für Wände in Beton und Stahlbeton sie als 3seitig gehalten angenommen werden, wenn die Knicklänge mit 0,8 für die Schlankheit angesetzt wird.

Für die Herstellung der Leicht- und Schwerbetonblöcke ist liegende Fertigung in Stahlformen vorgesehen. Vor dem Bedampfen der Blöcke wird der Außenputz mit porösen Zuschlagstoffen in Stärke von 2 cm aufgebracht. Nach dem Abbinden erhält der Außenputz noch vor der Montage im Spritzverfahren einen Silikatfarben- und anschließend einen Silikonanstrich.

Für die Lager- und Stoßfugen (siehe Abb. 4) wird Mörtel mit einem γ von 1400 kg/m³ und einer Druckfestigkeit von 25 kg/cm² verwendet.

Der vorgesehene Dämmstreifen in der Stoßfuge dient als Wärmedämmung und verhindert das Herausquellen des Mörtels nach außen. Die Montage der Außenblöcke erfolgt, bedingt durch den Außenputz, mittels einbetonierter Montageösen. Für die Wände der Wohngeschosse werden ca. 24 verschiedene Blockelemente benötigt.

Die Fenster werden in steinmetzmäßig bearbeitete bewehrte Kunststeingewände als doppelte Blendrahmenfenster eingesetzt und zusammen als Fertigteil versetzt.

Decken:

Die Decken bestehen aus Fertigteilelementen.

Gewählt wurde auftragsgemäß der von der Deutschen Bauakademie in der Entwicklung befindliche Typ 170 K (Kälodecke) mit einem Stückgewicht von 750 kg. Ihre Zulassung liegt noch nicht vor.

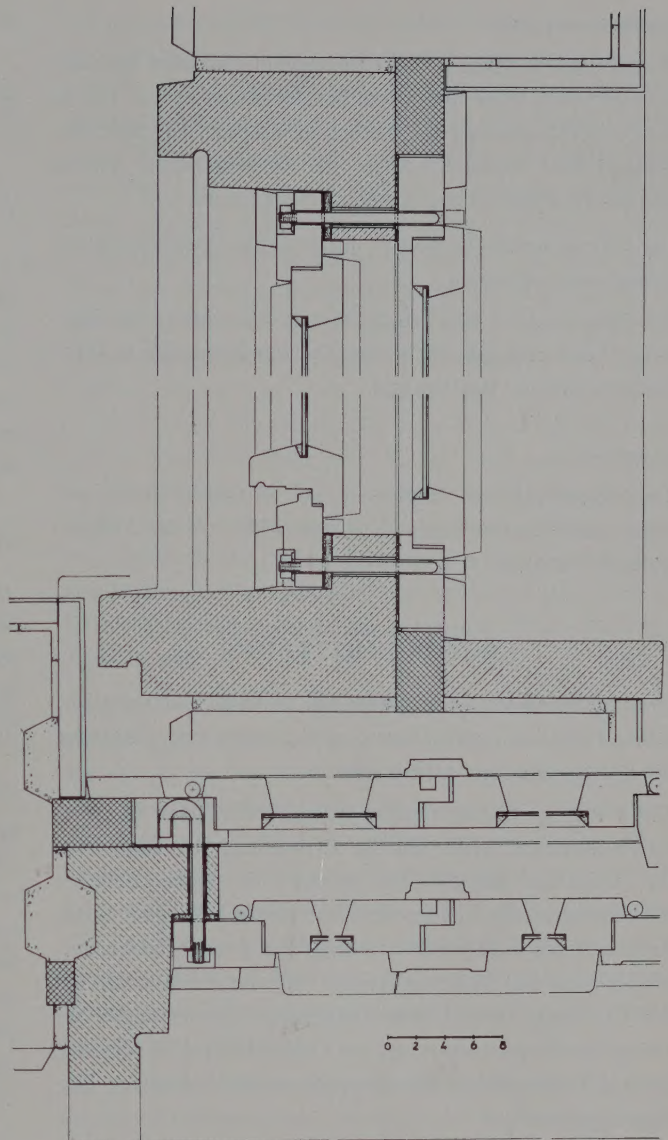


Abbildung 5

Die Decke liegt allseitig 9,5 cm auf den Wänden auf (siehe Abb. 4). In Deckenhöhe wird ein Ringanker über die Scheiben- und Außenwände geführt, der nach den Richtlinien der Großblockbauweise bemessen wurde.

Zur Ausschaltung der Kältebrücke erhalten die Ringankerblöcke außen eine Holzwolldämmplatte.

Treppen:

Die Treppen bestehen aus 3 gleichen lamellenartigen Laufelementen mit gleichen Laufgängen und einem Podestbalken. Das Stückgewicht beträgt wiederum 750 kg. Für die Differenzstufen im Erdgeschoß ist ein zusätzliches Element erforderlich. Die Tritt- und Setzstufen werden mit Terrazzoplatten belegt.

Dachkonstruktion:

Menzel-Sprossendach gemäß Enzyklopädie mit einer Neigung von 37°, jedoch ist durch den Scheibenabstand von 3,60 m eine Umprojektierung des Daches erforderlich. Der Sparrenabstand wird demnach 1,80 m, der Strebenabstand 3,60 m und die Haustiefe in den Systemlinien 11,20 m.

Die Walme werden in Holz projektiert. Die Dacheindeckung erfolgt mit S-Pfannen.

Das Ziegeldach ist ein Fremdkörper in der industriellen Bauweise. Entwicklungen für andere Dacheindeckungen in Plattenform sind in Bearbeitung.

Innenputz:

Trockenputzplatten, bestehend aus Altmarkplatten mit einer 3 mm starken Gipsschicht, entwickelt bei der Aufbauleitung Stalinstadt.

KOSTENERMITTLUNG

Die Industrialisierung im Bauwesen verändert die sozialistischen Produktionsverhältnisse und fordert eine Änderung des wirtschaftlichen Arbeitsablaufes.

Unser Kollege Werner Geiger, als verantwortlicher Bauwirtschaftsingenieur, steht bei der Errechnung der Baukosten vor Aufgaben, die über den Rahmen der bisher üblichen Kostenermittlung hinausgehen. Wir stehen z. Z. noch in den Anfängen des industriellen Bauens und deshalb fehlen verständlicherweise Erfahrungswerte für die Preisgestaltung. Als Grundlage dienen bisher nur einige Auswertungen der Deutschen Bauakademie und des Entwurfsbüros für Typung, die auf Teilprojekten basieren und uns als Anhalt zur Verfügung stehen.

Ein Bauvorhaben, in industrialisierter Bauweise projektiert, erfordert zu den bisher üblichen Leistungen der Entwurfsbetriebe nach dem Sonderdruck des Gesetzblattes Nr. 150 ein Arbeitsprojekt, welches – kurz gesagt – die fundierte wirtschaftliche Bauzeit ist und die Grundlage für die Aufstellung der Kosten überhaupt darstellt.

Mit dem Arbeitsprojekt nimmt der Projektant Einfluß auf den wirtschaftlichen Arbeitsablauf und auf die Produktion in der Bauindustrie selbst. Damit erweitern sich die Aufgaben des Bauwirtschaftlers in unseren Projektierungsbetrieben und verlangen eine Zusammenarbeit mit den Arbeitsvorbereitungen der ausführenden Betriebe, deren Leistungen gebührenpflichtig werden müssen. Bei Anwendung der Preisverordnung Nr. 142, § 6, müssen also die Arbeiten des Projektanten und des ausführenden Betriebes für das Arbeitsprojekt per Nachweis gebunden werden.

Beim Strukturblatt des Kostenplanes macht sich durch die Industrialisierung eine Änderung in folgender Unterteilung erforderlich:

a) Herstellung der Teile (Beton- und andere Fertigteile, wie Fenster und Türen),

b) Komplettierung (Einbau von Fenstern und Türen in fertige Betonrahmen vor der Montage),

c) Transport u. Montage (die Transportkosten sind hier als gesonderte Positionen auszuweisen; sie werden nach Gewicht abgerechnet. Die Montagekosten müssen nach Stück abgerechnet werden, um somit erst einmal im Stadium der Entwicklung alle Kostenbestandteile erfassen zu können),

d) Restarbeiten (hierzu gehört der Ausbau).

Die Unterteilung der Leistungspositionen bereits nach a)–d) ist unzweckmäßig, weil damit ein zu großer Arbeits- und Schreibaufwand erforderlich wird.

Bei der Projektierung des Arbeitsprojektes selbst ergeben sich für den Bauwirtschaftler folgende Mehrarbeiten:

1. Aufstellung des Montageablaufplanes mit Transportbedarf,
2. Liste des Materialbedarfs für die einzelnen Herstellerwerke,
3. Ausfüllen des Bauelementen-Kataloges mit den entsprechenden technischen Daten,
4. Projektierung eines Baustelleneinrichtungsplanes,
5. Montageleitzeichnung zum Baustelleneinrichtungsplan einschl. der Arbeitstakte,
6. Arbeitsablaufplan nach Titeln,
7. Arbeitskräfteplan,
8. Maschinen- und Geräteeinsatzliste,
9. Bauelementen-Liste,
10. Tagesbedarfsliste für Baustoffe,
11. Transportplan.

Erst nach Vorliegen aller dieser Unterlagen ist es möglich, den wirtschaftlichen Arbeitsablauf festzulegen und damit den Kostenplan aufzustellen. Es ist jetzt Aufgabe des Projektanten, die Stückgewichtsziffer, d. h. das Verhältnis Stückgewicht im Durchschnitt zum Höchstgewicht, so genau aufzustellen, daß sich dieser Wert nach Möglichkeit der Zahl 1 nähert. Damit ist die volle Auslastung des Montagegerätes während des Montagevorganges gewährleistet und eine Selbstkostensenkung des Baubetriebes bei fortlaufender Auslastung des Kranes kaum noch möglich. Wie kann auch hier zur weiteren Selbstkostensenkung beigetragen werden?

1. Indem der Projektant versucht, die Stückgewichtsziffer noch günstiger zu gestalten,
2. indem er nunmehr auch auf die Vorfertigung der Einzelteile selbst Einfluß nimmt und versucht, die Industrialisierung in der Vorfertigung voranzutreiben.

Damit wäre dann auch hier durch Änderung der Produktionsverhältnisse eine weitere Senkung des Preises möglich.

Erst wenn auf diese Art und Weise genügende Erfahrungen gesammelt worden sind, wird es möglich sein, auch die Arbeit des Projektanten, insbesondere des Bauwirtschaftsingenieurs, zu vereinfachen und den Kostenplan auf Quadratmeterbasis, nicht Stückzahlbasis, oder Wohnungseinheitbasis aufzustellen. Damit ist auch hier die Errechnung der Baukosten nach Festpreisen möglich und ein weiterer Schritt in der ökonomischen Entwicklung getan.

Unsere Leistungen beschränken sich bis jetzt nur auf die Aufstellung der Massenberechnungen.

Es ist deshalb eine dringende Notwendigkeit, daß ein Betonwerk unter Verwendung des Zuschlagsstoffes Hüttenbims aus Stalinstadt mit der Fertigung von Großblöcken in Stahl- oder Aluminiumformen beginnt, um auf Grund seiner Technologie kalkulatorische Werte zu ermitteln.

Wir sind sogar der Meinung, daß es sich beim Typenprojekt lohnen wird, ein Modell anzufertigen, um die Arbeitsgänge so zu studieren und festzulegen, daß wir zu der wirtschaftlichsten Bauweise kommen und die Forderung „schneller, besser, billiger bauen" nun endlich verwirklichen. Wir sind der festen Überzeugung, daß die industrialisierte Bauweise nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten ein billigeres Bauen als bisher zur Folge hat. Verfrühte Anweisungen mit generellem Charakter über die Durchführung der Kalkulation für das industrielle Bauen halten wir für unzweckmäßig.

GESTALTUNG

Die Anwendung neuer industrieller Baumethoden wird und muß in der Gestaltung der einzelnen Bauten sowie im Städtebau zum Ausdruck kommen. Es wird schwer möglich sein, an einzelnen Bauten mit größeren Vor- und Rücksprüngen, verschiedenen Geschoßzahlen usw. zu arbeiten, wie es beispielsweise beim Mauerwerksbau mit hölzernen Dachkonstruktionen noch möglich war. Demzufolge muß der Städtebauer die industriellen Baumethoden beherrschen und berücksichtigen, um bereits hier mit der Gestaltung zu beginnen, was beispielsweise durch gute Differenzierung der Baukörper untereinander und gute Proportionen derselben möglich ist. Das schließt jedoch nicht aus, daß der Architekt sich gründlich mit der Industrialisierung auseinandersetzen muß. Bei unserem Typenprojekt sind wir bestrebt gewesen, möglichst wenig Blockelemente zu entwickeln, die ca. 750 kg wiegen, aber auch eine gute Gestaltung ermöglichen, da alle Stoß- und Lagerfugen sichtbar bleiben. Es wurden Brüstungsblöcke von 1,8 m Länge gewählt, die in ihren Höhen mit den Innenblöcken übereinstimmen. Dieses ist notwendig, um Verankerungen mit den Innenwänden vornehmen zu können. Weiter ergeben sich hieraus gleiche Pfeiler- und Fensterbreiten. Die Pfeiler setzen sich aus 2 Blöcken von je 90 cm Breite zusammen. Über den Pfeilern, von Mitte Querwand bis Mitte Querwand liegt der 50 cm hohe und 3,60 m lange L-förmige Ringankerblock. Diese 3 Blöcke sind die Grundelemente für den Aufbau der gesamten Fassade. Durch Hinzufügen eines 60 cm breiten Pfeilers und Brüstungselementen von 1,20 m und 1,50 m Länge ergeben sich weitere Gestaltungsmöglichkeiten durch die Anwendung von 2,40 m breiten Fenstertüren und Loggien. Bei weiterer Durcharbeitung wird sich zeigen, daß es noch mehr Möglichkeiten für eine gute Gestaltung gibt. Es darf auch nicht vergessen werden, daß hier die Farbe zu ihrem Recht kommen kann. Nicht zuletzt sind ja die sichtbar bleibenden Fugen, welche im Gegensatz zur rauhen Struktur des Außenputzes beim nachträglichen Verfugen glatt verstrichen werden, auch ein Gestaltungselement, worin das industrielle Bauen zum Ausdruck kommt.

Entsprechend unseren langjährigen Erfahrungen im Wohnungsbau in Stalinstadt und auf Grund von Diskussionen mit der Nationalen Front und der Aufbauleitung in Stalinstadt ist zum Grundriß noch folgendes kritisch zu bemerken: Das Durchschnittsalter der Bewohner von Stalinstadt ist 27 Jahre, der Geburtenzuwachs ist im Jahre 1955 mit 10% statistisch nachgewiesen worden und wird im Jahre 1956 15% betragen. Die Familien in Stalinstadt haben im Schnitt gesehen 3 Kinder. Damit leben dort vorwiegend kinderreiche Familien, und ihre Forderungen nach 3- und 4-Zimmerwohnungen sind berechtigt.

Durch das festgelegte Achsmaß der Querwände von 3,6 m ergeben sich Raumbreiten, die sich in der Nutzung der Räume unvorteilhaft auswirken. Es werden breitere und nicht so tiefe Räume gefordert, die jedoch bei 3- und 4-Zimmmerwohnungen eine Zweispänner notwendig machen. Große Beachtung schenkt die Bevölkerung der Anordnung der Küchen und Bäder. Die Trennung zwischen Toilette und Bad ist eine Forderung, die sich durch den Kinderreichtum der Familien rechtfertigt.

Das Bad soll möglichst geräumig und mit einer großen Badewanne ausgestattet sein. Der Einbau eines Bidets ist sehr erwünscht.

In der Küche müßten u. E. nach Fenster und Tür an den Schmalseiten liegen, um bessere Möglichkeiten für den Einbau der Möbel und Objekte zu schaffen und den funktionellen Ablauf zu verbessern.

Diese Betrachtungen deuten darauf hin, daß in Zukunft die Längswandbauweise die Querwandbauweise ablösen wird, da sich hierdurch vielfältigere Gestaltungsmöglichkeiten für Grundriß und Fassaden auch in der Großblockbauweise ergeben.

Fritz Liebscher

Mitglied des Beirates für Bauwesen beim Ministerrat der DDR

Fragen der Baukostensenkung

Der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik erfordert einen hohen Nutzeffekt der Investitionen.
Die charakteristische Besonderheit der Investitionen, die hier als Gesamtheit der Mittel für Investitionen, Generalreparaturen und Werterhaltung verstanden werden, liegt darin, daß für die erweiterte sozialistische Reproduktion, der Schaffung neuer Kapazitäten und Rekonstruktion vorhandener Grundmittel der laufenden Reproduktion ein beträchtlicher Teil des gesellschaftlichen Produkts entzogen wird.
,,Die Sache reduziert sich einfach darauf, daß die Gesellschaft im voraus berechnen muß, wieviel Arbeit, Produktionsmittel und Lebensmittel sie ohne irgendwelchen Abbruch auf Geschäftszweige verwenden kann, die wie der Bau von Eisenbahnen, für längere Zeit, ein oder zwei Jahre, weder Produktionsmittel noch Lebensmittel, noch irgendeinen Nutzeffekt liefern, aber wohl Arbeit, Produktionsmittel und Lebensmittel der jährlichen Gesamtproduktion entziehen."[1])
Aus dieser Feststellung ist abzuleiten, daß diese Abzweigung so sparsam wie möglich verwendet wird, ohne die geplanten Ziele zu beeinträchtigen. Größte Wirtschaftlichkeit und höchster Nutzeffekt sind die Forderungen jeder Investitionstätigkeit.
Da durch die Investitionen der weitaus größte Teil der Bauvorhaben und damit der Produktion der Bauindustrie bestimmt wird, bedeutet diese Feststellung zugleich die Forderung nach einer echten Baukostensenkung.
Die Höhe der Baukosten wirkt bestimmend auf die notwendige Höhe der Investitionsmittel, bei gegebenen Investitionsmitteln auf den Umfang der zu schaffenden Grundfonds.
Das Gesetz über den ersten Fünfjahrplan forderte eine Selbstkostensenkung der volkseigenen Bauindustrie um 26,5%.
Die Direktive zum zweiten Fünfjahrplan fordert ,,... in der volkseigenen Bauwirtschaft die Baukosten um 25% zu senken"[2]).
Es ist notwendig, zunächst zu einer klaren Begriffsbestimmung über Inhalt einer ,,Baukostensenkung" zu kommen, damit die sich daraus ergebende Aufgabe für alle an der Durchführung von Bauvorhaben Beteiligten eindeutig erkennbar ist. Es ist immer wieder festzustellen, daß die Begriffe Investitionskosten, Baukosten, Selbstkosten, Baupreise, Festpreise, selbst unter ,,Bauleuten" völlig unterschiedlich angewandt werden. Dadurch wird eine Verständigung und vor allem eine Aufgabenstellung sehr erschwert.

I. Ich gehe von folgenden Begriffsbestimmungen aus:

1. Investitionskosten sind die Summe aller Aufwendungen, die bis zur endgültigen Fertigstellung eines Investitionsvorhabens dem Investitionsträger (Auftraggeber) entstehen. Die Investitionskosten drücken aus, was dem Auftraggeber die Durchführung eines Investitionsvorhabens kostet. Die Investitionskosten stellen den Wert eines Investitionsvorhabens dar. Die Investitionskosten schließen ein:
1.1 die Kosten für Ausrüstung und deren Montage;
1.2 die Baukosten;
1.3 sonstige Kosten.

2. Baukosten sind die Summe aller Aufwendungen, die bis zur endgültigen Fertigstellung eines Bauvorhabens erforderlich sind. Die Baukosten stellen den Wert eines Bauvorhabens dar. Bei Baumaßnahmen aus dem Investitionsplan beziehen sie sich auf dessen Bau- und Montageanteil.
Zu den Baukosten gehören:
2.1 die Projektierungskosten, oder – um alle Mißverständnisse auszuschließen – besser die Projektierungsgebühren für die bautechnische Projektierung (unabhängig davon, daß diese Projektierungskosten nicht aus Investitionsmitteln, sondern aus Haushaltmitteln der Planträger finanziert werden);
2.2 die Preise für Bauleistungen, die von den Baubetrieben berechnet werden;
2.3 die Winterbaukosten nach den Abrechnungen der Baubetriebe (unabhängig davon, daß sie aus einem besonderen Fonds der Deutschen Investitionsbank finanziert werden);
2.4 die Bauleitungskosten der Investitionsträger, die wie die Preise für Bauleistungen (Abs. 2. 2) aus Investitionsmitteln finanziert werden.
Die Baukosten sind in Wirklichkeit der Gesamtbaupreis für ein Bauvorhaben.

3. Selbstkosten der Baubetriebe sind sämtliche beim Baubetrieb bis zur Fertigstellung der vertraglich übernommenen Bauleistung tatsächlich anfallenden Kosten einschließlich Nachweiskosten.
,,Die Selbstkosten widerspiegeln die vergangene Arbeit, die in den verausgabten Produktionsmitteln verkörpert ist und die neu aufgewandte Arbeit, die das Produkt für sich schafft. Die Selbstkosten zeigen, was dem betreffenden Betrieb die Herstellung und der Absatz der Erzeugnisse kostet."[3])
Die Selbstkosten der Baubetriebe zeigen demnach, was dem Baubetrieb die Herstellung des Bauvorhabens kostet.

4. Preise für Bauleistungen (= Baupreis) sind der Abgabepreis der Baubetriebe. Er drückt aus, was der Baubetrieb dem Auftraggeber gegenüber berechnen darf, was vom Auftraggeber gezahlt werden muß. Er wird gebildet in Höhe des Kostenplanes des Projekts und der Nachweiskosten. Der Kostenplan wird ermittelt aus Mengen und Massen der Leistungsbeschreibung nach:
4.1 Festpreisen lt. Festpreiskatalog;
4.2 Kalkulationspreisen, sofern keine Festpreise existieren;
4.3 Nachweiskosten.
In Fällen, wo infolge einer unvollständigen Leistungsbeschreibung Kostenplan nicht gleich Baupreis ist, ermittelt der Baubetrieb den Baupreis nach gleichem Schema.

5. Festpreise für Bauleistungen: Festpreise für Bauleistungen sind für die einzelnen technisch-konstruktiven Elemente der Bauvorhaben gebildet (m^3 Erdaushub, m^3 Mauerwerk). Diese sind progressiv aufgestellt nach dem derzeitig gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand. Sie entsprechen den Bedingungen eines leistungsfähigen Baubetriebes. Es ist ein Charakteristikum der Festpreise für Bauleistungen, daß bei Erdarbeiten je nach dem Mechanisierungsgrad der Ausführung unterschiedliche Festpreise gebildet sind.

II. Die Aufgabe lautet, die Baukosten zu senken. Senkung der Baukosten bedeutet Einsparung an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit bei der Herstellung eines Bauvorhabens. Auf die notwendige Einsparung der Projektierungs-, Winterbau- und Bauleitungskosten der Investitionsträger als Teile der Baukosten braucht nicht näher eingegangen zu werden, da die Aufgabe eindeutig abzuleiten ist.
Bei der Einsparung der Projektierungskosten wird hier die Auffassung vertreten, weniger die Einsparung von Gebühren beim einzelnen Projekt zu sehen, als eine Einsparung durch Verminderung nicht zur Ausführung kommender Projekte und durch die Wiederverwendung bewährter Projekte und Anwendung von Typenprojekten. Für das einzelne Projekt kann der Maßstab weniger die Höhe der Projektierungsgebühr als die Qualität der Ausführung des Projektes sein.
Der Schwerpunkt bei der Senkung der Baukosten sollte daher nicht in der Senkung der Projektierungsgebühren für das einzelne Projekt, sondern in der qualitativen Verbesserung des Projektes selbst liegen. Das ist der viel größere und entscheidende Beitrag zur Senkung der Baukosten.
Die nachstehenden Ausführungen beziehen sich auf die Baupreise, die den weitaus größten Teil der Baukosten ausmachen.
In den Baupreisen, obwohl sie der Abgabepreis der Baubetriebe sind, drückt sich nicht allein die Arbeit der Baubetriebe aus.
Die Auffassung, daß Baukostensenkung in erster Linie Sache des Baubetriebes ist, wurde in den letzten Jahren oft vertreten. Hier wurden die gesamten Baukosten gleich den Abgabepreisen (Baupreisen) der Baubetriebe gesetzt. Das war eine falsche Orientierung, die uns gehindert hat, den Kampf um die wirkliche Senkung der Baukosten überall zu führen.
Die Preise für Bauleistungen sind, wie nachgewiesen werden soll, eindeutig das Ergebnis des Zusammenwirkens
1. der Planung und Vorplanung der Bauvorhaben unter der Verantwortung der Planträger und Investitionsträger,
2. der Projektierung der Bauvorhaben unter der Verantwortung der bautechnischen Entwurfsbetriebe,
3. der Höhe der Baustoffpreise unter der Verantwortung der Baustoffbetriebe,
4. der Baudurchführung unter der Verantwortung der Baubetriebe.

Die ökonomische Besonderheit der Bauproduktion, die sich u. a. in der Deutschen Demokratischen Republik auch in der Trennung der Bauvorbereitung (Perspektivplanung – Vorplanung – Vorprojektierung – Projektierung) und der Bauausführung äußert, hat dazu geführt, daß die vom Baubetrieb zu berechnenden Baupreise in Wirklichkeit außerhalb des Baubetriebes durch den nicht mit dem Baubetrieb verbundenen Projektierungsbetrieb festgesetzt werden.
Für die Durchführung der Senkung der Baukosten haben wir ein Beispiel in der Sowjetunion: ,,... So wurden mit Wirkung vom 1. Juli 1950 die geplanten Baukosten gegenüber den Kostenplanpreisen des ersten Halbjahres um 25% herabgesetzt, davon entfielen 15% auf unnütze Projektierungskosten, das heißt, die Projekte für Anlagen wurden rationeller gestaltet. Weitere 10% sind auf die Senkung der Materialpreise und Frachttarife sowie auf Verbesserung in der Organisation und Technik der Bauwirtschaft zurückzuführen."
Im folgenden seien die wesentlichen Faktoren, die die Höhe des Baupreises der Baubetriebe bestimmen, in den verschiedenen Ebenen der Bauvorbereitung und Baudurchführung dargestellt:

1. Senkung der Baupreise im Stadium der Planung und Vorplanung der Bauvorhaben

Die Höhe der Baupreise wird beeinflußt durch die
1.1 Konzentration der vorhandenen Investitionsmittel auf wichtige und entscheidende Bauvorhaben;

[1]) K. Marx, Das Kapitel, Band II, Seite 314, Dietz Verlag, Berlin 1951.
[2]) Direktive für den zweiten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der DDR 1956–1960, Dietz Verlag, Berlin 1956, Seiten 9 und 77.
[3]) Lehrbuch der Politischen Ökonomie, Dietz Verlag, Berlin 1955, Seite 535.

1.2 Beseitigung der Zersplitterung der Bautätigkeit, dadurch schnellere Inbetriebnahme der neuen Kapazitäten, besserer Materialzufluß auf die Baustellen, geringere Lohnnebenkosten, kürzere Baufristen, bessere Baumaschinenausnutzung.

*

1.3 Komplexe Planung und Durchführung der Bauvorhaben, dadurch Verhinderung mehrmaligen Baubeginns;
1.4 rechtzeitige Vorbereitung der Investitionsmaßnahmen und Übergabe der fertigen Projekte an den Baubetrieb vor Baubeginn. Dadurch gründliche Bauvorbereitung, Verhinderung der Improvisation;
1.5 Einhalten der wirtschaftlichen Bauzeit. Zu kurze wie zu lange Baufristen erhöhen die Baupreise.
1.6 Standortwahl;
1.7 Verzicht auf übertriebene Forderungen.

Der Einfluß der Tätigkeit der Auftraggeber auf die Höhe der Baupreise wird unterschätzt. Da in vielen Fällen der Auftraggeber nicht über die entsprechenden bautechnischen Kenntnisse verfügt, gehört es zu den Pflichten der Projektanten, den Auftraggeber entsprechend zu beraten. Die Durchführung der Investitionen ist eine gesellschaftliche Aufgabe, bei der der ,,Bauherr'' alten Stils keine Berechtigung mehr hat.

Auf gleicher Linie liegt die Sucht vieler Auftraggeber, mit ihren Investitionsmitteln möglichst viele Bauvorhaben gleichzeitig zu beginnen, dadurch die Baufristen unnötig lang hinauszuziehen, die Baukapazitäten der Betriebe zu zersplittern.

Die Einflußnahme auf die Verbesserung der Arbeit der Auftraggeber bei der Vorbereitung der Bauvorhaben wird erschwert, weil sich im Stadium der Planung und Vorplanung die Auswirkungen auf die Baupreise nur sehr schwer messen lassen.

2. Senkung der Baupreise im Stadium der Projektierung

Planung und Projektierung fließen ineinander über und lassen sich nicht exakt abgrenzen. Es ist nicht genügend erkannt, daß die Höhe der Preise für Bauleistungen vom Projektanten festgelegt wird in Gestalt des Kostenplanes. Bei Bauvorhaben, wo das noch nicht so ist, muß das als Übergangserscheinung angesehen werden. Unter der Voraussetzung einer vollständigen und einwandfreien Leistungsbeschreibung ist das Ziel: Kostenplan gleich Baupreis (Abgabepreis).

Diese Bindung der Baubetriebe an den durch den Projektanten bestimmten Kostenplan wird verstärkt durch die Tatsache, daß die volkseigenen Baubetriebe sich die von ihnen durchzuführenden Bauvorhaben nicht aussuchen können, sondern daß sie im Rahmen der staatlichen Objektbeauflagung gewisse Bauvorhaben zur Ausführung übertragen erhalten.

Der Baubetrieb wird also an den Kostenplan und damit an den Baupreis gebunden.

Es ist neben der Beweglichkeit der Grundfonds ein Charakteristikum der Ökonomik der sozialistischen Bauindustrie, daß der Baupreis durch den Kostenplan des Projektes außerhalb des Baubetriebes durch den Projektanten festgelegt wird. Dadurch wirken sich folgende Maßnahmen im Kostenplan und damit sofort im Baupreis aus (nach oben wie nach unten):

2.1 Ausmaß, Aufwand und Raumprogramm der Bauvorhaben;
2.2 Verbesserung der Projektausarbeitung, Vermeidung von verteuernden Änderungen;
2.3 Zugrundelegung der wirtschaftlichen Bauzeit;
2.4 Zugrundelegung der Mechanisierung bei Erdarbeiten und Industrialisierung der Bauausführung;
2.5 Arten und Mengen der Baustoffe, Veränderungen der Materialverbrauchsnormen, wirtschaftlichster Materialaufwand.
2.6 die Verwendung von Typenprojekten, die Unifizierung der Bauelemente, die die Möglichkeiten schaffen, im größten Umfange Fertigteile und industrielle Methoden anzuwenden, schlagen sich unmittelbar im Kostenplan und damit im Baupreis nieder.
2.7 Konstruktive Lösungen.

Wenn die Baukostensenkung wirklich wirksam werden soll, sollten wir uns zunächst daran erinnern, daß der eine entscheidende Mangel – und ich möchte sagen der erste, in der Projektierung liegt. Wenn man dies bejaht, muß man auch die Schlußfolgerung anerkennen, daß die Kontrolle der Entwicklung der Baukosten auch in die Periode der Projektierung vorverlegt werden muß. Das ist eine Forderung, die in den letzten Jahren nicht beachtet wurde.

Die Entwicklung der Baukosten im Stadium der Projektierung läßt sich nur nachweisen an Hand von technisch-wirtschaftlichen Kennziffern (Entwurfskennziffern).

In der Deutschen Demokratischen Republik wird mit solchen technisch-wirtschaftlichen Kennziffern nur ungenügend gearbeitet, überhastete Termine, ,,Feuerwehrarbeiten'', verspätete Inauftraggabe, haben diese Seite der Projektbearbeitung – den Nachweis der Wirtschaftlichkeit – verkümmern lassen.

Sicher ist es richtig, wenn seitens der Projektanten darauf hingewiesen wird, daß z. B. 1950 die 10000 DM-Grenze pro Wohnungseinheit zu Lasten des Komforts und der Wohnkultur gegangen ist. Ist das aber ein Anlaß, daß dann in vielen Fällen in das Gegenteil verfallen wurde? Hier wird die Auffassung vertreten, daß eine solche Festlegung der Kosten in vollem Umfange wieder eingeführt werden sollte. Die ganze Fähigkeit der Projektanten und die Wettbewerbe der Projektierungsbüros sollten sich dann auf die beste Lösung zu den vorgegebenen Kosten konzentrieren.

Die wissenschaftlichen Institutionen des Bauwesens der Deutschen Demokratischen Republik müssen in diesem Jahre technisch-wirtschaftliche Kennziffern für die Kontrolle der Baukosten im Stadium des Entwurfs vorlegen. Es gibt keine rechte Erklärung dafür, daß diese Aufgabe so verzögert wird. Wenn es möglich war, in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum Tausende von Einzelfestpreisen für die Bauausführung zu erarbeiten und zu bestätigen, kann es keinen Grund mehr für das Aufschieben der Ausarbeitung technisch-wirtschaftlicher Kennziffern für die Projektierung geben.

Es sollte auch keine Diskussion mehr darüber geben, ob der Projektant verpflichtet ist, eine Baukostensenkung nachzuweisen oder nicht, er muß sie nachweisen!

Projekte, die keine Senkung zu den bestätigten technisch-wirtschaftlichen Kennziffern nachweisen, können nicht bestätigt werden. Eine andere Konsequenz gibt es nicht. Solche Projekte sollten den Projektanten auch nicht bezahlt werden.

Es muß weiter gefordert werden, daß die Zusammenarbeit mit dem Baubetrieb folgerichtiger als bisher durchgeführt wird, schon mit Rücksicht auf die Produktionskapazität, die Möglichkeiten und die Bedürfnisse der Produktion.

Mir scheint, daß die Verpflichtung der Entwurfsbüros, vom Projekt her die Mechanisierung und Industrialisierung, das Neue in der Bauausführung immer mehr zu fordern, sich nur sehr zögernd durchsetzt.

3. Senkung der Baupreise durch Senkung der Preise für Baustoffe

Die volkseigenen Baubetriebe beziehen die Masse der Baustoffe zu Frankopreisen (Festpreisen) frei Empfangsstation von Baustoffbetrieben.

Bei der Höhe des Materialanteils in den Baupreisen – und dieser Materialanteil wird relativ immer mehr wachsen durch den Rückgang des Lohnanteils, da bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität meist dem Sinken des Anteils der lebendigen Arbeit ein geringeres Steigen des Anteils der vergegenständlichten Arbeit folgt – ist eine tiefgreifende Baukostensenkung ohne Senkung der Preise der Baustoffe nicht denkbar. Eine Baupreissenkung von der Baustoffseite her kommt zustande

3.1 durch die Verringerung des Materialanteils im Projekt bei konstruktiven Veränderungen. Sie wird bereits im Kostenplan des Projekts wirksam und kann im Vergleich zu den TWK nachgewiesen werden (siehe Abs. 2.1 u. 2.5).
3.2 durch die Senkung der Baustoffpreise. Die Senkung der Baustoffpreise wirkt sich in den Baupreisen dann aus, wenn die Baubetriebe diese Senkung der Baustoffpreise sofort zu einer Senkung der Baupreise benutzen. Das wäre allerdings eine Selbstverständlichkeit.
3.3 durch die Senkung der Streu- und Bruchverluste während der Bauausführung. Sie wirkt sich in einer Selbstkostensenkung beim Baubetrieb, nicht aber in den Baupreisen aus.

4. Senkung der Selbstkosten der Baubetriebe

Die Senkung der Selbstkosten der Baubetriebe kann nach dem Dargestellten nur im Vergleich zu den von den Projektierungsbetrieben aufgestellten Kostenplänen erfolgen. Sie wirkt sich im Laufe des Jahres nicht als eine Baupreissenkung, sondern als eine Senkung der den Kostenplänen (die nach Festpreisen ermittelt sind) zugrunde liegenden Kosten aus. Diese Senkung schlägt sich als Gewinn des Baubetriebes nieder. Diese Senkung der Selbstkosten muß erfolgen durch die Senkung des Aufwandes an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit im Verhältnis zur Vorgabe im Kostenplan, durch

4.1 Einsparung an vergegenständlichter Arbeit.
   4.11 Senkung der Streu- und Bruchverluste an Material,
   4.12 Strenge Ordnung der Materialbelieferung und -abrechnung der Baustellen nach Materialverbrauchsnormen,
   4.13 Bessere Maschinenausnutzung,
   4.14 Senkung der Preise für Baustoffe, sofern diese nicht sofort in der Senkung des Baupreises ausgewiesen wird.
4.2 Verbesserung des Bauablaufs.
   4.21 Baustellenorganisation,
   4.22 Verringerung der Stillstands- und Wartezeiten,
   4.23 Konzentration der Baustellen,
   4.24 Spezialisierung der Betriebe,
   4.25 Kontinuität der Produktion,
   4.26 Sorgfältige Produktionsvorbereitung und Festlegung der Arbeitstechnologie,
   4.27 Arbeitsablaufplanung,
   4.28 Senkung der Lohnnebenkosten.
4.3 Einsparung an lebendiger Arbeit.
   4.31 Senkung der Gemeinkosten,
   4.32 Verringerung der Ausfallstunden,
   4.33 Mechanisierung arbeitsintensiver Prozesse,
   4.34 Verhinderung von Nacharbeiten,
   4.35 Richtige Brigadenzusammensetzung, Mittellohn.
4.4 Einbeziehung der breiten Mitarbeit der Werktätigen.
   4.41 Produktionsberatungen,
   4.42 Wettbewerbe,
   4.43 Persönliche Konten,
   4.44 Durchsetzung des persönlichen materiellen Interesses.

Die Senkung der Selbstkosten bietet die Möglichkeit, in bestimmten Zeitabständen den den Festpreisen zugrunde gelegten notwendigen Arbeitsaufwand zu verringern, das heißt die Festpreise zu senken. Dann wird die Selbstkostensenkung der Baubetriebe als Baupreissenkung wirksam.

Zusammenfassung

Die Baukostensenkung bezieht sich auf den Bau- und Montageanteil des Investitionsplanes.

Die Baukosten sind neben den Projektierungs-, Winterbau- und Bauleitungskosten der Investitionsträger am stärksten beeinflußt durch den Baupreis.

Der Baupreis wird in Höhe des Kostenplanes des Projekts gebildet. Dem Kostenplan liegen Fest-

preise, Kalkulationspreise und Nachweiskosten zugrunde.

Der Baupreis wird beeinflußt durch die Planung des Aufwandes und der Baufrist, durch die Projektierung hinsichtlich Konstruktion und Qualität, die Baustoffpreise und die Höhe des den Festpreisen zugrunde gelegten notwendigen Arbeitsaufwandes.

Eine Selbstkostensenkung der Baubetriebe tritt ein, wenn der tatsächliche Aufwand der Baubetriebe unter dem des Kostenplanes liegt. Eine Selbstkostensenkung wirkt sich zunächst im Gewinn der Baubetriebe aus, als Preissenkung dann, wenn die niedrigen Selbstkosten als neuer „notwendiger Arbeitsaufwand" über die Festpreise in die Kostenpläne eingehen.

Erkennt man diese Darlegungen an, so ergeben sich einige Schlußfolgerungen, die noch nicht eindeutig gelöst sind.

1. Ein Vergleich der Baukosten allein in D-Mark wäre nur bei Bauten gleichen Umfanges und gleicher Ausführung möglich. Im übrigen sagt ein solcher Vergleich wenig über ihre tatsächliche Höhe. Es ist dringend notwendig, eine Bemessungsgrundlage zu erarbeiten, die aussagekräftig am besten auf die zu schaffende Kapazität bezogen werden kann (TWK).
2. Auch bei den derzeitigen Einzelfestpreisen kann die Steigerung der Arbeitsproduktivität auf der D-Mark-Basis nicht gemessen werden, weil die Festpreise bei Erdarbeiten je nach dem Mechanisierungsgrad erheblich schwanken.
3. Aus dem gleichen Grunde wird der notwendige Produktionszuwachs nicht voll sichtbar.
4. Die Abschöpfung der Baukostensenkung wurde in der Sowjetunion durchgeführt, indem einer Erhöhung des Investitionsvolumens von 90% nur Investitionsmittel von 60% gegenüberstanden. Die Differenz war durch eine Baukosten- und Ausrüstungssenkung zu erzielen.

Unterstellt man, daß die Baukostensenkung im zweiten Fünfjahrplan wirksam wird, so bedeutet die volle ungekürzte Bereitstellung der Investitionsmittel eine um die Baukostensenkung erhöhte Bauleistung, die bei der Festlegung des Produktionszuwachses, der zu erzielenden Arbeitsproduktivität und des notwendigen Materials berücksichtigt werden muß.
Diese Fragen bedürfen einer kurzfristigen Lösung.

Dipl.-Ing. Rolf Halfpaap
Forschungsinstitut für Wohnungsbau der Deutschen Bauakademie

Die Direktive für den zweiten Fünfjahrplan macht klare Entscheidungen für die Typenprojektierung im Wohnungsbau erforderlich

In der Direktive für den 2. Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik von 1956 bis 1960 befinden sich zwei Forderungen, welche in besonderem Maße von Bedeutung für den Wohnungsbau und die Typenprojektierung sind.
Unter I „Hauptaufgaben des 2. Fünfjahrplanes", Abs. 5, heißt es: In der volkseigenen Bauwirtschaft sind die Baukosten um 25% zu senken.
Unter V „Investitions- und Bautätigkeit" ist festgelegt: Im staatlichen Wohnungsbau sind die Kosten je Wohnungseinheit im 2. Fünfjahrplan auf durchschnittlich 22000 DM zu senken; ausgenommen sind die Wohnungen in den zerstörten Zentren der Großstädte.
Diese Zahlen stellen zusammen mit dem geforderten Ansteigen des Anteils der Typenverwendung von 85% auf 90% des Gesamtvolumens des Wohnungsbaues die entscheidenden Faktoren dar, welche das Programm der Typenprojektierung festlegen müssen.
Man muß sich die Frage stellen: Sind wir mit den derzeitigen Wohnungsbautypen in der Lage, die Forderungen der Direktiven zu erfüllen oder welche Veränderungen müssen vorgenommen werden? Welche Reserven einer Kostensenkung stehen uns noch zur Verfügung?
Um diese Fragen zu beantworten, muß man sich zunächst einen Überblick über die komplizierte Entwicklung der Baukosten in den Jahren des 1. Fünfjahrplanes zu beschaffen trachten.
Die Entwicklung der Baukosten im Wohnungsbau wird durch die Tatsache charakterisiert, daß seit 1951 mehrfache Preissenkungen für wichtige Bauleistungen vorgenommen wurden, während andererseits die Gesamtkosten je Wohnungseinheit in der gleichen Zeit erheblich gestiegen sind.
Bekanntlich wurden die Einheitspreise für Bauleistungen in folgender Weise gesenkt:

Plan-jahr	Baukostensenkung Bauhauptgewerbe	Neben-gewerbe	Preisbasis Jahr
1951	7%	7%	1950
1952	11%	11%	1950
1953	5,9%	7,0%	1952
1954	4%	4%	1952

Faßt man diese stufenweisen Preissenkungen zusammen, so ergibt sich, daß die Preise des Jahres 1951 bis 1955 wie folgt gesenkt sind:

für Bauhauptgewerbe um 19,6%,
für Baunebengewerbe um 20,54%.

Demgegenüber besteht die Tatsache, daß z. B. 1950/1951 noch verschiedentlich das damalige Preislimit von 10000 DM pro Wohnungseinheit eingehalten wurde. Allerdings waren diese Summen z. T. unvollständig ermittelt, die durchschnittlichen Kosten werden für 1951 mit 14000 DM für eine Wohnungseinheit angegeben. Im Jahr 1955 dagegen mußten pro Wohnungseinheit rd. 30000 DM im Durchschnitt aufgewendet werden.
Eine Analyse des Ansteigens der Kosten pro Wohnungseinheit wäre sehr wichtig und notwendig, da die Kosten von 1955 schließlich die Ausgangsbasis sind, von der aus die Senkung der Baukosten im 2. Fünfjahrplan ausgehen muß, um die Summe von 22000 DM pro Wohnungseinheit zu erreichen. Die durchgeführten Preissenkungen im 1. Fünfjahrplan haben das erhebliche Ansteigen nicht verhindern können.
Es ist nicht bekannt, daß eine derartige Analyse durchgeführt worden wäre. Natürlich gibt es eine Reihe von Faktoren, welche zu der geschilderten Entwicklung beigetragen haben und die bei der Betrachtung der Endsumme beachtet werden müssen, um die Möglichkeiten und die entscheidenden Ansatzpunkte der geforderten Kostensenkung richtig einzuschätzen. Diese Faktoren kann man ganz grob in vier Gruppen unterteilen:

1. Veränderungen im Bauprogramm und in der Aufschlüsselung des Programms bezüglich des Anteils an 2-, 3-, 4-Zimmerwohnungen, zunehmende Finanzierung von Folgeeinrichtungen aus Mitteln des Wohnungsbaus usw.;
2. Veränderungen in dem Entwurf und der Größe der Wohnungen;
3. Veränderungen in den angewandten Konstruktionen und der Ausstattung der Wohnungen;
4. Veränderungen in den Kosten der Bauausführung.

In den Gruppen 1 bis 3 sind eindeutig Veränderungen vor sich gegangen, die zu einer Erhöhung der Investitionssumme pro Wohnungseinheit sachlich nachweisbar geführt haben. Es sind dies u. a. folgende wesentliche Veränderungen:

zu 1. Der Anteil der 3-Zimmerwohnungen und größeren Wohnungen gegenüber den 2-Zimmerwohnungen ist gestiegen, es wurden beim Wiederaufbau der zerstörten Zentren der Aufbaustädte im Rahmen der NAP-Bauten erhebliche Vergrößerungen der Programmstellung vorgenommen, der Anteil der Ladeneinbauten, welche das Investitionsprogramm in Anspruch nahmen, ist erheblich gewachsen usw.

zu 2. Die angewandten Wohnungsbautypen zeigten in sich eine Vergrößerung der angewandten Wohnungen, so daß z. B. die durchschnittliche Wohnfläche im Jahre 1951 mit 34,0 qm angegeben wird, während sie im Jahre 1955 48 qm beträgt.

zu 3. In Konstruktion und Ausstattung sind Verbesserungen vorgenommen worden, welche zu einer Erhöhung der Kosten geführt haben. Es ist hier z. B. die Anwendung der Massivdecken von besonderer Bedeutung, während in den ersten Jahren noch vielfach Holzsparbalken verwendet wurden.

Die Veränderungen zu 4. der Kosten der Bauausführung sind schwer zu übersehen, denn es sind entgegen den Preissenkungen im Laufe des Fünfjahrplanes eine Reihe von erheblichen Materialpreiserhöhungen und einige Lohnkorrekturen eingetreten. Es wird auch die Meinung vertreten, daß die Mittellöhne über diese Lohnerhöhung hinaus prozentual mehr gestiegen sind. Große Bedeutung bei der Entwicklung der Gesamtpreise muß man den Leistungsbereichen L 1, L 2 und L 4 beimessen, in welchen ganz erhebliche Kosten pro Wohnungseinheit entstehen.
Bei eingehender Untersuchung der hier aufgezeigten Faktoren würde es fraglos möglich sein, die Diskrepanz der gesenkten Einheitspreise und gestiegenen Investitionskosten pro Wohnungseinheit zu klären und zu begrüßen. Zur Zeit ist jedoch das an sich bei den Entwurfsbüros und den Betrieben vorhandene Tatsachenmaterial nicht gesammelt und ausgewertet, so daß die jeweilige Einwirkung der vier Faktoren auf die Erhöhung der Investitionssummen nicht eindeutig abgeschätzt werden kann.
Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Investitionssumme pro Wohnungseinheit nach den vorliegenden Kostenplänen für 1956 eine steigende Tendenz aufweist, obgleich die angewandten Entwürfe eine Herabsetzung der Kosten erwarten lassen müßte, da z. B. der Anteil der aufwendigeren NAP-Bauten und sonstige Abweichungen von den Typen nicht mehr die Rolle spielt.
Man sieht also, daß die Kostenentwicklungen aller obengenannten Faktoren einen starken Einfluß auf die Gesamtkosten ausüben. Diese Erscheinung ist von großer Wichtigkeit bei einer Entschlußfassung über die anzuwendenden Typen des Massenwohnungsbaues, denn es könnte durchaus passieren, daß trotz Errichtung verkleinerter Wohnungen die Investitionssumme pro Wohnungseinheit weiterhin steigt und hierdurch die Forderung der Direktive trotz Verringerung der erstellten Substanz nicht erfüllt wird.
Was ist das Ausschlaggebende bei der Masse des Wohnungsbaues im 2. Fünfjahrplan? Man muß hier erkennen, daß die Einführung industrieller Bauweisen, welche im 2. Fünfjahrplan unbedingt im Vordergrund der Bemühungen aller Kräfte stehen muß, nicht kostenbestimmend auf die durchschnittliche Investitionssumme pro Wohnungseinheit sein wird.
Die in industriellen Bauweisen ausgeführten Wohnungen werden im Gesamtergebnis des 2. Fünf-

jahrplanes nicht die Mehrheit darstellen. Es müssen in allen Bezirken bei der Anwendung der neuen Bauweisen Erfahrungen gesammelt werden, Veränderungen des Produktionsablaufes, Veränderungen der Arbeitsweise der am Bau Beschäftigten müssen durchgeführt werden usw. Diese Entwicklung wird fraglos eine geraume Zeit bis zur Erzielung des erwarteten wirtschaftlichen Erfolges benötigen. Man darf auch die Durchführung der Industrialisierung in der ersten Periode nicht als Maßnahme zur Verbilligung ansehen, sondern als gesellschaftlich längst fällige technisch-ökonomische Entwicklung, welche die notwendige Erweiterung unserer industriellen Basis schafft. Hieraus erwächst erst die Perspektive einer wirklich umfassenden Verbesserung, Erweiterung und Verbilligung der Produktion im Bauwesen.

Es ist also notwendig, ernsthaft zu überlegen, in welcher Weise Schritte auch bei der Errichtung von Wohnungen in den herkömmlichen Bauweisen zur Baukostensenkung unternommen werden können, da im 2. Fünfjahrplan diese herkömmlichen Bauweisen noch den größten Einfluß auf die durchschnittliche Investitionssumme pro Wohnungseinheit haben werden. Wir nutzen der revolutionären Veränderung, welche die Industrialisierung bedeutet und die jeden Baufachmann begeistert, nicht, wenn wir darüber die Forderung des Tages – nämlich Verstärkung des Wohnungsbaues auch durch Sparsamkeit – in der Übergangsperiode außer acht lassen.

Es erscheint zunächst erforderlich, die unverkennbar bestehende Tendenz zur Erhöhung des Anteils der 3-Zimmerwohnungen am Gesamtprogramm des Wohnungsbaues zu untersuchen. Wir sind der Meinung, daß die ökonomische Situation nach wie vor die Anwendung des Grundsatzes erfordert: Erst jedem eine Wohnung, dann jedem seine Wohnung.

In der Praxis wird jedoch trotz vorliegender Richtlinien des Ministeriums für Aufbau von diesem Grundsatz abgewichen. Für die Aufschlüsselung des Anteils der Wohnungen am Gesamtprogramm lagen im 1. Fünfjahrplan folgende Richtlinien vor:

	2-Zimmer-W.	3-Zimmer-W.	4-, 5- u. 1-Zimmer-W.
1950—1952	60%	40%	40%
ab 1953	52%	40%	8%

Eine vom Institut für Wohnungsbau durchgeführte Analyse in einer Reihe größerer Wohnbaukomplexe und neuer Stadtanlagen in den Jahren des 1. Fünfjahrplanes ergab jedoch folgende Anteile:

1-Zimmerwohnungen 4,68%, 2-Zimmerwohnungen 39,28%, 3-Zimmerwohnungen 47,43%, 4-Zimmerwohnungen 7,79%, 5-Zimmerwohnungen 0,82%.

Im Bauprogramm für die Wohnstadt Hoyerswerda ist der Anteil der 3-Zimmerwohnungen mit 60% festgelegt. Eine Übersicht, welche im Ministerium für Aufbau über einen großen Teil der vorliegenden Programme des Jahres 1956 aufgestellt wurde, zeigte, daß der Anteil der 2-Zimmerwohnungen auf rd. 20% des Gesamtprogramms zurückgegangen ist, so daß hierdurch unvermeidlich eine Erhöhung der durchschnittlichen Investitionssumme pro WE eintreten muß. Es entsteht der Eindruck, daß bei der Festlegung der Wohnungsbauprogramme eine gewisse Großzügigkeit Platz gegriffen hat. Es sei demgegenüber auf den vom Chefarchitekten von Groß-Berlin aufgestellten Schlüssel des Wohnungsbauprogramms hingewiesen, der wie folgt in Aussicht genommen ist:

1-Zimmerwohnungen 10%, 2-Zimmerwohnungen 75%, 3-Zimmerwohnungen 10%, 4-Zimmerwohnungen 5%.

Es besteht kein Zweifel, daß die Aufschlüsselung des Wohnungsbauprogramms natürlich von den örtlichen Verhältnissen bedingt wird und nicht überall gleich sein kann. Der Wohnungsbau bei Industrieanlagen erfordert beispielsweise infolge der anderen Bevölkerungsstruktur einen höheren Anteil mehrräumiger Wohnungen als in den Großstädten, z. B. in Berlin.

Lediglich zum Vergleich seien noch die Richtzahlen aufgeführt, die nach Angabe polnischer Architekten in der Volksrepublik Polen gelten: Einraumwohnungen 10%, 1-Zimmerwohnungen 43%, 2-Zimmerwohnungen 37%, 3-Zimmerwohnungen 10%, 4-Zimmerwohnungen können bis zu 2% angeordnet werden.

Das Verhältnis der 2-, 3- und mehrzimmerigen Wohnungen ist für die Durchschnittskosten einer Wohnungseinheit von großer Bedeutung, denn eine 3-Zimmerwohnung hat z. B. nach den Typenentwürfen ca. 17% mehr umbauten Raum als eine 2-Zimmerwohnung.

Wenn auch die Baukosten pro Wohnungseinheit nicht im gleichen Verhältnis steigen, so ist doch offensichtlich, daß die Aufschlüsselung der Wohnungen auf die durchschnittlichen Investitionssummen pro Wohnungseinheit einen erheblichen Einfluß ausübt. Eine Reduzierung des Anteils der mehrzimmerigen Wohnungen trägt zur Herabsetzung der durchschnittlichen Investitionskosten pro Wohnungseinheit bei.

Es ist daher grundsätzlich richtig, daß die neuen Typenentwürfe auch 2½-Zimmerwohnungen enthalten. Man sollte auch die Entwicklung von Wohnungen mit 2 Zimmern und zwei halben Zimmern erwägen. Derartige Wohnungen werden in vielen Fällen an Stelle der 3- und 4-Zimmerwohnungen verwendet werden können. Es liegen Entwurfslösungen z. B. aus älteren Typenserien vor, welche eine 2½-Zimmerwohnung mit fast der gleichen bebauten Fläche enthalten wie eine 2-Zimmerwohnung der gültigen Typenserie. Die bebaute Fläche einer Sektion der Typenserien 2 × 3 Zimmer beträgt zur Zeit 166,0 qm. Eine derartige kleinere Sektion 2 × 2½ Zimmer weist eine bebaute Fläche von 140,0 bis 145,0 qm auf, d. h. ca. 16% weniger, so daß eine derartige 2½-Zimmerwohnung gegenüber einer Typen-3-Zimmerwohnung eine Kostensenkung von 8 bis 10% pro Wohnungseinheit erbringen würde.

Es ist allerdings zu beachten, daß in den Abmessungen aller Räume hier gewisse Einschränkungen vorgenommen sind.

Wenn man die Raumabmessungen für Wohnzimmer, Schlafzimmer, Kinderzimmer usw. entsprechend den zur Zeit angenommenen Entwurfsnormen als feststehend annimmt, so zeigen die Ausarbeitungen des Instituts für Wohnungsbau, daß keine sehr wesentlichen Einsparungen an den Grundrißlösungen mehr entstehen, obgleich eine Reihe von Möglichkeiten durchaus gegeben sind. Eine Sektion 2 × 3-Zimmerwohnungen der Serie 1953/54 hat 166,0 qm bebaute Fläche, eine Neuentwicklung einer gleichen Sektion im Institut für Wohnungsbau kommt bei gleichen Wohnflächen mit 156,0 qm bebauter Fläche aus. Die Verringerung beträgt 10,0 qm oder 6,25%, was eine Baukostenersparnis von ca. 3 bis 4% mit sich bringt.

Bei den 2-Zimmerwohnungen stellt die Anwendung von Vierspännern noch eine Reserve für Einsparungen dar.

Weitere Kostenherabsetzungen lassen sich durch eine Reihe von Maßnahmen des Entwurfs herbeiführen, z. B. die Verringerung der Geschoßhöhe um rund 10%, d. h. auf eine lichte Höhe von 2,50, wie sie durch das Ministerium für Aufbau durchgeführt wurde, bedeutet eine Kosteneinsparung von ca. 3%.

Eine große Rolle spielt auch die Geschoßzahl der Wohngebäude. Nach westdeutschen Ermittlungen liegen die Verhältnisse hier wie folgt: Setzt man für eine 2-Zimmerwohnung in einem Zweispänner die Baukosten bei 2stöckiger Bebauung mit 100% an, so sinken die Baukosten bei 3stöckiger Bebauung um 6½ bis 12½%, bei 4stöckiger Bebauung um 7½ bis 19% und bei 5stöckiger Bebauung von 8½ bis 22%.

Desgleichen spielt auch die Länge der Baublöcke eine Rolle. Ein 3geschossiger Zweispänner als eingebaute Sektion ist z. B. um 2½ bis 3% billiger wie als Endsektion. Es ist deswegen zweckmäßig, Gebäudetypen von mehreren Sektionen anzuordnen. Es ließen sich noch eine Reihe weiterer derartiger Einzelmaßnahmen aufführen, worauf jedoch im Rahmen dieses Artikels nicht eingegangen werden kann. Hier liegen eine ganze Anzahl Arbeiten des In- und Auslandes vor.

Eine wichtige Frage ist jedoch gegebenenfalls eine Überprüfung der zur Zeit gültigen Entwurfsnormen. Wir wissen, daß die Größenabmessungen unserer Wohnungen über denen der befreundeten Volksdemokratien liegen und auch größer sind als die meisten westdeutschen Ausführungen. Fraglos ließe sich bei einem Zurückgehen auf die Größenabmessungen der Typenserie 1950/51 weitere Einsparungen an den bebauten Flächen und Kubaturen erreichen.

Nutzflächen	1954	1950	
2 Zimmer....	53,01	43,55	— 18%
3 Zimmer....	66,72	50,61	— 24%

Eine Entscheidung über eine derartige Maßnahme kann nur in Zusammenfassung aller Argumente, die dafür und dagegen sprechen, getroffen werden. Es ist jedoch eine Tatsache, daß z. B. auch in der Sowjetunion Neuentwicklungen von Wohnungsgrundrissen mit kleinsten Abmessungen ebenfalls durchgeführt werden, welche rd. 30% Herabsetzung der Nutzflächen für 1-, 2- und 3-Zimmerwohnungen vorschlagen. Man rechnet hier sogar mit Kosteneinsparungen von ebenfalls rd. 30%. Bei uns wären die Ausarbeitungen derartiger verkleinerter Grundrisse insofern verhältnismäßig einfach, da die Sektionsgrundrisse der früheren Jahre als Anhalt dienen können und es sogar möglich ist, sich über die Bewährung und Mängel der nach diesen Grundrissen errichteten Bauvorhaben zu orientieren.

Ein Ausgleich für die Verkleinerung müßte durch eine Verbesserung der technischen Ausstattung erreicht werden. Gleichzeitig würde unserer Möbelindustrie eine neue Linie vorgezeichnet werden, die sich nur förderlich auswirken kann.

Man muß sich jedoch vor Augen halten, daß die hier angedeuteten Möglichkeiten einer Baukostensenkung durch Verkleinerungen und Vereinfachungen der Entwürfe und die oben angegebenen Prozentzahlen sich immer nur auf den Kostenbereich L 3, unmittelbare Teilleistungen, erstrecken. Diese Kosten der unmittelbaren Teilleistungen sind aber in manchen Fällen gar nicht so hoch. Es liegen z. B. Kostenpläne aus Halle vor, die bereits auf Festpreisen beruhen und die folgende Kosten aufweisen:

2-Zimmerwohnungen Typ 56/3 u. 4 erfordern bei: 2geschoss. Bebauung 19900 DM/WE für L III, 3geschoss. Bebauung 16800 DM/WE für L III. Wären diese Wohnungen mit diesen Kosten für L III das Normale im Wohnungsbau, so müßte man sich wundern, wieso ein Gesamtdurchschnitt der Investsumme pro WE von rd. 30000 DM entstehen kann.

Wie oben unter 1. ausgeführt, liegt aber der Durchschnitt der erstellten Wohnungen zunächst einmal bei größerer Zimmerzahl.

Über die Auswirkungen der ebenfalls im Gesamtdurchschnitt erfaßten Ladeneinbauten und sonstige Einbauten, worüber bisher sehr wenig Material vorliegt, sei erwähnt, daß die Wohnungsbaumittel pro Laden je nach Größe und Ausstattung mit dem Wert von 2½ bis 9 Normalkosten L III einer Wohnung in Anspruch genommen wurden, letzteres in den Ladeneinbauten der Stadtzentren.

Die Kosten L III für gleichartige Wohnungen liegen in anderen Bezirken zum Teil wesentlich höher, obgleich ebenfalls Festpreise, die für ca. 50% der Teilleistungen bestehen, angewendet wurden. Durch einheitliche Anwendung des sehr umfangreichen Festpreiskatalogs müßte sich diese Erscheinung aufklären lassen, obgleich gewisse Differenzen durch örtliche Anpassung immer bestehen werden.

Zu den unmittelbaren Teilleistungen L 3 treten aber außer den Kosten für Entwurf und Investbauleitung insbesondere die Leistungsbereiche L I – Baustelleneinrichtung –, L II – außergewöhnliche Teilleistungen – und L IV – Nachweis-

Fortsetzung auf Seite 391

Professor Dr. Kurt Liebknecht

Präsident der Deutschen Bauakademie

Einige kritische Bemerkungen zum Entwurf eines Wohnkomplexes

Der Entwurf von Genossen Professor Henselmann für den Wohnkomplex südlich des Strausberger Platzes ist ein anerkennenswerter Beitrag zum industriellen Bauen. Es scheint mir jedoch notwendig zu sein, in diesem Zusammenhang auf einige prinzipielle städtebauliche und architektonische Fragen einzugehen.

Die Aussprache im Beirat für Bauwesen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik vom 24. 5. 1956, wie auch andere Aussprachen mit Genossen Professor Henselmann ergaben, daß die Aufgabe für diesen Entwurf in vielen Punkten noch unklar ist. So liegt z. B. bisher noch kein Bebauungsplan für das Gelände an der Stalinallee und insbesondere für die Umgebung des Strausberger Platzes vor. Es gibt nur einige vage Vorstellungen darüber, wie dieses Stadtviertel einmal aussehen soll. Das ist ein großer Mangel, da es außerordentlich schwierig ist, den Entwurf eines Wohnkomplexes außerhalb des städtebaulichen Zusammenhanges zu beurteilen, vor allem wenn er an einer wichtigen Stelle, wie an der Ringstraße und der Stalinallee in Berlin, liegt. In der grundlegenden Planung von Berlin, bei der die Hauptmagistralen der Hauptstadt festgelegt wurden, bilden die Stalinallee mit ihren Fortsetzungen nach Osten und nach Westen und der A-Ring, der das Zentrum von Berlin umgibt, bedeutende Faktoren im städtebaulichen Gerippe der Hauptstadt.

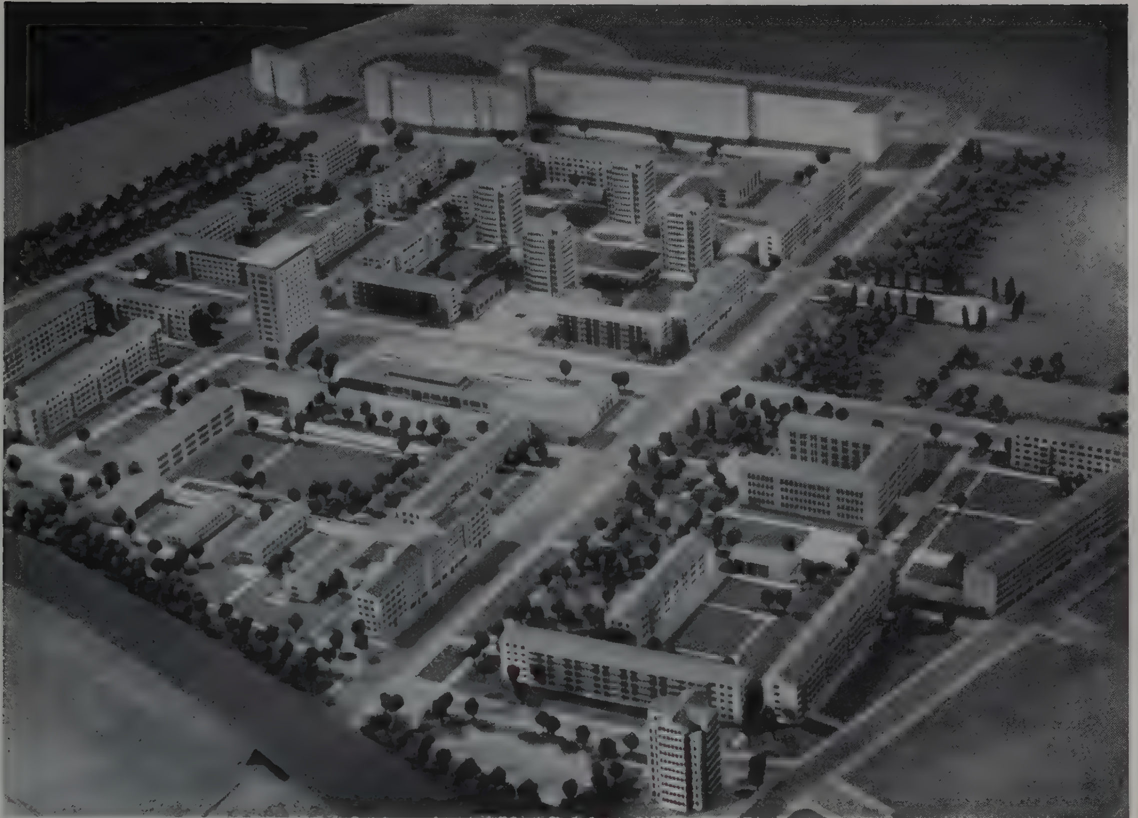
Berlin als Hauptstadt Deutschlands vermittelte niemals das großzügige städtebaukünstlerische Erlebnis wie andere große Hauptstädte in Europa, wie Paris oder Leningrad. Diese Städte zeichnen sich durch große Straßen und Plätze und durch hervorragende städtebaukünstlerische Ensembles im Zentrum aus. Berlin besaß eigentlich nur als städtebauliches Ensemble von Wert die Straße Unter den Linden und daran anschließend kleinere Platz- und Ensemblebildungen, die aber bei der späteren Entwicklung Berlins zu einer Viermillionenstadt nicht den Maßstab aufwiesen, der für das Zentrum einer solch großen Stadt notwendig gewesen wäre. In der Rekonstruktion des Zentrums von Berlin, vor allem in der Planung und der Komposition des Marx-Engels-Platzes, wird nun versucht, einen großzügigeren Maßstab für das sozialistische Berlin zu finden.

Für diesen neuen Maßstab hat uns das Ensemble der Stalinallee wichtige Erkenntnisse gebracht, deren Auswertung für die künftige Planung große Bedeutung besitzt.

Es ist aber eine nicht zu bestreitende Tatsache, daß die Stalinallee trotz Mängel verschiedener Art, im ganzen als wichtiger Faktor unseres Aufbaues Anerkennung gefunden hat. Aus diesem Grunde scheint es mir notwendig, bei allen neuen Planungen diesen großstädtischen Maßstab, den wir durch die Stalinallee erhalten haben, auch bei der weiteren Bebauung des Geländes an der Stalinallee – insbesondere südlich des Strausberger Platzes an der Ringstraße – zu berücksichtigen. Mir scheinen aber solche Überlegungen im Entwurf von Genossen Professor Henselmann zu kurz zu kommen und ich glaube, das liegt daran, daß man sich nicht genügend prinzipiell mit dieser Frage auseinandergesetzt hat, auch nicht im Beirat für Bauwesen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Direktive zum zweiten Fünfjahrplan der Deutschen Demokratischen Republik spricht von der unbedingten Notwendigkeit, die Baukosten pro Wohnungseinheit auf 22000,– DM zu senken; sie macht aber die Einschränkung, daß im Zentrum der Stadt etwas höhere Kosten verursacht werden können, entsprechend besonderen städtebaulichen Anforderungen. Meine Ansicht ist, daß für dieses Gelände zwischen A-Ring und Stalinallee diese Einschränkung gelten sollte. Wenn man sich diesen Entwurf im Modell ansieht, dann ist augenscheinlich, daß der neue Wohnkomplex gegenüber der Bebauung der Stalinallee einen vorstädtischen Maßstab besitzt. Das trifft insbesondere zu auf die Bebauung des A-Ringes, wo es m. E. nicht richtig ist, gleich hinter dem Strausberger Platz von einer achtgeschossigen auf eine fünfgeschossige Bebauung zurückzustufen. Das trifft auch zu auf die Bebauung an der Stadtbahn. Wir sind uns heute doch klar darüber, daß man die Stadtbahnstrecken innerhalb Berlins, besonders im zentralen Bezirk, auch als städtebauliche Magistrale auffassen und entsprechend gestalten muß. Mir erscheint, da, wie ich anfangs schon erwähnte, eine Gesamtbebauung der ganzen Umgebung nicht vorliegt, die Stellung der vier Punkthäuser willkürlich und nur aus der Konzeption für diesen einen Wohnkomplex entstanden. Richtig scheint mir an sich der Gedanke, höhere Punkthäuser als Mittel des Übergangs von einer höheren (Stalinallee) zu einer niedrigeren Bebauung anzuwenden. Dabei muß aber darauf hingewiesen werden, daß sich hier zwei verschiedene Kompositionsprinzipien gegenüberstehen. Während in der Stalinallee eine städtebauliche Ordnung durch die Abwechslung von mehr geschlossenen Straßen und Platzräumen geschaffen wurde, versucht Genosse Professor Henselmann in seinem Wohnkomplex eine offene Bebauung mit einzelnen räumlich einander zugeordneten, in ihrer Höhe sehr unterschiedlichen Gebäuden. Die Anwendung dieser beiden Kompositionsprinzipien so dicht aneinandergerückt, muß, wenn sie nicht aufeinander abgestimmt werden, zu einem künstlerischen Bruch in der Gesamtanlage dieses Stadtteils führen.

Ich halte es für richtig, an der Ringstraße großzügige Ladenbauten in- und außerhalb der Wohnbauten vorzusehen, die



Wohnkomplex Berlin-Friedrichshain-Blick von Südwesten auf den Strausberger Platz

auch zum Teil für diesen Wohnkomplex benutzt werden können. Warum kann nicht auch das Kino an die Ringstraße verlegt werden, da dies keine viel längeren Wege für die Einwohner bedeutet, dafür aber die Ringstraße um ein wichtiges Gestaltungselement bereichert?

Im Wohnkomplex sollten lediglich einige für die Versorgung der Bevölkerung bequem gelegene Läden und die wichtigsten Nachfolgeeinrichtungen geplant werden, allerdings in einer etwas anderen Kombination (im Vorschlag sind Kino und Ambulatorium in einem Gebäude zusammengefaßt).

Ich kann mich auch nicht einverstanden erklären mit der bis heute angedeuteten architektonischen Gestaltung der gezeigten Wohnbauten, besonders nicht mit solchen Wohnbauten, wie sie an der Ringstraße gezeigt werden, da diese nach meiner Ansicht keinen Schritt vorwärts, sondern eher einen Schritt zurück darstellen, wenn wir die Entwicklung auf der Stalinallee von den Laubenganghäusern zu den Bauten des Nationalen Aufbauprogrammes vor Augen haben.

Mein Vorschlag ist deshalb folgender:

1. Bevor man mit dem Bau des Wohnkomplexes beginnt, muß ein Gesamtbebauungsplan dieses Teiles der Stadt vorliegen, um prinzipiell die Bebauung und die architektonisch städtebaukünstlerischen Aufgaben festzulegen. Dabei bin ich mir vollkommen klar darüber, daß wir eine Auflockerung der Wohnbebauung durchführen müssen, um die Wohnbedingungen zu verbessern.

2. Im Zusammenhang mit dieser Frage muß auch der finanzielle Aufwand für die Wohnbauten eines solchen Stadtteiles geklärt werden, beispielsweise, ob überhaupt fünfgeschossige Wohnbauten und wenn, ob ohne Lift und Müllabwurf, oder ob nicht an dieser Stelle eine höhere Bebauung mit dem notwendigen Komfort gewählt werden sollte, da es sich nicht um die Schließung von Baulücken, sondern um den Bau eines neuen Komplexes handelt.

3. Es ist der Vorschlag zu unterstützen, für diesen Wohnkomplex einen Wettbewerb zu veranstalten, aber erst wenn das Prinzip der Bebauung, das heißt die städtebauliche Aufgabe, festgelegt ist. Das ist deshalb erforderlich, weil dieser neue Wohnkomplex für die weitere Entwicklung des Städtebaues und unserer Architektur eine wichtige Etappe darstellt, die in ähnlicher Weise wie seinerzeit die Stalinallee Vorbild werden wird für eine neue Etappe unserer Entwicklung.

In der Zeit nach der Konferenz der Bauschaffenden in Moskau und unserer Baukonferenz sind viele städtebauliche und baukünstlerische Fragen in Fluß gekommen.

Es gilt einen neuen Standpunkt zu erarbeiten, der unseren früheren Positionen, die in vielen Fällen den Städtebau und die Baukunst einseitig sahen, richtigstellt. Wir dürfen heute nicht in den Fehler verfallen, nachdem wir die baukünstlerische Seite des Bauens simplifiziert haben, nun die bautechnische Seite, die Frage der Industrialisierung zu simplifizieren. Die Klärung dieser Frage wird weitgehend von der Baupraxis mitbestimmt werden. Aus diesem Grunde sollten wir mit aller Sorgfalt an solche wichtigen Bauvorhaben, wie den Wohnkomplex am Strausberger Platz, herangehen, damit neue Fehler nach Möglichkeit vermieden werden.

Rektor Prof. O. Englberger

Inhaber des Lehrstuhls für Wohn- und Gesellschaftsbau

und

Prof. Dipl.-Ing. E. Schmidt, Dekan der Fakultät Architektur

Inhaber des Lehrstuhls für Baugestaltung und Entwerfen

GEDANKEN ZU DEN DIPLOMARBEITEN DER HOCHSCHULE FÜR ARCHITEKTUR UND BAUWESEN WEIMAR

Wenn die Hochschule für Architektur und Bauwesen das Resultat ihrer Lehre – Diplomarbeiten – der Öffentlichkeit zur Kenntnis bringt, so können dies zunächst nur Arbeiten der ältesten Fakultät der Hochschule, der Fakultät für Architektur, sein. Die Anfertigung der Diplomarbeit stellt den Abschluß der Diplomprüfung dar. Zu ihrer Lösung stehen dem Kandidaten zwölf Wochen zur Verfügung. Die Aufgabe, die der Praxis entnommen wird und die er seinen Neigungen entsprechend wählen kann, erhält er von einem der Entwurfslehrstühle, das sind die Lehrstühle für Baugestaltung, für Wohn- und Gesellschaftsbauten, für Ländliches Bauwesen, für Industriebau und für Städtebau.

Die Studierenden, die im Herbstsemester 1955 ihre Diplomprüfung ablegten, haben bis auf wenige, die aus Krankheitsgründen verhindert waren, nicht länger als die vorgeschriebenen acht Semester studiert. Alle technischen Einrichtungen der Hochschule stehen dem Kandidaten auch während der Anfertigung der Diplomarbeit zur Verfügung, so im besonderen die Modellwerkstatt, wo er im gegebenen Fall nach seinen Angaben ein Modell seines Entwurfes anfertigen lassen kann.

Es muß besonders darauf hingewiesen werden, daß die hier gezeigten Diplomarbeiten nicht in ihrem vollständigen Umfang gebracht werden konnten, sondern jeweils nur die Teile des Entwurfes, die zum Erkennen des Typischen der jeweiligen Aufgaben notwendig sind. Die ausgewählten Arbeiten sollen die Vielfältigkeit der Aufgabenstellung zeigen, wobei sie einen Ausschnitt aus einer breiten Spitze von guten Arbeiten darstellen.

Es ist naheliegend, nun die Frage zu stellen, ob die gezeigten Leistungen dieser jungen Diplom-Ingenieure dazu berechtigen, als vollgültige Mitarbeiter in die Kollektive der Entwurfsbüros aufgenommen zu werden. Und weiter: Sind in den Entwürfen die Forderungen an die zweckmäßige und schöne Gestaltung unserer räumlichen Umwelt mit der von den Verfassern vorgeschlagenen baulichen Durchführung zu einer technisch-ökonomischen und künstlerischen Einheit ausgereift?

Unsere ehemaligen Studenten, die in den verschiedensten Entwurfsbüros tätig sind, haben uns über ihren Beginn in der Praxis vieles gesagt, was darauf schließen läßt, daß sie, abgesehen von den Schwierigkeiten, die bei einem jeweiligen Wechsel von Schule in das praktische Leben eintreten, sich sehr schnell in den Arbeitsstil und den organisatorischen Aufbau unserer Entwurfsbetriebe hineingefunden haben. Selbstverständlich sind die Bindungen, die von einem realen Programm, den verfügbaren Investmitteln und der Materiallage ausgehen, enger als sie sie in ihren schulischen Aufgabenstellungen vorfanden.

Wir glauben die erste Frage damit beantworten zu können, daß unsere jungen Diplom-Ingenieure durchaus befähigt sind, unsere bautechnische und baukünstlerische Entwicklung verantwortlich mittragen zu helfen. Was die andere Frage der Qualität der Arbeiten angeht, so können wir im Vorwort nur das zum Ausdruck bringen, was uns als ein gemeinsames Kennzeichen fast aller Arbeiten erscheint. Die Entwürfe zeigen, daß alle Kandidaten versucht haben, sich vom traditionellen Mauerwerksbau so weit zu entfernen, als es sinnvoll erschien. Sie haben sich vorwiegend dem monolithischen Stahlbetonskelettbau zugewandt. Diese gesunde Tendenz, die hier zum Ausdruck kommt, zeigt, daß an den Hochschulen schon seit langem die Frage der technischen Weiterentwicklung und sinnvollen Anwendung moderner Konstruktionen, die ohne Zweifel die Architektur mit beeinflussen, die Gemüter bewegte. Unsere Studierenden haben sich, weit mehr als es die spärlichen öffentlichen Diskussionen der verantwortlichen und ausführenden Fachleute getan haben, kritisch mit diesen Fragen beschäftigt.

Die Ergebnisse des bisherigen Bauschaffens, bedingt durch eine einseitige und falsch gedeutete Theorie der Architektur und das Hinzukommen der Materialschwierigkeiten, haben die Architektur in eine Richtung gedrängt, der auch unsere jungen Architekturstudenten mit Unbehagen gegenüberstehen. Es ist unverkennbar, daß das aus einer Haltung heraus geschieht, die den Widerspruch in der technischen Entwicklung des Bauschaffens gegenüber der technischen Entwicklung auf

anderen Gebieten sieht. Sie glauben mit Recht nicht daran, daß die barockisierende Architektur des Altmarktes in Dresden und die gotischen Rückerinnerungen der Magistrale in Rostock etwas Zukünftiges in sich bergen und daß sie eine wahrhaft schöpferische Weiterentwicklung nationaler Überlieferungen darstellen. Wir müssen ihnen weiter helfen, sich unsere baukünstlerische Vergangenheit in dem Sinne anzueignen, daß nur die historischen Konstruktionen, Formen und Erkenntnisse, die für die ökonomische und gestalterische Lösung unserer Aufgaben von Bedeutung sind, angewandt werden.

Betrachtet man unter diesem Gesichtswinkel die Lösungen, wo ein Mauerwerksbau vorgeschlagen wird, so ist zu erkennen, daß man auch ohne die Anwendung von „Motivchen" durch eine sinnvolle Gliederung und Akzentuierung der Körper und Fassaden ein Bauwerk gestalten kann.

Einen weiteren gemeinsamen Zug darf man in den Arbeiten erkennen: Kein falsches Pathos, keine Monumentalität dort, wo sie nicht am Platze ist. Das Zusammenfassen vielfältiger Funktionen in einem monumentalen Baukörper, der der Aufgabe des Bauwerkes in keiner Weise entspricht, weicht baukörperlich gegliederten Anlagen, die Zweck und Idee ablesbar machen und zugleich einfacher zu bauen sind.

Die Raumkörpervorstellung wird durch das Denken in modernen Konstruktionsformen beeinflußt. Scheinbar fließende Raumfolgen sind das Resultat solcher Gedanken. Das gilt nicht nur für Innen-, sondern auch für Außenräume, für Straßen und Plätze.

Auch in der Stadtbaukunst werden sich hierdurch Möglichkeiten bieten, die die bisherige Enge der städtebaukünstlerischen Mittel sprengen. Dies ist erkannt und wird aufgegriffen. Noch ist es ein Suchen, aber die verschiedenartigen Auffassungen werden sich mehr verdichten, und das Geahnte wird immer bewußter werden.

Sollte nun von außenstehenden Fachleuten die Frage gestellt werden, ob wir in diesen Diplomarbeiten einen Versuch zur stufenweisen Industrialisierung des Bauwesens sehen und Beiträge zur Typenbildung als einer Voraussetzung zur Industrialisierung, so möge hierzu noch folgendes gesagt sein.

Sicher kann und muß man Gebäudekategorien mit einem großen Anwendungsbereich geistig so vorbereiten, daß sie, mit gleichbleibender Raumteilung und gleichbleibendem Raumkörper ausgeführt, in vorbestimmter Fertigungsweise eine gewisse Zeit wiederholt werden können. Noch wesentlicher aber ist die Forderung nach der Erarbeitung von Unterlagen für die Vorfertigung kleinerer und größerer Bauelemente, deren Anwendungsbereich über mehrere Gebäudekategorien hinwegreicht und die variablere Raumkörperkompositionen zuläßt.

Das setzt voraus, daß möglichst alle zufälligen Entscheidungen vermieden werden. Und hier drängt sich das noch ungelöste Problem einer übergeordneten Maßordnung auf, die die Auswahl von Vorzugsmaßen regelt und der willkürlichen Vielfalt eine sinnvolle Beschränkung gegenüberstellt; also eine Norm, die die Industrialisierung fördert, ohne die wünschenswerte Vielfalt räumlicher und körperlicher Komposition einzuschränken.

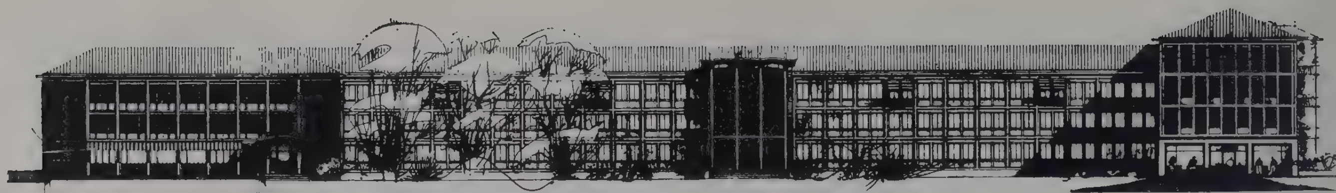
Für eine solche geistige Vorbereitung des Bauschaffens reichen die bisherigen Methoden nicht aus. Diese allseitigen Untersuchungen vor der Entscheidung werden getragen von einer Reihe von Spezialisten. Das Schwerste wird sein, aus dem Zusammenwirken keine Addition von Einzelleistungen werden zu lassen, sondern die Synthese zu finden, nämlich eine technisch-ökonomisch-künstlerische Einheit zu schaffen. Nur auf diese Weise werden die bisher mehr oder weniger subjektiven Entscheidungen im Entwurf objektiveren Charakter annehmen. Wenn bisher durch einen administrativen Akt ein Individual-Projekt zum Typ erhoben wurde, so war damit keineswegs der geforderte objektive Charakter erreicht.

Es kann in diesem Rahmen der Prozeß des Ausreifens solcher Typen nicht näher beschrieben werden. Es genügt zu erkennen, daß eine viel differenziertere Art der Projektierung notwendig ist.

Der Entwicklungsweg unserer Architekten und Ingenieure geht nach wie vor über die individuelle schöpferische Leistung. Es dürfte aus dem zuvor Gesagten klar zum Ausdruck kommen, daß es ein unbilliges Verlangen wäre, von einem Diplomkandidaten in einer Arbeitszeit von zwölf Wochen einen Beitrag zur Typenbildung zu erwarten. Die jungen Architekten müssen vielmehr eine polytechnische Ausbildung erfahren, die sie in die Lage versetzt, im Rahmen ihres Kollektivs durch ihr breites Wissen sich möglichst ohne Schwierigkeiten in die verschiedensten Probleme des Bauschaffens hineinzuversetzen und mitwirken zu können.

Es ist zu erkennen, daß das Bildungsziel unserer Architekten nicht auf die gegenwärtige Entwurfspraxis ausgerichtet werden kann, sondern wir müssen uns bemühen, Inhalt und Methode unserer Lehre den jeweiligen Bedürfnissen anzupassen. Vor zügellosen Experimenten sollte man sich aber hüten. Dort, wo die Möglichkeit besteht, ein Studentenkollektiv aus Architekten, Ingenieuren und Baustoffkundlern zu bilden, sollte man dies probeweise tun, um auf diese Weise bereits in der Lehre den Studierenden zu zeigen, wie das Zusammenwirken von Fachleuten verschiedenster Disziplinen zu einer geschlossenen Leistung führen kann.

Es muß uns gelingen, das aus unserer gesellschaftlichen Ordnung erwachsende neue Leben allseitig zu erfassen, um ihm die beste räumliche Umwelt schaffen zu können. Ein echtes Wechselverhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden wird uns helfen, dieses Denken, Fühlen und Handeln an unsere zukünftigen sozialistischen Baumeister heranzutragen.



Westansicht (Straßenseite)

Lehrstuhl für Baugestaltung und Entwerfen

Professor Dipl.-Ing. E. Schmidt

LEDIGENWOHNHEIM MERSEBURG

Verfasser: cand. ing. W. Nitsch

Auszug aus dem Erläuterungsbericht:

Das für die volkseigenen Leunawerke „Walter Ulbricht" geplante Ledigenwohnheim soll am Rande eines Wohnkomplexes im Südwesten der Stadt Merseburg liegen. Das ausgewiesene Gelände wird an zwei Seiten von Straßen tangiert. Nach Osten ist es durch einen sechs Meter hohen Bahndamm der Nebenstrecke Merseburg–Mücheln begrenzt, während nach Norden eine unbedeutende zweigeschossige Einzelbebauung anschließt (Mehrfamilienhäuser). Das Industriegelände des Leuna-Süd-Werkes beginnt unmittelbar hinter dem Bahndamm.

Das Programm fordert die Unterbringung von ca. 400 Betten. Der naheliegende Gedanke der Errichtung eines Punkthauses wurde nach klärenden Voruntersuchungen trotz seiner funktionellen und ökonomischen Vorteile aus städtebaulich-maßstäblichen Gründen fallengelassen. Um der Randlage zu dem geplanten dreigeschossigen Wohnkomplex gerecht zu werden, wurde die Bebauungshöhe ebenfalls mit drei Geschossen festgesetzt. Die innige Verbindung mit den Gartenräumen gibt so die Gewähr für eine gesunde Wohnform. Der Gefahr der Monotonie wird durch die aufgelockerte Baukörpergruppierung mit gleichzeitiger Bildung von Wohnhöfen begegnet.

Lageplan

Grundriß Erdgeschoß

Zur städtebaulichen Situation:

An die bestehenden Mehrfamilienhäuser schließt ein maßstabvermittelnder dreigeschossiger Block von 30 m Länge an, der im Erdgeschoß ein kleines Restaurant erhält und zu dem ebenfalls dreigeschossigen ca. 80 m langen Hauptbaukörper entlang der Verkehrsstraße überleitet. Den Abschluß dieser Straßenfront, an der sich ebenfalls der Hauptzugang der Anlage befindet, bildet ein weit vorspringender viergeschossiger Kopfbau mit einer Arkade und Verkaufseinrichtung. – Die Südfassade des Heimes folgt in leichter Abwinklung der Straßenführung.

Der große Innenhof wird nach Osten von den Kopfseiten der zwei einhüftigen Wohnblocks geschlossen, die mit einem leicht gekrümmten eingeschossigen Verbindungsgang zwischen die Flügelbauten eingespannt sind. Dieser ist verglast und gewährt Einblick in die dahinterliegenden Wohnhöfe, die, ihrem Zweck entsprechend, intimer gestaltet sind. Außerdem sind ein Wirtschaftshof (dem Gaststättentrakt zugeordnet) und eine Freifläche für sportliche Betätigung geplant.

Die Grundrißlösung sieht Ein- und Zweibettzimmer vor, die zu überschaubaren Wohngemeinschaften gruppiert werden. Diese wiederum erhalten die jeweils erforderlichen sanitären Einrichtungen und Gemeinschaftsräume. – Eine zentrale Waschanlage befindet sich im Kellergeschoß des Hauptgebäudes.

Der Entwurf berücksichtigt eine weitgehende Verwendung von vorgefertigten Bauteilen (Wände: sichtbares Stahlbetonfachwerk; Fertigteildecken; Stahlbetondach). Die verwendeten Baustoffe (Beton, Kunststein, Klinker) sind in ihrer Farbwirkung aufeinander abgestimmt.

Die reinen Baukosten des gesamten Komplexes wurden unter Zugrundelegung eines Raummeterpreises von 80,— DM mit 4,75 Mill. DM errechnet. Es empfiehlt sich eine abschnittsweise Errichtung.



Ansicht vom Kotzschener Weg



Lehrstuhl für Baugestaltung und Entwerfen
Professor Dipl.-Ing. E. Schmidt

BAHNHOFSHOTEL MERSEBURG

Verfasser: cand. ing. G. Naundorf

Auszug aus dem Erläuterungsbericht:

Die wichtigsten Industriezentren des mitteldeutschen Raumes und deren Konzentrierung in der Perspektive lassen eine Zusammenfassung der Gemeinden Merseburg, Leuna und Buna zu einer Stadt mit rund 100000 Einwohnern erforderlich erscheinen.

Dies bedingt eine Veränderung der städtebaulichen Situation. Durch Schaffung einer Magistrale, an die sich der Altstadtkern Merseburgs anfügt, wird die Erweiterung und Neuplanung einiger gesellschaftlich wichtiger Baulichkeiten erforderlich. Die erhöhte industrielle Bedeutung verlangt ein Hotel für Durchreisende, Industriebesucher, Verhandlungspartner usw., wodurch seine zentrale Lage am Bahnhof bestimmt wird. Als Neubau soll ein Hotel am Merseburger Bahnhof mit etwa 600 Betten geplant werden.

Der Standort an der Südseite des Bahnhofsvorplatzes wird nach drei Seiten durch die Ernst-Thälmann-Straße, den Bahnhofsvorplatz und das Bahngelände begrenzt. Das bedeutet eine starke Konzentration der Baumassen mit nur südlicher Ausdehnungsmöglichkeit;

Die markante städtebauliche Lage als Platzwand und Überleitung zur Ernst-Thälmann-Straße bedingt ein besonderes Eingehen auf diese Gegebenheiten; Der durch das Vordach und das darüber aufschießende Fensterband stark betonte Haupteingang wurde zur Platzdecke geschoben, um so einen Blickfang aus der nördlichen Ernst-Thälmann-Straße und der östlichen Bahnhofsstraße zu erhalten.



Hotelhalle

Der Restauranteingang ist absichtlich in seiner architektonischen Sprache zurückhaltend gestaltet, um keine Konkurrenz zum Haupteingang entstehen zu lassen. Der aus der südlichen Bahnhofsstraße Kommende wird durch ein markantes Vorspringen des Hauptbaukörpers gehalten. Gleichzeitig wird dadurch der Straßenraum eingeengt, um sich dann zum weiten Bahnhofsvorplatz zu öffnen. In der Ernst-Thälmann-Straße wurde der gegenüberliegende Kinobau in seiner ganzen Breite durch einen überbauten Säulengang aufgenommen, der einen interessanten Durchblick auf das Café und den angrenzenden Grünzug gestattet. Das Café bildet den städtebaulichen Abschluß nach Süden und lenkt gleichzeitig den Besucher zum Grünzug.

Auf der Ostseite wird die Garagenhofzuführung optisch durch das Personalgebäude abgeschlossen. Die Durchfahrt ermöglicht gleichzeitig eine Kontrolle der Zu- und Abfahrt. Anschließend an diese Kontrolle ein Bus-Hof für öffentlichen Verkehr.

In der Verbindung mit der Verkehrsführung entstehen folgerichtig die Eingänge, die eine klare Trennung der Besucherarten, wie Hotelgast, Speisegast, Personal und Anlieferung, vorsieht. Die klare Trennung im äußeren Verkehr hat dann im Inneren einen reibungslosen Ablauf der Funktionen zur Folge.

Der südlich gelegene Gotthardtteich wird mit seinem Grün als Grünzug bis an das Café herangezogen, der sich bis an das Atrium fortsetzt.

Dieser Grünzug, als Lunge der angehenden Industriestadt gedacht, bietet außerdem einen interessanten Ausblick vom Café und von den zum Atrium gelegenen Balkonzimmern. Außerdem schirmen seine Baumgruppen den Garagenhof und den anschließenden Bahnkörper ab. Das Atrium soll vor allen Dingen einen heiteren und intimen Ausblick von der großen Hotelhalle gestatten.

Im Erdgeschoß liegen die Empfangs- und Verwaltungsräume mit Haupttreppenhaus, Speiserestaurant, Frühstückszimmer und Weinstube, Bierschwemme und dazugehörigen Räumen. Ferner das Café, Ladengruppe und zentrale Hotelhalle sowie die Küchenzentrale.

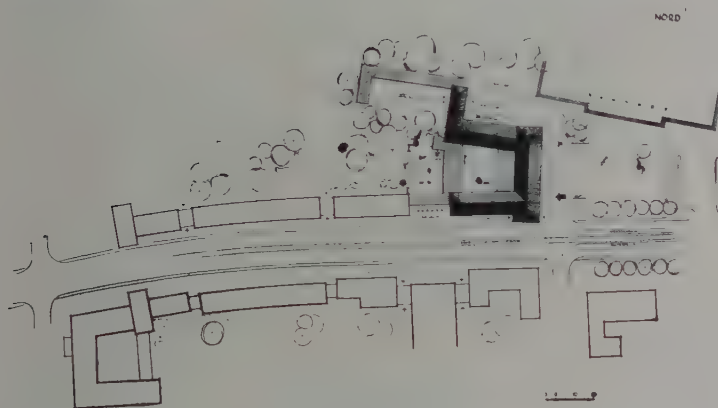
Im 1. bis 3. Geschoß sind die Gastzimmer untergebracht mit den erforderlichen Nebenräumen.

Die Gestaltung dieses Hotels soll in seiner äußeren Haltung das Gefühl des Geborgenseins und des Wohnens veranschaulichen, es soll jedoch nicht den Eindruck eines Wohnhauses erwecken. Das Gesicht des Hotels muß mehr das pulsierende Leben der Stadt ausstrahlen, es muß in seiner architektonischen Wertigkeit mehr als ein Wohnhaus sein. Durch Anwendung bestimmter Gestaltungselemente und Materialien beabsichtigte der Verfasser diese Erkenntnisse bei der Entwicklung der Fassaden zu verwirklichen.

Die Konstruktion, d. h. die aufstrebenden Stahlbetonstiele der Stockwerkrahmen, trägt schon wesentlich zur Gestaltung bei. Um diesen aufstrebenden Pfeilern ein Gegengewicht entgegenzusetzen, wurde eine farbige Putzkannelierung vorgesehen, so daß ein feines Netz mit abgewogenen Flächenproportionen die Fassade überzieht. Mittelpunkt des Netzes ist jeweils ein leicht überhöhtes sprossenloses Schwingflügelfenster in Elox-Leichtmetall vorgesehen, das in einer klaren Reihung jeweils ein Hotelzimmer markiert. In architektonischem Gegensatz zu dieser



Grundriß Erdgeschoß



Reihung steht bei der Platzfassade der Eingang mit dem senkrechten breiten Fensterband, das die Fassade in einem wohltuenden Verhältnis aufteilt. Dieses Fensterband wird noch durch einen vertieften Stahlbetonrahmen unterstrichen. Über dem Eingang wölben sich als Vordach 3 Stahlbetonschalen, die nach innen zum Eingang hin in eine Stahlbetondecke auslaufen. Das Sockelgeschoß drückt in seinen Öffnungen einmal die Eingangspartie mit seinen Nebenräumen aus, während die hohen und eleganten Fenster die Restaurantseite bestimmen. Auf der Ostseite wird die ruhige Reihung herumgeführt und an der Platzecke durch einen ausgewogenen Kopfbau abgeschlossen, der im Sockelgeschoß einen Laubengang aufweist.
Die Südseite wird architektonisch von dem Cafébau beherrscht, der trotz seiner Aufgelöstheit den Hotelhof nach Süden abschließt. Der Personaltrakt und der Giebel sollen in seinem lustigen Aufbau das Gesamtbild abrunden. Die Westfassade wird durch einen 2-m-Raster bestimmt, der im Zwischenbau seinen Ausgang hat. Die beiden Kopfbauten halten jeweils die Reihen zusammen.

BAHNHOF

CAFE

Grundriß 1. Obergeschoß

Lehrstuhl für Baugestaltung und Entwerfen

Professor Dipl.-Ing. E. Schmidt

16KLASSIGE GRUNDSCHULE MERSEBURG

Verfasser: cand. ing. L. Kellner

Auszug aus dem Erläuterungsbericht:

Das Schulprojekt ist Teil einer Neuplanung der zwischen Merseburg und Leuna entstehenden Wohnstadt. Das Gelände für den Schulneubau wurde vom Entwurfsbüro für Stadt- und Dorfplanung in Halle festgelegt.

Der Enwurf:

Lage: Der Hauptbaukörper (zweigeschossig) ist als Winkelbau erarbeitet. Die Ostwestachse wird von den Normalklassen bestimmt. Der Sonderklassentrakt blockt den Baukörper der Normalklassen ab. Im Schnittpunkt beider Baukörper ist der Haupteingang gelegen. Die Aula, durch ein Gelenk an die Eingangshalle angeschlossen, liegt im Blickpunkt der Kötzschener Straße. Der Pausenhof wird im Westen von den Nebenanlagen gefaßt. Dieser Baukörper öffnet sich leicht nach Norden und steigert das Raumerlebnis. Die angeschlossene Turnhalle, nach Süden geöffnet, teilt die verbleibende Fläche in Gymnastikwiese und Schulgarten.

Funktion:

Das Projekt teilt sich funktionell in den schulischen und außerschulischen Tagesablauf.

Die Eingangshalle ist gleichzeitig Verteilerhalle.

Für außerschulische Feiern kann Aula und Eingangshalle vom Schulbetrieb abgetrennt werden. Die Klassenräume erreicht man von der großen Treppenhalle aus. Die breite geradläufige Treppe ist hier räumlich-gestalterischer Mittelpunkt.

Die ausschließliche Südorientierung der Klassenräume ergab sich aus städtebaulichen Notwendigkeiten. An den Gebäudeschnitt- und Endpunkten sind Pausenhallen angeordnet. Dem eingeschossigen Trakt mit den Nebenanlagen vorgeschaltet ist ein gedeckter Pausengang. Den Abschluß der Nebenanlagen bildet der Raum für Kunsterziehung (Nordlicht) und die Hausmeisterwohnung.

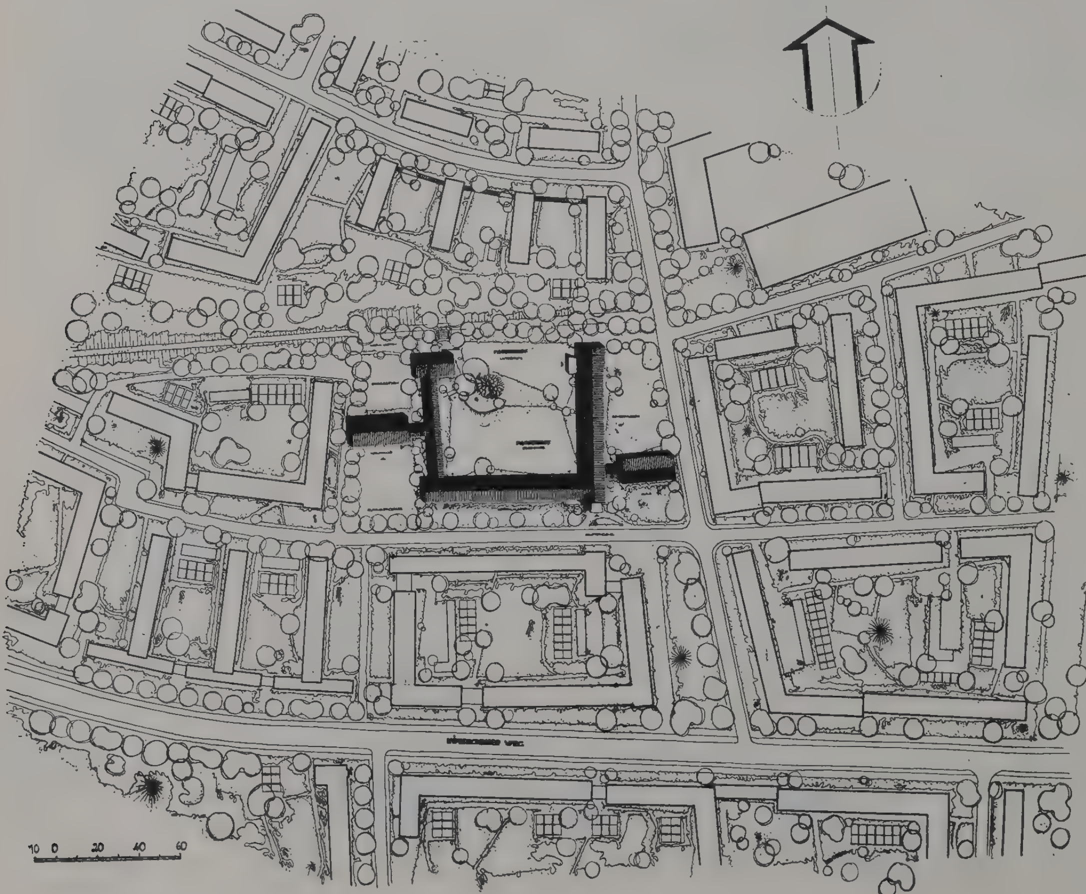
Konstruktion:

Für diese Diplomarbeit waren nicht nur wirtschaftliche Erwägungen und die derzeitige Baustofflage bestimmend, sondern es sollte darüber hinaus ein richtungweisender Entwurf entstehen.

Der Grundriß ist aus dem Normalklassenformat entwickelt. Das Grundmaß ist 1,50 m. Die Nebenanlagen basieren auf dem Maß 1,25 m. Die Geschoßhöhe ist durch 0,25 m teilbar. Die Fensterformen sind gleichfalls aus dem Breitenmaß von 1,50 m entwickelt.

Aus diesen Gegebenheiten wurde das Konstruktionssystem gewählt. Dem Raster entspricht am besten das Skelett. Die Brüstungsfelder werden in Kalksandstein ausgefacht. Als Deckenkonstruktion sind zweischalige Rippendecken vorgesehen. Auf guten Schallschutz wird bei allen Konstruktionen geachtet.

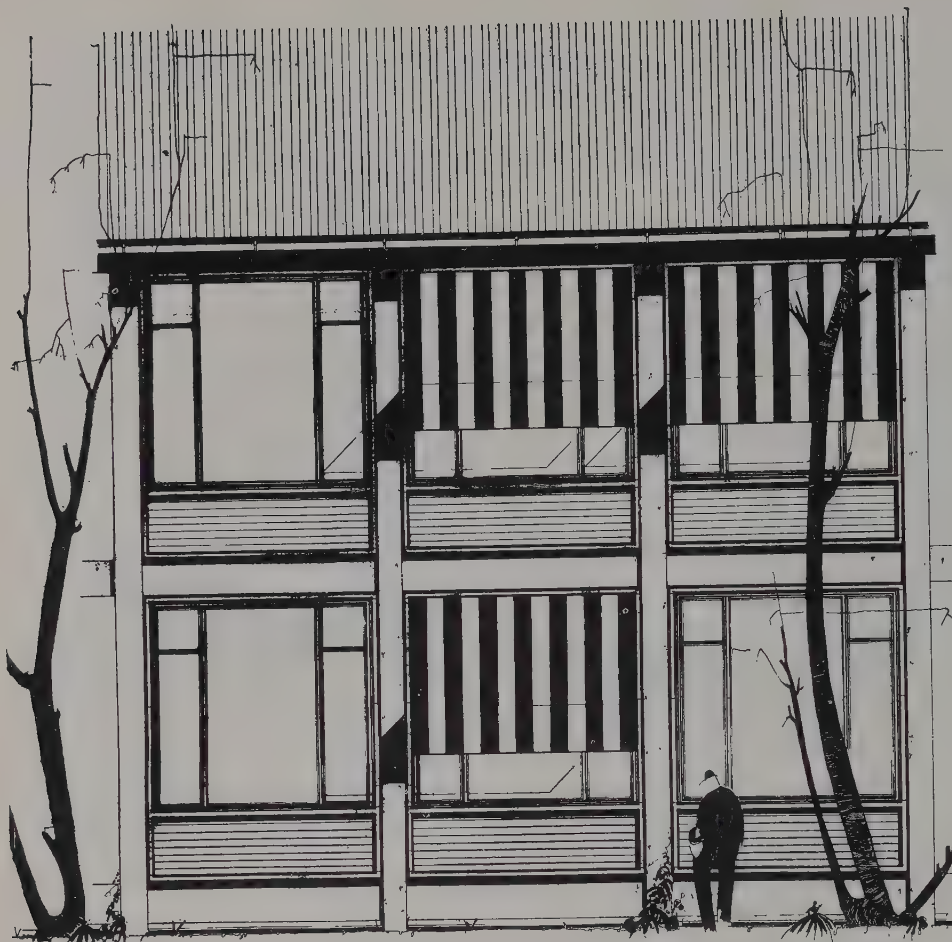
In der Ausführungsbearbeitung finden Montage- und Fertigbauweise ihre Anwendung.



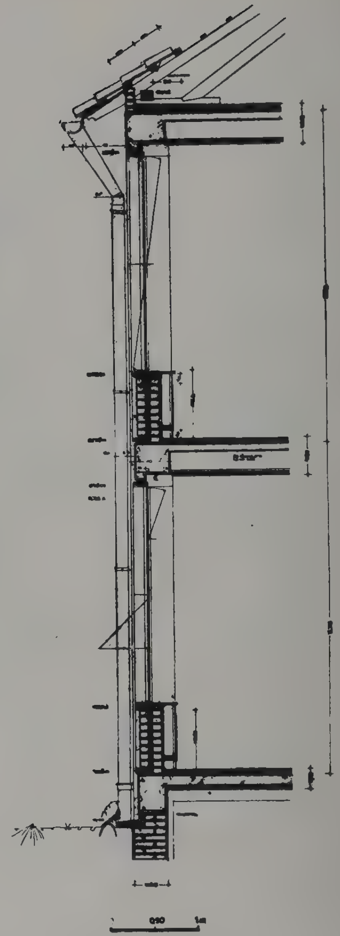
Lageplan

Grundriß Erdgeschoß

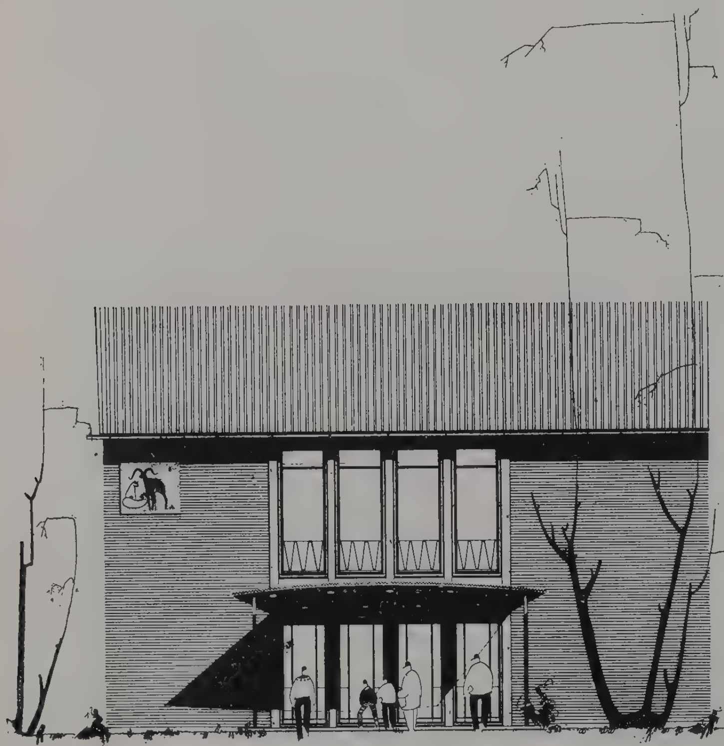
Grundriß Obergeschoß



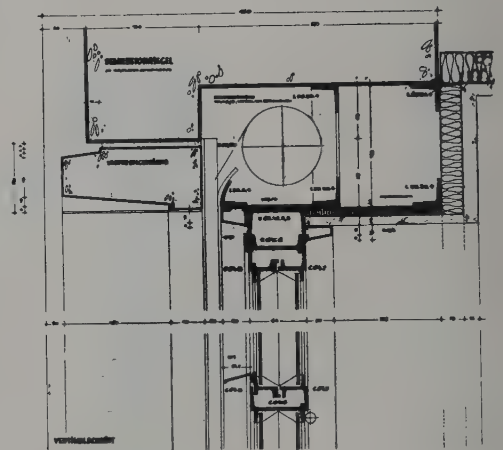
Fassadenausschnitt des Normalklassentraktes



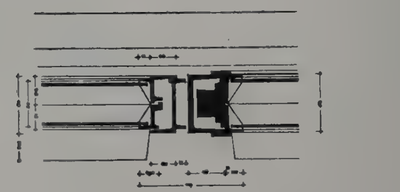
Höhenschnitt



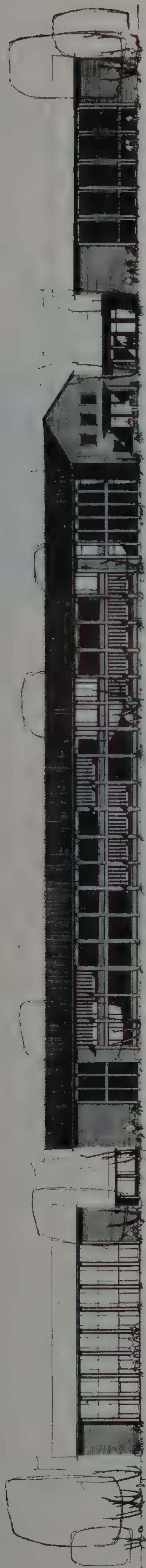
Fassadenausschnitt des Pausenhalleneinganges



Vertikalschnitt



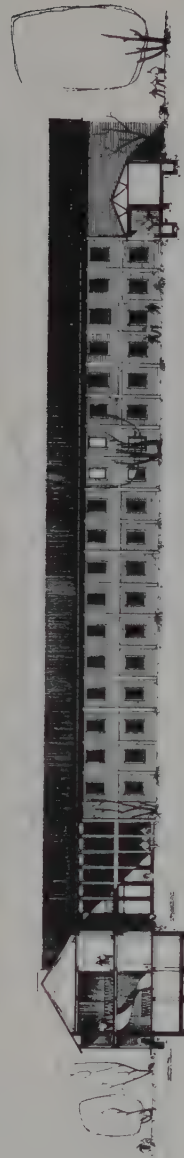
Horizontalschnitt



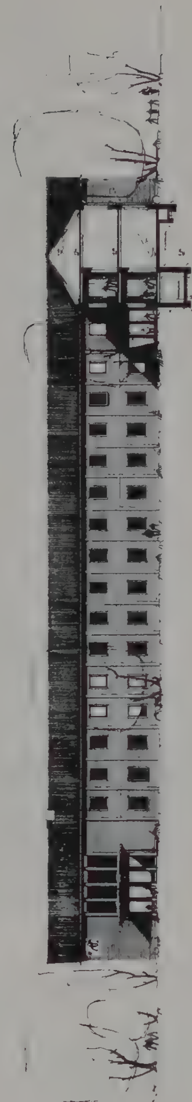
Normalklassentrakt (Südansicht)



Sonderklassentrakt (Ostansicht)



Innenhof (Nordansicht)



Innenhof (Westansicht)



Gestalterische Lösung:

Für Gestaltung, Ausbau und Farbgebung kann nur das Schulkind Maßstab sein. Demzufolge ist ein klarer und übersichtlicher Grundriß geschaffen, der den funktionellen Gegebenheiten voll entspricht und sich in der Gestaltung widerspiegelt. Die Außenhaut entspricht der inneren Funktion. Die Konstruktion ist nicht gesucht, dementsprechend auch die Gestaltung. Das Detail ist klar und verhältnismäßig flächig gehalten (Staubzone der Industrie). Die verwendeten Materialien entsprechen der Gesamthaltung. Großer Wert wurde auf richtig abgestimmte Farbgebung und auf eine durchdachte Grüngestaltung gelegt.

Die Gesamtanlage ist zusammenhängend gestaltet. Entsprechend der verschiedenen Wertigkeit erfolgte auch eine bauliche Ausarbeitung (Haupteingang, Pausenhalle, Aula, Turnhalle).

Die Innenraumgestaltung soll die Grundrißkonzeption und Gestaltung bekräftigen und der kindlichen Psyche in Konstruktion und Farbgebung gerecht werden.

Lehrstuhl für Baugestaltung und Entwerfen

Professor Dipl.-Ing. E. Schmidt

FRIEDHOFSANLAGE MERSEBURG-NORD

Verfasser: cand. ing. A. Magdeburg

Auszug aus dem Erläuterungsbericht:

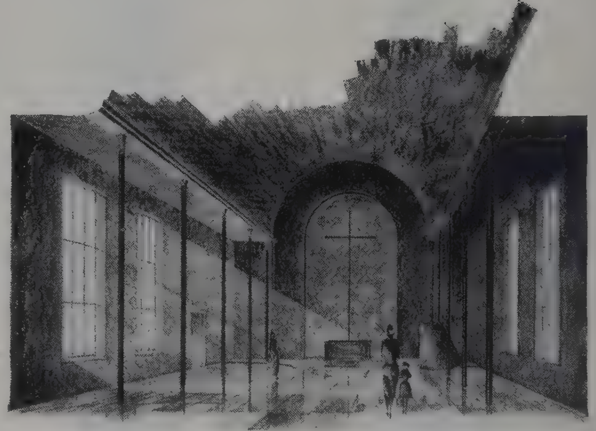
Die Stadt Merseburg wird in Kürze durch Eingemeindungen auf 100000 Einwohner anwachsen. Im Zuge der Neuplanungen werden zwei Friedhofsanlagen entstehen; die bearbeitete ist mit $^2/_3$ Belegung die weitaus größere. Die alten Friedhofsanlagen der Stadt werden stillgelegt.

Der Friedhof Merseburg-Nord stellt die Verbindung zwischen Merseburg und Schkopau her. Das ausgewiesene Gelände wird begrenzt von der Hauptverkehrsstraße Weißenfels-Halle (Straßenbahnlinie Bad Dürrenberg-Halle), einem Sportplatz, der Saale und Wohnbebauung. Entlang der Saale führt zudem noch die Bahnlinie Frankfurt a. M.-Berlin über Halle.

In diesem für einen Friedhof so ungünstigen Gelände wurde durch eine starke periphere Anpflanzung versucht, eine möglichst weitgehende Geräuschabschirmung zu erzielen. – Die Eingänge orientieren sich nach den Haltestellen der Straßenbahn bzw. einer Uferpromenade an der Saale. – Eine Rasenfläche, die unbelegt bleibt, durchzieht als Herz der Anlage den Friedhof. Der Verfasser hat durch die Anordnung einer Vielzahl besonderer Blickpunkte versucht, die Anlage abwechslungsreich zu gestalten und dem Besucher gute Orientierungsmöglichkeiten zu geben.

Auf die gesamte Fläche von 21 ha entfallen 4,5 ha für die erforderlichen Grabstellen. Jeweils 80 Gräber werden zu einem Grabfeld zusammengefaßt und voneinander durch Bepflanzung getrennt.

Die Lage der Friedhofsgebäude (einschließlich des Krematoriums) in der Nordost-Ecke des Geländes ergibt sich neben gestalterischen Erwägungen aus der vorherrschenden Windrichtung (SW) und dem Bestreben, Geräuschbelästigungen zu entgehen (Sportplatz!). Die im Programm geforderten Baulichkeiten umfassen die technischen Anlagen (Garagen, Leichenhaus, Krematorium) einschl. Sozialgebäude, die Verwaltung, die Aussegnungshalle und Räume für die Leidtragenden sowie eine Hausmeisterwohnung.



Die technischen Anlagen gruppieren sich um einen Wirtschaftshof mit besonderem Zugang, der gleichzeitig als unauffällige Abfahrt dient. Die Leichenhalle und das Krematorium sind nach den neuesten Gesichtspunkten geplant.

Die anschließende Verwaltung, als Raumgruppe klar abgetrennt, steht mit den übrigen Gebäuden in guter funktioneller Verbindung.



Lageplan



Friedhofsgebäude, Südansicht

Friedhofsgebäude, Grundriß Erdgeschoß

Die Räume für die Leidtragenden sind um einen Ehrenhof angeordnet. Als Schwerpunkt der Anlage hebt sich die Aussegnungshalle (100 Plätze) baukörperlich klar ab. In der Gestaltung wurde ein feierlicher Charakter angestrebt. – Der Innenraum wird von einem großen Mosaik beherrscht. Zu der dunkelgehaltenen tonnenförmigen Holzdecke des Mittelteils stehen die aufgehellten Seitenteile in gutem Kontrast. Alle Details sind auf die feierliche Haltung des Bauwerkes abgestimmt.

Der von Bogengängen umschlossene Ehrenhof stellt eine besondere Stätte der Besinnung und Totenehrung dar. Eine spiegelrunde Wasserfläche und eine Plastik geben ihm zusätzliche Akzente.

Die überschlägliche Ermittlung der reinen Baukosten ergibt 800000,– DM ohne Berücksichtigung der Außenanlagen.



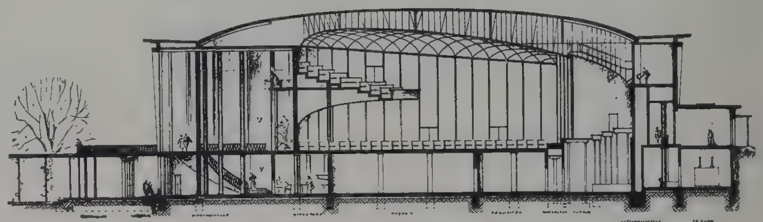


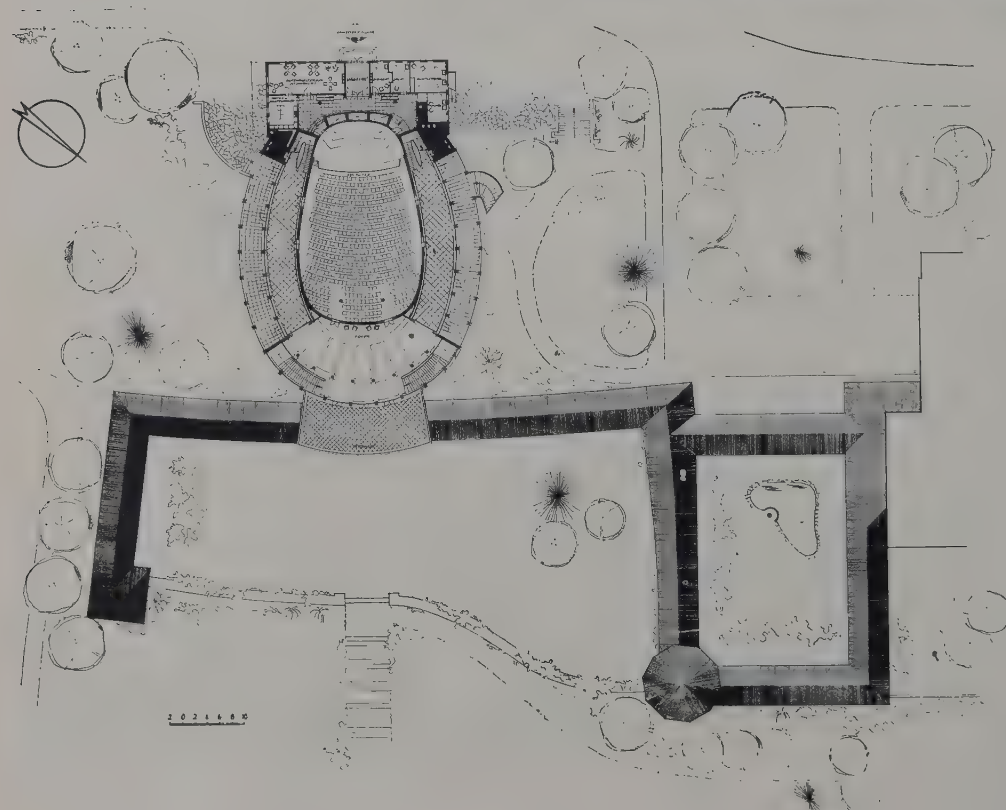
Grundriß Erdgeschoß

Lehrstuhl für Baugestaltung und Entwerfen
Professor Dipl.-Ing. E. Schmidt

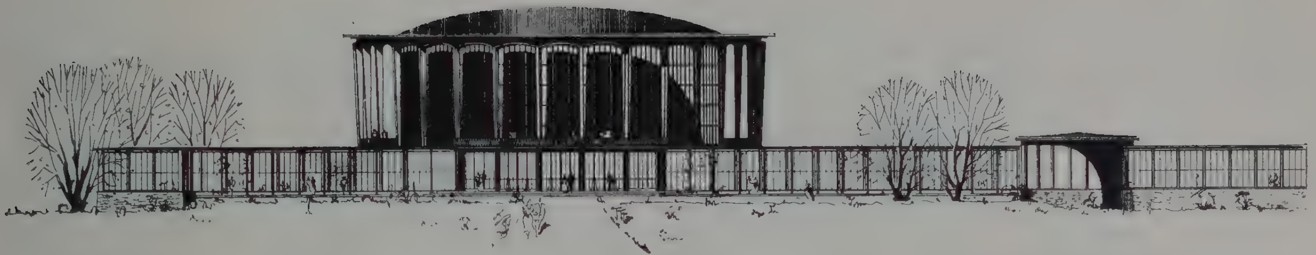
KONZERTHALLE BAD ORB

Verfasser: cand. ing. D. Tscheschner





Grundriß 1. Obergeschoß



Ostansicht



Nordansicht

Die Konzerthalle Bad Orb war als ein gesamtdeutscher Wettbewerb ausgeschrieben und in Diskussionen mit westdeutschen Kollegen wurde die Frage aufgeworfen, ob sich nicht Angehörige der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar an einer solchen Aufgabe beteiligen wollen. Die hier veröffentlichte Diplomarbeit ist ein nachträglicher Beitrag zu diesem Wettbewerb geworden und zugleich als ein Beitrag zum gesamtdeutschen Gespräch zwischen den Studenten gemeint.

Auszug aus der Aufgabenstellung:

Bad Orb, das bekannte Herzbad im Spessart, wurde im Jahre 1954 von über 25000 Kurgästen besucht. In den Sommermonaten sind z. Z. über 3000 Kurgäste gleichzeitig anwesend.

Es besteht das Bedürfnis, bei plötzlich auftretender, schlechter Witterung die auf der Kurpark-Terrasse beim dreimal täglich stattfindenden Kurkonzert weilenden Besucher schnell vom Freien in gedeckte und geschützte Räume umzuleiten. Im Frühjahr und Herbst sowie bei ungünstiger Witterung im Sommer soll das Kurkonzert in einem neu zu schaffenden Konzertsaal durchgeführt werden. Im Winter soll das Kurkonzert ständig in dem neuen Konzertsaal stattfinden.

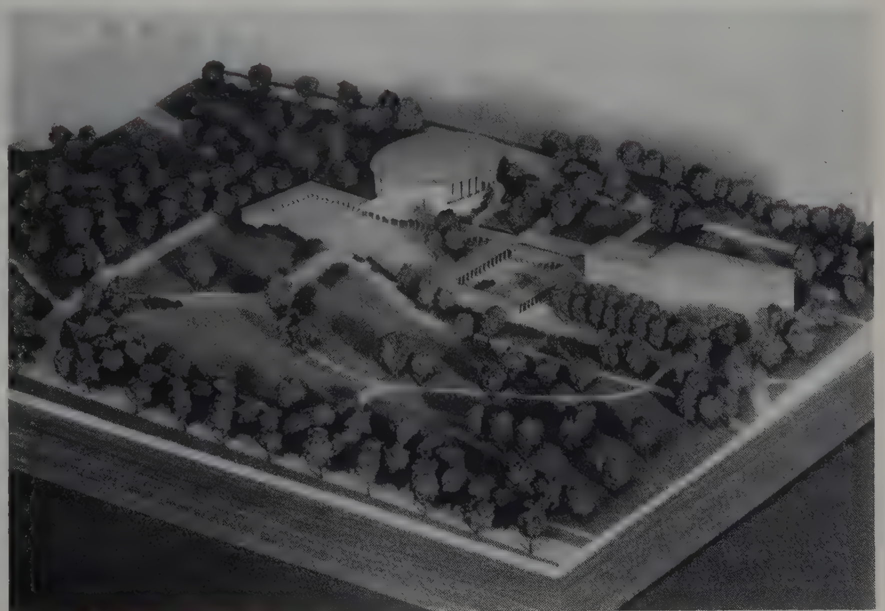
Auszug aus dem Erläuterungsbericht:

Für Bad Orb ist ein steiler Nordhang charakteristisch, an dem sich das Städtchen längs der Orb hinzieht. Die Konzerthalle, deren Grundriß die Form einer Ellipse hat, steht senkrecht zum Hang. Ein rechteckiger Baukörper hätte die erforderliche Betonung nicht ergeben, da er zu stark zu den im Jugendstil gehaltenen benachbarten Pensionsgebäuden in Beziehung getreten wäre. Die Wandelgänge stellen die Verbindung zwischen der Konzerthalle und dem Kurhotel mit Terrasse her und fassen die gesamte Anlage zu einer architektonischen Einheit zusammen. Der Musikpavillon liegt so, daß eine gute Hörsamkeit sowohl in dem durch Wandelgänge gebildeten Atrium als auch auf der Terrasse gewährleistet ist.

Neben den erwähnten städtebaulichen Gesichtspunkten wurde der Baukörper der Konzerthalle durch die Formgebung des Saales beeinflußt, die aus den Forderungen nach einer guten Akustik und nach optimalen Sichtverhältnissen entwickelt wurde. Ein doppelter ellipsenförmiger Stützenring mit einem durchgehenden Achsabstand von 4,20 m der äußeren Stützen bildet das tragende Element des Gebäudes. Er hat eine innere Spannweite von 31,5 × 42,5 m und wird von einer Rotationsschale überdeckt. Die Schale, die im Scheitelpunkt eine Dicke von 15 cm aufweist, verstärkt sich in Richtung des Auflagers und ist an ihrer Unterseite durch Rippen mit einem Querschnitt von 15 × 45 cm untergliedert. Die Schubkräfte der Schale werden von einer horizontalen Dachplatte aufgenommen, die den inneren und den äußeren Stützenring überdeckt. Die Grundrißform des Konzertsaales wurde unter Vermeidung aller akustischen Nachteile von der eines Trapezoids abgewandelt. Auf Grund der akustischen Untersuchungen zeigt der Saal bei voller Besetzung günstige Nachhallseiten, die nur bei leerem Raum unter dem Optimum liegen, was sich bei Konzertproben als durchaus günstig erweist.

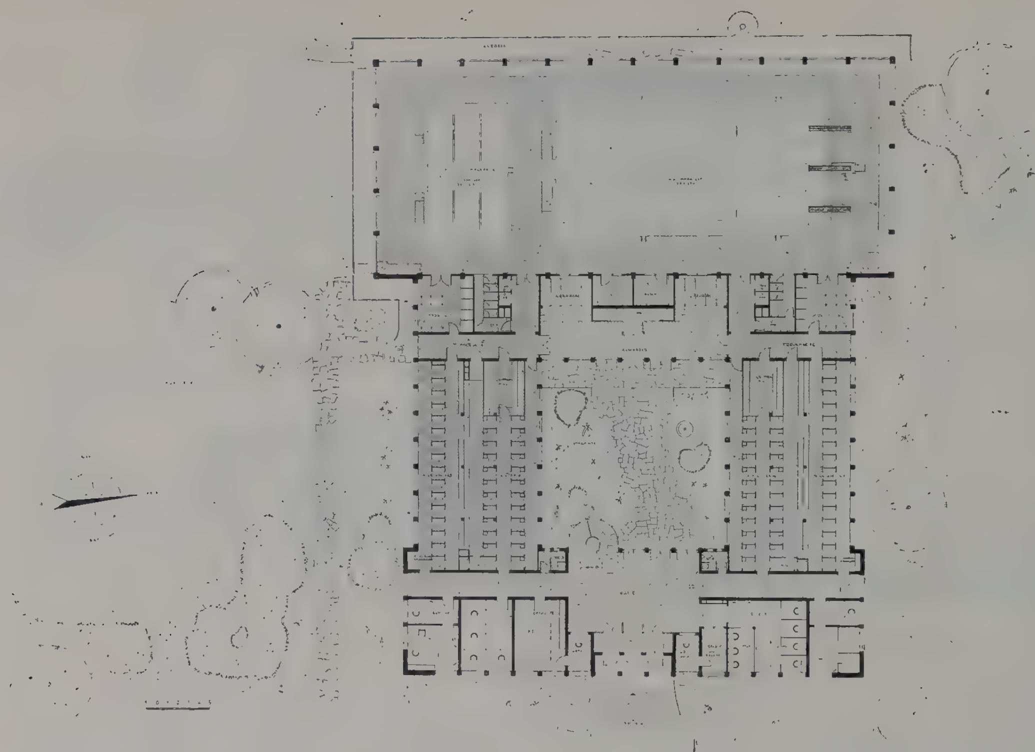
Bad Orb kann als kleines Kurstädtchen keine monumentale, durch Baumassen wirkende Anlage in seinem Kurpark gebrauchen. Die Ausdehnung des Baukörpers ergibt sich aus der Anzahl der Besucher. Er mußte, um nicht aufdringlich zu wirken, so fein wie möglich gegliedert werden. Nur das sich aus der anlaufenden Gebäudelinie erhebende Sockelgeschoß ist massiv gehalten. Aus ihm erwächst der Bau des Konzertsaales, der mit seiner völlig in Stützen aufgelösten Fassade und den großen Glasflächen sehr leicht und locker wirkt. Die Schalenkonstruktion ergibt über der beschwingten Gesimslinie einen harmonischen Abschluß. Die gesamte Anlage öffnet sich zum Park und bereichert ihn durch ein neues, charakteristisches Erlebnismoment.

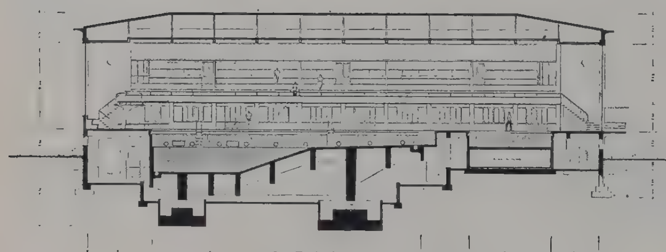
Die überschlägliche Ermittlung der Baukosten ergibt bei der Konzerthalle eine Gesamtfläche je Besucher von 56 m², eine Kubatur von 26186 m³ und Gesamtbaukosten in Höhe von ca. 2490000 DM. Die Baukosten der Wandelgänge mit einer Kubatur von 6000 m³ werden sich auf 228000 DM belaufen.



Arbeitsmodell

Grundriß
Erdgeschoß



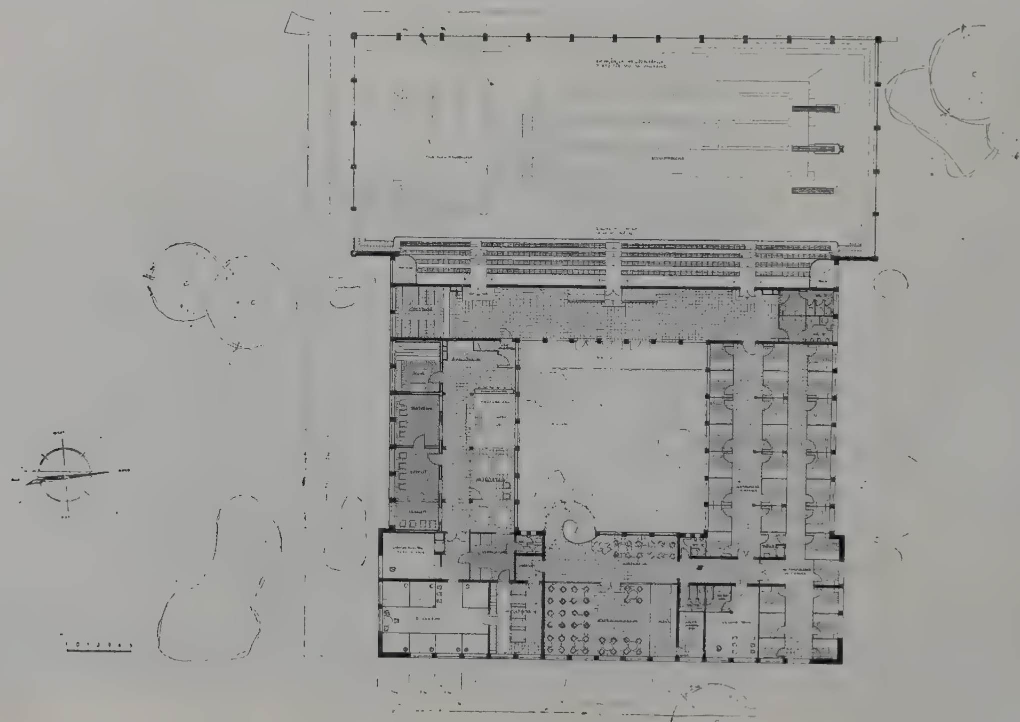


Längsschnitt

Lehrstuhl für Baugestaltung und Entwerfen
Professor Dipl.-Ing. E. Schmidt

SCHWIMMHALLE WEIMAR

Verfasser: cand. ing. A. Fricke



Grundriß
Obergeschoß



Ansicht des Eingangstraktes

Auszug aus dem Erläuterungsbericht:

In Weimar besteht seit langer Zeit die Notwendigkeit für den Bau eines Hallenbades. Bereits mit dem Bau des Stadions und der Freibadanlage war in der Gesamtplanung das Hallenbad vorgesehen. Als Baugelände stand der freie Platz zwischen Schwanseebad und dem Stadion zur Verfügung. In der städtebaulichen Situation bilden Stadion, Hallenbad, Sprungturm des Freibades, Froriepsteich mit Weimarhalle und der Turm der Jakobskirche eine markante Achse, die im Norden und Süden begrenzt wird durch die Asbach- und Stalinstraße.

Die Lage des Hallenbades erweist sich aus folgenden Gründen als vorteilhaft:

Die Entfernung bis zum Stadtzentrum ist gering, ungezwungene Eingliederung in die vorhandenen Sportanlagen, große Freiflächen für Liegewiesen, gute Versorgung mit Gas durch das in der Nähe liegende Gaswerk und Einbettung in einen Grüngürtel. Ferner ausreichende Parkmöglichkeiten an der Nordseite mit gleichzeitig gutem Anschluß an das Hauptverkehrsnetz.

Gefordert wurden für den Komplex Hallenbad die Schwimmhalle, sowohl für allgemeinen Besuch als auch für sportlichen Wettkampf, die Gesundheitsbäder und die Reinigungsbäder. Dieser Forderung entsprechend ist auch der Aufbau des Hallenbades gegliedert.

Über eine Vorhalle gelangt der Besucher in die Eingangshalle, von der aus er die Bäderabteilung und die Schwimmhalle erreichen kann. Die Umkleidetrakte mit den hygienischen Erfordernissen wie Stiefel- und Barfußgang, Vorreinigung und der Geschlechtertrennung liegen vor der Schwimmhalle.

Die Schwimmhalle enthält einmal das Normalbecken von 12,5 × 25 m, das als Mehrzweckbecken ausgebildet ist. Es gliedert sich in $^1/_3$ Nichtschwimmer- und $^2/_3$ Schwimmerteil. In der Beckenwand sind für Unterwasserbeobachtung beim Training Fenster eingebaut. Die Sprunganlage besteht aus einem 3-m-Brett und zwei 1-m-Brettern. Die Anordnung erfolgte auf der Nordseite, um den Zuschauern einen blendfreien Blick zu gewährleisten und um die offene Südseite von zusätzlichem Verkehr frei zu halten. Auf dieser Seite liegt das zusätzliche Nichtschwimmerbecken mit einer Wassertiefe von 0,90 bis 1,20 m. Es dient gleichzeitig als Lehrbecken. Die Halle erhält ihr Licht von drei Seiten. Die außen sich anschließende Terrasse kann Liegestühle und Sitzbänke aufnehmen und ist durch drei freischwingende Treppen mit der Liegewiese verbunden. Beim Betreten der Schwimmhalle müssen hier zwangsläufig zwei Fußbecken durchschritten werden.

Im Obergeschoß sind ein Erfrischungsraum und die Bäderabteilungen untergebracht. Die Wannenbäder sind getrennt für Männer und Frauen, aber geschlossen in einem Trakt angeordnet.

Die Gesundheitsbäder sind im zweiten Trakt als geschlossene Abteilung untergebracht und abwechselnd von jeweils einem Geschlecht als Gemeinschaftsbad benutzt. Von der Eingangshalle über eine breite, gewendelte Treppe sind im Kellergeschoß die Brausebäder, ebenfalls getrennt nach Geschlechtern, zu erreichen.

Ferner sind in dem Gesamtkomplex die Sportlerabteilung mit Massage- und Ruhekabinen, die Wäscherei, Maschinenräume und die technischen Einrichtungen vorgesehen.

Die konstruktive Lösung sieht im wesentlichen die Verwendung von Stahlbetonfertigteilen vor. Die Gründung des Schwimmbeckens erfolgt wegen der sumpfigen Untergrundverhältnisse durch eine Dreipunktlagerung.

Der vorhandene Grundwasserstand macht für den tiefer gelegenen Teil des Kellers eine Wannenausbildung erforderlich. Die Dachkonstruktion der Halle besteht aus einem Bandstahl-Leichtbau-Binder mit einer Spannweite von 20 m.

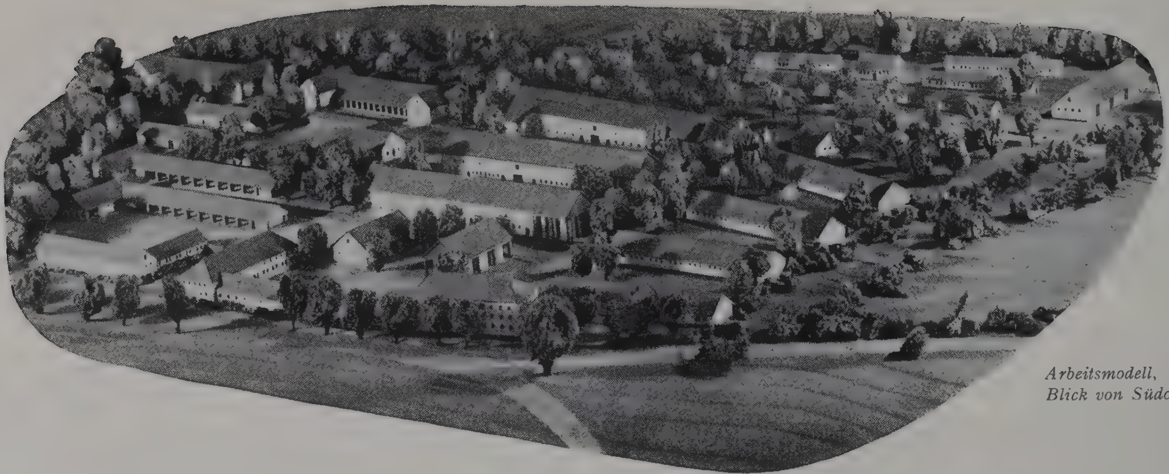
Es wurde versucht, dem gesamten Komplex durch die Auflösung in ein gerastertes Stützensystem einen möglichst leichten, einladenden und einem Bad entsprechenden Charakter zu verleihen.



Südseite



Schwimmhalle



Arbeitsmodell,
Blick von Südosten

Lehrstuhl für Ländliches Bauwesen
Ordinarius Professor Dipl.-Ing. E. Schmidt

WIRTSCHAFTSANLAGE FÜR DIE LPG VIPPACHEDELHAUSEN BEI WEIMAR

Verfasser: cand. ing. L. Hänske

Auszug aus dem Erläuterungsbericht:

Das dieser Planung zugrunde liegende Gelände ist vom Entwurfsbüro für Stadt- und Dorfplanung Weimar ausgewiesen worden. Der Verfasser dieser Arbeit hatte auf die Wahl des Geländes keinen Einfluß.

Das Areal ist ein nach Süden geneigter Hang, der auf eine mittlere Entfernung (Nord–Süd) von ca. 240 m Länge um ca. 23 m ansteigt (von 188 m über NN auf ca. 211 m über NN).

Diese Planung der Wirtschaftsanlage für die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft Vippachedelhausen bezieht sich auf einen Betrieb, der im Endzustand etwa 700 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche zu bewirtschaften haben wird.

Das Gelände, ein unter etwa 10 : 1 geneigter Hang, grenzt an den Organismus des Dorfes im Osten an.

Vippachedelhausen ist ein Anger-Straßendorf, das in seiner Anlage reinen städtebaulichen Gesetzlichkeiten nicht zu unterliegen scheint. Neben der deutlichen Anordnung der vielfach ganz kleinen Gehöfte entlang der Dorfstraße und um den triangulären Anger gibt es kaum ein erkennbares, zwingendes Ordnungsprinzip.

Von städtebaulich-kompositorischen Gedanken ausgehend, wiesen zwei Gegebenheiten die Richtung: die irreguläre Bebauung der vorhandenen Siedlung gestattete nur eine lockere Ordnung der Gebäudegruppen zueinander – die Hängigkeit des Geländes stellte ihre eigenen Gesetzlichkeiten auf. Mit dem Ziele, einerseits für den späteren alltäglich wiederkehrenden Arbeitsablauf in den einzelnen - mehr oder minder voneinander abhängigen – Funktionsbereichen (Verkehr, Milchvieh, Jungvieh, Schweinemast, Schweinezucht usw.) Eigentümlichkeiten des Geländes durch überlegte Gebäudeanordnungen sinnvoll zu nutzen, andererseits Charakteristika des Geländes durch einzelne Bauten oder Gebäudegruppen landschaftsgestalterisch zu unterstreichen, sollten in sich geschlossene Funktionszyklen so zueinander in Beziehung gesetzt werden, daß ein Organismus entstünde, der städtebaulich, gestalterisch, organisatorisch und funktionell von selbst überzeugt.

Wer von Weimar, der nächstgelegenen größeren Stadt, ankommt, nähert sich aus östlicher Richtung dem Dorfe. Damit passiert man nicht zuerst den alten Bestand von Vippachedelhausen, sondern bevor man dahin gelangt, kommt man an der Wirtschaftsanlage für die LPG vorüber. Diese Tatsache, Erweiterungsbebauung einer Gemeinde zu sein, heißt sowohl – auf Grund der ganz anderen Größenmaßstäbe – Höhepunkt zu sein als auch gestalteter Übergang in die offene Landschaft.

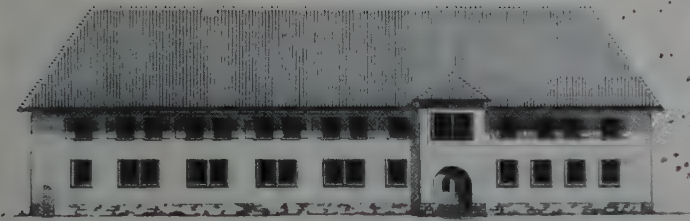
Für die Fernwirkung wurde auf der höchsten Erhebung im NO des ausgewiesenen Geländes ein markanter Akzent gesetzt durch die *Hauptscheune* (in der Modellaufnahme nicht zu sehen), die – mit großwüchsigen Baumgruppen korrespondierend – in dieser leicht bewegten Landschaft dem von Ferne Nahenden das Dorf natürlich anzukündigen vermag. Näher gekommen, sind aus ca. 1 km Entfernung ferner der riegelförmig gestellte *Schafstall* und die Giebel der fächerförmig angeordneten *Mastställe* für Schweine sichtbar, die ebenfalls aus Baumkronen und Sträuchern herausschauen.



Verwaltungsgebäude
Längsansicht vom Hof



Verwaltungsgebäude Queransicht vom Hof



Ansicht von Westen

Den Wirtschaftshof erreicht, passiert man den großen *Hofspeicher*, der mit seiner Rückseite im Straßenbogen steht, gerade an der Weggabelung im SO der Anlage. Er weist durch seine Stellung auf das Gebäude hin, in dem alle Fäden der LPG zusammenlaufen: die *Verwaltung*. Mit ihrer Giebelstellung am Straßensaume soll die Aufmerksamkeit des Passanten erregt werden. Ein Hinweis, daß es sich bei diesem Gebäude um den intellektuellen Kern handelt, wurde einerseits durch die gediegene, andererseits ländlich-heitere und im Charakter aufgeschlossen ausdrucksvolle Gestaltung versucht. Durch Erweiterung des Straßenraumes – entlang dem *Pferdestall* – wird darauf der Weg wieder freigegeben zur Fahrt ins Dorf.

Wirtschaftliche Säule, mit dem weitaus umfänglichsten Aufwand an Stallarbeit und dem größten Massenumsatz an Futtermitteln, stellt die *Milchviehanlage* dar. In drei Ställen stehen 250 Kühe. In diesen Stallungen liegt eine überdurchschnittliche Werteballung vor. Dort wird täglich edelstes wirtschaftliches Erzeugnis, die Milch, in großen Mengen produziert. Aus diesen Ställen – gewissermaßen – fließt kontinuierlich ein ergiebiger Quell flüssigen Bargeldes. Aus diesen Gründen wurden diese Ställe exponiert, inmitten der Anlage placiert.

Westlich davon steht das *Milchhaus* mit den spiegelbildlich gleichen *Abmelktrakten*, von hier aus gesehen nördlich die beiden *Jungvieh-Offenställe*, davor *Kälber-Offenstall* und Abkalbehaus. Nach Süden hin bis zum Pferdestall erstreckt sich der Bereich des *Verkehrs* einschließlich Werkstätten.

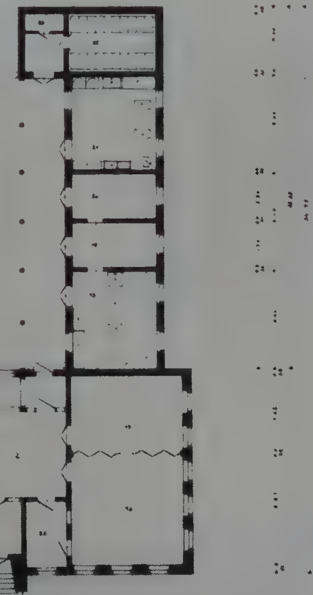
Im NO entwickelt sich die Anlage für *Schweinezucht* mit eigenem *Futterhaus*, wie auch die Mastställe eine getrennte Futterzubereitung nordwestlich vom obersten haben.

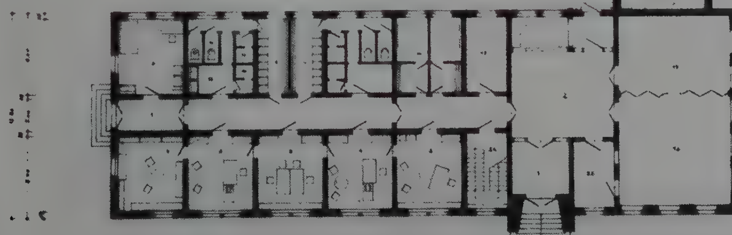
Zwischen Speicher und südlichstem Milchviehstall ist die Batterie von Silos zu erkennen, die die *Biogasanlage* darstellt.

Die ganze Anlage ist u. a. konsequent unter diesem Prinzip – im großen und im einzelnen – geplant: Massenlasten in Massen mit Hilfe und unter sinnvoller Anwendung der Technik – bei einem möglichst geringen Aufwand an menschlicher Arbeitskraft – bis zum Verbrauch an möglichst endgültige Lagerstatt zu befördern, um sie im Bedarfsfalle unter geringstem Aufwand an menschlicher Arbeitskraft in kleinen Mengen zum Verbraucher gelangen zu lassen.

Der Arbeitsaufwand ist nach wie vor am größten im Milchviehstall. Im Rahmen dieser Arbeit wurde besonderes Gewicht gelegt auf eine möglichst weitgehende Vereinfachung der Arbeitsvorgänge und eine Reduzierung des Aufwandes an menschlicher Arbeitskraft. Durch möglichst überzeugende funktionelle







Grundriß Erdgeschoß

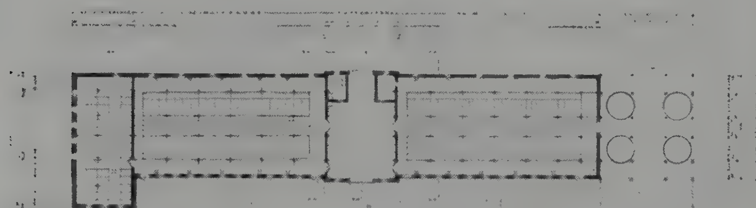


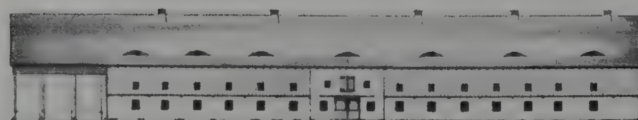
Lageplan



Kuhstall, Querschnitte



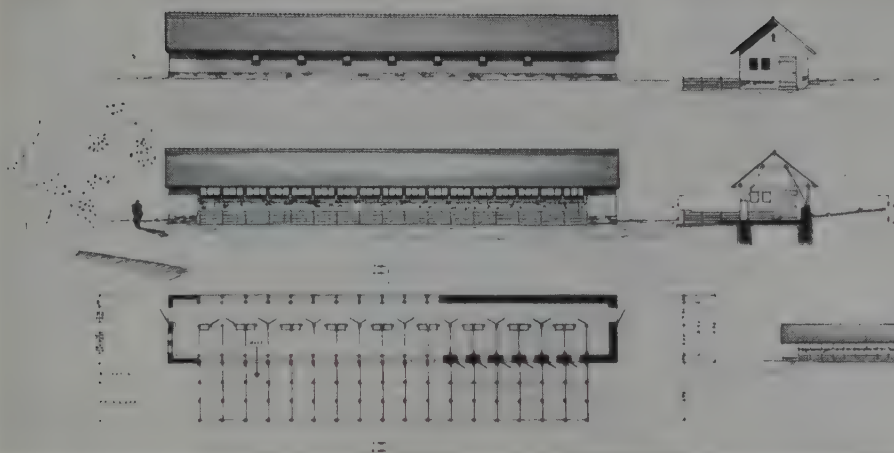




Milchviehstall, Längsansichten und Grundriß des nördlichsten Stalles

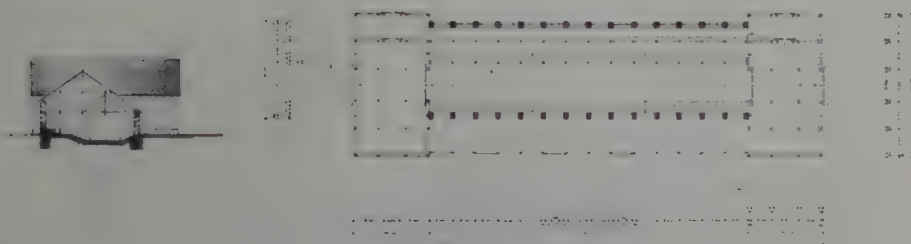
Lösungen einerseits, durch harmonisches Abstimmen von baulichen Besonderheiten (vielfach im Gegensatz zu hergebrachten Gepflogenheiten) sowie durch einen möglichst günstigen Einsatz unkomplizierter technischer Einrichtungen andererseits wurden hier Lösungen angestrebt, die die schweren Arbeiten besonders im Milchviehstall (aber nicht nur dort) außerordentlich vereinfachen, erleichtern und reduzieren. Diese Planungen wurden sämtlich unter dem Gesichtswinkel vorgenommen, daß der Begriff der Technisierung und Industrialisierung nicht mit der Anschaffung von Maschinen allein als erschöpft betrachtet werden kann. Keineswegs kann man bei einem bestimmten Sektor der landwirtschaftlichen Produktion haltmachen, wenn eine konsequente Technisierung erreicht werden soll, wie es dergleichen in der Industrie ebenfalls nicht gibt. Deshalb gingen bauliche Überlegungen stets – nicht zuletzt unter vorteilhafter Ausnutzung von Geländegegebenheiten – parallel mit solchen des möglichst sinnvollen Einsatzes von Maschinen.

Industrialisierung – von der Konstruktion her gesehen – ist bei dem hier vorliegenden Entwurf (im Stadium des Vorentwurfes) als Fernziel bedacht worden. Die Durcharbeitung der Pläne zum „Entwurf" (als Vorstufe für das Anfertigen von Ausführungszeichnungen, für die Kalkulation usw.) gestattet im Rahmen der nunmehr erreichten technischen Möglichkeiten, der wirtschaftlichen Kapazitäten der Baubetriebe usw. eine entwickelte Industrialisierung bzw. Technisierung des Bauvorganges, da die gedanklichen Voraussetzungen inzwischen allerorten gereift sind. Von seiten der Planung des Projektes sind funktionelle Voraussetzungen geschaffen, die eine Weiterentwicklung zum Typ hin gestatten dürften.



Stall für Zuchtkälber





Jungviehstall







Schweinestall

Für die Gestaltung der Gebäude galt, mit einerseits greifbarem, andererseits für diesen Landstrich charakteristischem Material einen Ausdruck zu finden, der unter Berücksichtigung und Anlehnung an das Gewachsene Ausdruck unserer Zeit ist. Jedes Gebäude und die Gesamtheit der Anlage sollen die neuen Impulse, die jetzt auch auf dem flachen Lande immer spürbarer werden, markant zum Ausdruck bringen, stets aber in dem ernsthaften Bemühen nach taktvollem Weiterentwickeln dessen, was in einer langen Kette von Generationen, in der wir nur ein Glied sind, gewachsen ist. Zwingende funktionelle Lösungen und klare, unkomplizierte Konstruktionen wurden zugunsten einer überzeugenden, in den Baukörpern möglichst einleuchtend gegliederten Gestaltung angestrebt. Frei von falschem Zierat, ist eine Gestaltung der kleinen Form versucht, die auf gediegener, sinnvoll einfacher, unserer Zeit gemäßer Konstruktion aufbaut, aber die Konstruktion immer als Mittel betrachtet, nicht als Zweck. Ohne verwickelte Überlegungen soll erkennbar sein, wozu ein Gebäude dient. Es soll über seine Aufgabe sprechen, in werbendem, aber bestimmtem Tonfall für das Neue.

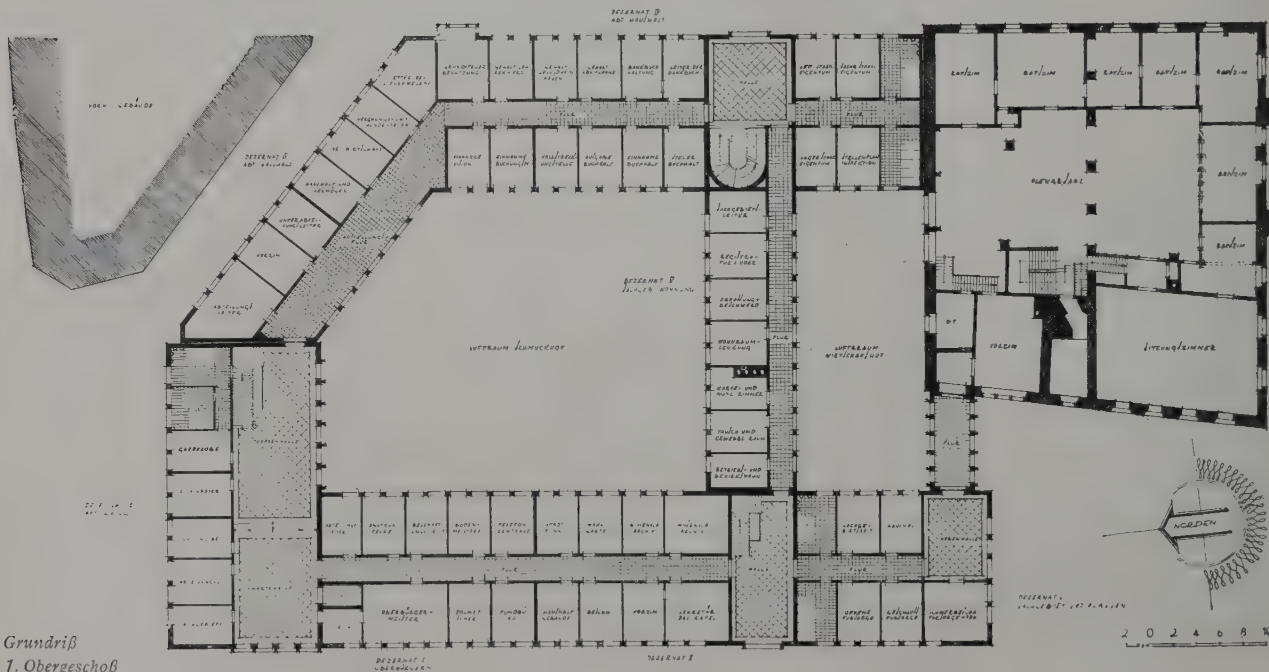
Grundriß Erdgeschoß

Lehrstuhl für Wohn- und Gesellschaftsbauten

Professor O. Englberger

STADTVERWALTUNG JENA

Verfasser: cand. ing. H. Sprungalla



Grundriß
1. Obergeschoß



Ansicht von der Rathausstraße

Auszug aus dem Erläuterungsbericht:

Die Stadt Jena plant zwischen dem alten Markt, der in seiner ursprünglichen Form wiederhergestellt werden soll, und dem neuen Zentrum im Anschluß an das alte Rathaus den Bau eines Verwaltungsgebäudes, in dem die Stadtverwaltung zentral untergebracht werden soll.
Der Baukörper gliedert sich in einen dreigeschossigen Flügel am Altmarkt und in die übrigen viergeschossigen Gebäudeteile, die sich um einen Schmuckhof und einen Wirtschaftshof gruppieren. Der Haupteingang befindet sich dem Hauptverkehrsstrom zugeordnet an der Nordseite des Gebäudekomplexes. Die Büroräume sind entsprechend ihrer funktionellen Bedeutung im Grundriß untergebracht: die wichtigsten Räume in den unteren Geschossen, diejenigen mit wenig Publikumsverkehr in den oberen Geschossen.
Das Bauwerk ist auf einem Raster von 1,875 m aufgebaut, um die Voraussetzung für die Anwendung genormter Elemente zu schaffen.

Technische Daten:

Wände aus Ziegelmauerwerk mit Ringankern, Wenco-Decken, Kastengitterträger als Dachkonstruktion, Kastendoppelfenster, Konvektoren-Heizung.

In der architektonischen Gestaltung ist auf die unmittelbare Nachbarschaft alten Rathauses in taktvoller Weise Rücksicht genommen worden, ohne daß dabei der Charakter des Neubaues in konstruktiver Hinsicht wie auch im Hinblick auf seine Ausdruckskraft und zeitgemäße Aussage verleugnet worden ist. Durch die horizontale Gliederung der Fassade wird die Vertikale des alten Rathauses gesteigert und als Dominante hervorgehoben.

Insgesamt gesehen trifft dieser Entwurf sehr gut den Charakter eines modernen Verwaltungsgebäudes und fügt sich harmonisch in das Stadtbild ein, ohne auf traditionelle Formen zurückgreifen zu müssen.



Ansicht von der Marktseite



Ansicht von der Hauptstraße

Lehrstuhl für Wohn- und Gesellschaftsbauten

Professor O. Englberger

FEIERABENDHEIM ERFURT

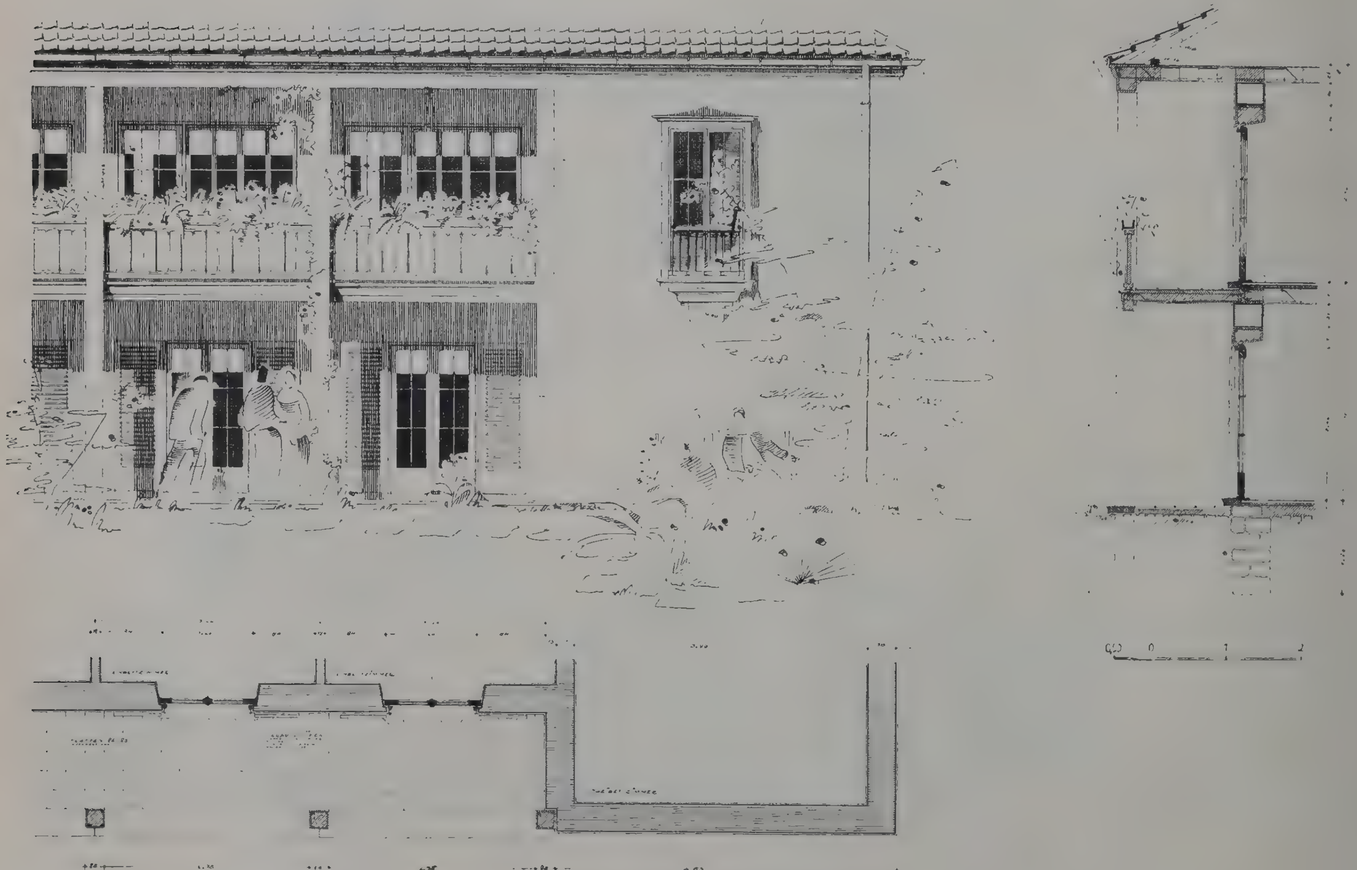
Verfasser: cand. ing. A. Hecht

Auszug aus dem Erläuterungsbericht:

Das Feierabendheim soll mit einer Kapazität von 160 Betten alten und alleinstehenden Menschen ein Heim bieten, in dem sie frei von Sorgen und materiellen Schwierigkeiten gepflegt und betreut ihren Lebensabend verbringen können.

Das Baugrundstück liegt in einer Vorstadtgegend Erfurts, die im wesentlichen Ein- bzw. Zweifamilienhausbebauung aufweist.

Eine Aufgliederung in mehrere, untereinander verbundene Gebäude fügt das Heim harmonisch in die umgebende lockere Bebauung ein, indem zweigeschossige kleinere Baukörper zu einem dreigeschossigen Hauptbau überleiten, wobei die Einheit der Gesamtanlage durch Anordnung von Verbindungsgelenken erhalten bleibt. Untereinander versetzt passen sich die Gebäude der Straßenführung und dem nach Süden steigenden Gelände an. Ein mit einer Pergola eingefaßter, nach der Stadtseite orientierter Plattenhof erschließt den Komplex. Er bildet einen gewissen Kern der Anlage, an dem der Speise- und Festsaal liegt und von dem die Wohngebäude erschlossen werden. Diagonal wird zu kleinen, den Hanggebäuden vorgelagerten, terrassenartigen Grünhöfen übergeleitet, die sich zum großen Freiraum öffnen. Durch eine gestaffelte Gebäudeanordnung war es möglich, fast alle Zimmer nach Süden anzuordnen. Der langgestreckte Hauptbau nimmt Zweibettzimmer auf, während in den kleineren Hanggebäuden Einbettzimmer liegen. Den Zimmern sind Loggien vorgelagert, die im Hauptgebäude durch eingeschobene Wintergärten für jeweils zwei Zimmer unterbrochen sind. Die Nordseite wurde für Bad, WC und erforderliche Nebenanlagen genutzt. Gemeinschaftsräume liegen in den durch Stützen aufgelösten Verbindungsgelenken oder schließen sich an die Treppenhallen an. Die einzelnen Geschosse entsprechen einander. Wohngärten an der Südseite sollen den Aufenthalt im Freien während der Sommermonate besonders angenehm machen. Die Bezogenheit der Gestaltung von Gebäude und Freiraum betont den freundlichen Charakter des Heimes.



Fassadenausschnitt vom Hauptgebäude



Ansicht des Hauptgebäudes, Gartenseite

Südansicht





Ostansicht, Rankestraße

Grundriß Erdgeschoß



Vorderansicht des Lagergebäudes

Lehrstuhl für Industriebau

Oberassistent mit Lehrauftrag Dipl.-Arch. H. Lahnert

GROSSLAGER KARL-MARX-STADT

Verfasser: cand. ing. E. Just

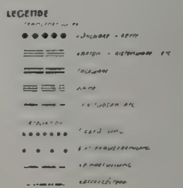
Auszug aus dem Erläuterungsbericht:

Der Entwurf sieht eine zentrale Zusammenfassung von Lager- und Handelsverwaltung des Großhandelskontors für Lebensmittel der Stadt und des Bezirkes Karl-Marx-Stadt vor. Diese örtliche Zentralisierung von handels- und lagertechnischen Funktionen entspricht der Struktur des GHK.
Der Standort wurde am Rande eines ausgewiesenen Industriegeländes gewählt und wird von einer Ausfallstraße in den Bezirk tangiert. Der Gleisanschluß ist durch ein vorbeiführendes geplantes Industriegleis gewährleistet und bestimmt Lage und Richtung des fünfgeschossigen *Lagerhauses.* Ausgehend von den vertikalen Transportmitteln, die für die verschiedenen Warengruppen ihrer spezifischen Eigenart und ihrer Verpackung nach zweckmäßig sind, wurde das Lagerhaus in drei große Abschnitte unterteilt.

1. Kühl- und Fetteil,
2. Teil für Karton- und Kistenlager,
3. Teil für Sackwaren.

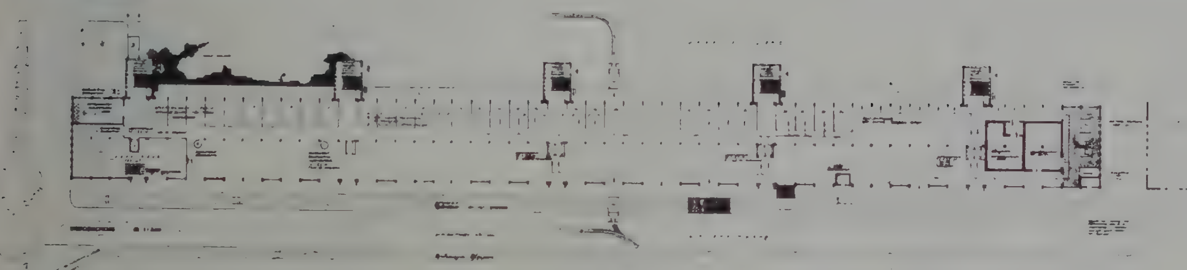


Situationsplan



Transport- und Produktionsschema





Grundriß Erdgeschoß

Diese Teile können bei der Bauausführung mit Bauabschnitten identisch sein. Die relativ kleinen Bearbeitungsabteilungen wurden an den jeweiligen funktionstechnisch günstigen Stellen in das Schema eingefügt.

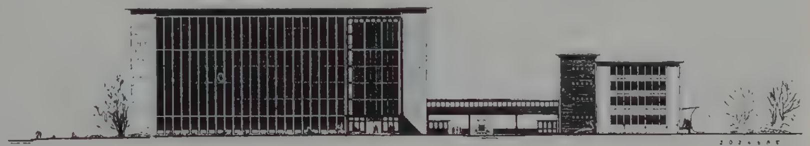
Das Erdgeschoß mit den beiden längsseitigen Verladerampen dient vornehmlich dem Wareneingang, der Bereitstellung der Sortimente und der Auslieferung der Waren. Im Kellergeschoß ist die Lagerung von Weinen, Spirituosen, Öl und ähnlichem zweckmäßig. Die übrigen Geschosse sind bis auf die erwähnten Bearbeitungsabteilungen und den durchgehenden Kühlteil der Lagerung von Karton-, Kisten- und Sackwaren zugeordnet.

Die Tragkonstruktion wird als Stahlbetonskelett in Montagebauweise vorgeschlagen. Das Bindersystem bildet ein zweischiffiger Stockwerksrahmen, der in seinen Momenten Nullpunkten gestoßen wird. Eine zweite Konstruktion greift zweckmäßigerweise in das System auf der ganzen Gebäudelänge nicht ein, denn die Treppenhäuser wurden hofseitig angesetzt.

Die Verwaltung, in der sich Kunden- und Geschäftsverkehr abwickeln, und die Sozialanlagen für die Beschäftigten des gesamten Betriebes sind in einem siebengeschossigen repräsentativen Gebäude zusammengefaßt, das entsprechend seiner Lage an einer Ausfallstraße am Stadtrand eine städtebauliche Dominante bildet. Die unteren zwei Geschosse werden im wesentlichen von Wasch- und Umkleideanlagen ausgefüllt. Ein wettergeschützter Weg vom Erdgeschoß zu einem Treppenhaus des Lagergebäudes wird durch die geschlossene Verbindungsbrücke gewährleistet. In den oberen Geschossen sind die Verwaltungsräume an einem Mittelgang beiderseitig aufgeteilt. Das Fensterpfeilerraster ermöglicht in Verbindung mit versetzbaren verglasten Zimmerteilungswänden eine variable Raumaufteilung. In den obersten Geschossen liegt der Speisesaal mit den dazugehörigen Küchen- und Nebenräumen. In Verbindung mit dem Haupttreppenhaus wurden entsprechende Ausstellungs- und Kundenwerberäume geschaffen. Die Tragkonstruktion bildet ein Stahlbetonskelett in Ortbeton. Das Bindersystem stellen zwei Stockwerksrahmen mit dazwischengehängtem Träger auf zwei Stützen dar. Lediglich die beiden oberen Geschosse mit dem Speisesaal werden von einem Zweigelenkrahmen überspannt.

Mit der sinnvollen Einfügung der Nebenanlagen, wie Leergutlager, Garagen, Werkstätten und Kesselhaus, wurde die Gesamtanlage abgerundet und ein Ensemble geschaffen. Dabei ist für den umfangreichen Transportverkehr eine ausreichende Verkehrsfläche vorgesehen.

Die Bemühungen, die äußere Gestaltung der Gebäude mit den sichtbaren Konstruktionsgliedern, mit Rhythmus und Ordnung entsprechend den inneren Funktionen zu erreichen, ist den Abbildungen zu entnehmen.



Westansicht vom Verwaltungsgebäude und vom Lagerhaus

IM SEPTEMBER-HEFT werden die Diplomarbeiten des Lehrstuhles für Städtebau, Hallenbad Suhl und Empfangsgebäude Hauptbahnhof Karl-Marx-Stadt, sowie die Diplomarbeit des Lehrstuhles für Industriebau, Dauermilchwerk Demmin, veröffentlicht.

Industriewaren – zweckmäßig und schön

Unter diesem Titel zeigte das Institut für angewandte Kunst am Alexanderplatz in Berlin in einer Ausstellung einen Ausschnitt aus der gegenwärtigen Produktion industrieller Gebrauchsgüter volkseigener und privater Betriebe.

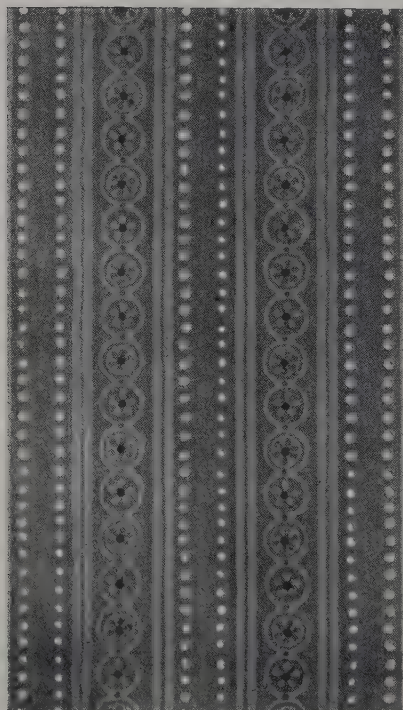
Bei der Auswahl wurde Wert auf moderne und neue Beispiele gelegt. Einzelne Modelle und Muster sind jedoch schon mehrere Jahre bekannt. Die einsichtigen Hersteller und Vertreter des Handels dürften mit Volkswirtschaftlern und Künstlern in der Forderung einer Meinung sein, Neues nicht allein um des Neuen willen von der Produktion zu verlangen. Gemeinsam muß man gegen den Begriff der „Neuheit" angehen, wenn er nicht gleichzeitig eine Weiterentwicklung, eine Verbesserung in künstlerischer oder technischer Hinsicht bedeutet, sondern nur eine beliebige Variation. Gute Formen sollten beibehalten werden, auf jeden Fall so lange, bis bessere, zweckmäßigere, zeitgemäßere gefunden worden sind. Im Zusammenhang mit solchen Überlegungen wird oft das Wort „zeitlos" verwendet. Wenn wir von elementaren und primitiven Formen und Ornamenten absehen, müssen wir feststellen, daß alle Dinge den Stempel ihrer Zeit tragen. Selbstverständlich muß man Unterschiede machen. Es gibt kurzlebigere Dinge; sie vertragen oder erfordern eher einen Wechsel in Form und Schmuck, als solche, deren Gebrauchsdauer länger, deren Anschaffungskosten im Vergleich zum Nutzwert höher sind.

Wenden wir uns einigen Gebieten der Ausstellung zu.

Die *Tapeten* zeigen alle helle, zum Teil pastellfarbige Töne und weisen eine Musterung auf, die vom einfachen Streifen und Punkt bis zu differenzierter Ornamentierung reicht. Neben geometrischen Ornamenten in verschiedener Abwandlung kommt auch pflanzliche Zeichnung vor. Blumen, Blüten und Gräser sind nach wie vor beliebt. Jedoch sind übertriebene Körperlichkeit und grelle Buntheit vermieden worden. Insgesamt herrschen Ruhe und Zurückhaltung. Keine der Tapeten will sich im Raum vordrängen oder macht eine Abstimmung auf die übrigen Gegenstände der Wohnungseinrichtung schwierig. Hohes Reflexionsvermögen ergibt auch noch bei ungünstigen Tageslichtverhältnissen helle Räume. Neben universaleren Tapeten gibt es viele, die für besondere Raumarten entworfen wurden. Bemerkenswert ist ~~eine~~ Kinderzimmertapete, deren Zeichnung erzgebirgisches Spielzeug als Thema hat.

Bei den *Gardinenstoffen* fällt es auf, daß alle Beispiele eine dezente bis anspruchsvolle Musterung aufweisen. Einfache Gittertülls und Markisettes sind als selbstverständliche Standardware nicht herausgestellt worden.

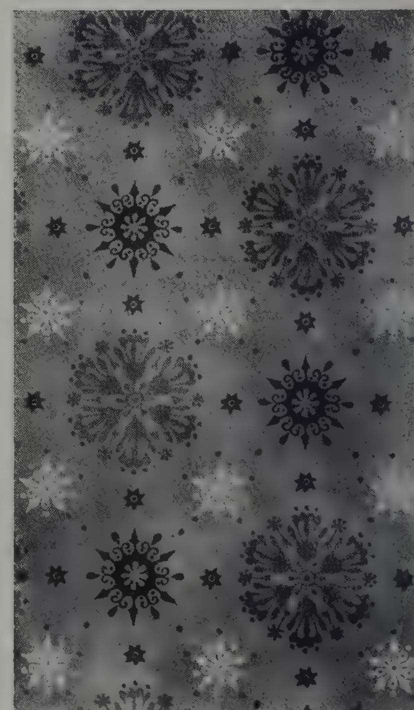
Die gewebten *Dekostoffe* überwiegen. In ihrer Zeichnung finden sich Lösungen, die aus geometrischen Elementen komponiert sind, neben



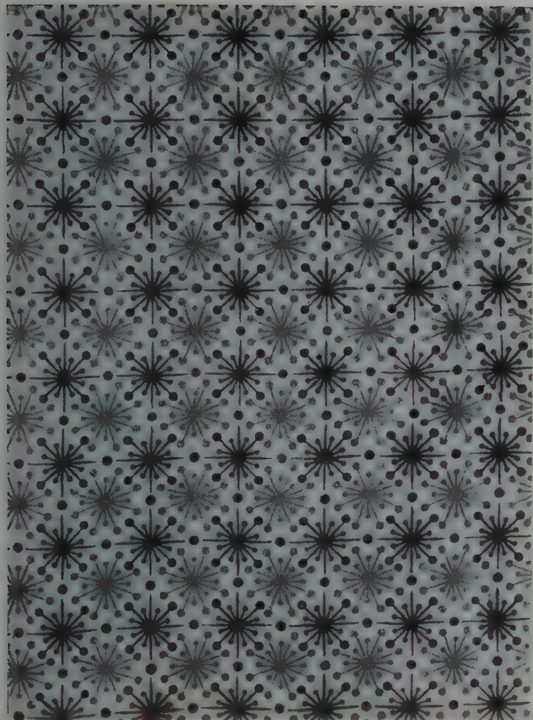
12/2736 Streifentapete. Entwurf: Inge Friebel, in Auftrag des Instituts für angewandte Kunst Hersteller: VEB Tapetenfabrik Coswig



12/.... Tapete mit stilisierten Pflanzenmotiven Entwurf: Erna Maria Pöllnitz. Institut für angewandte Kunst Hersteller: VEB Tapetenfabrik Coswig



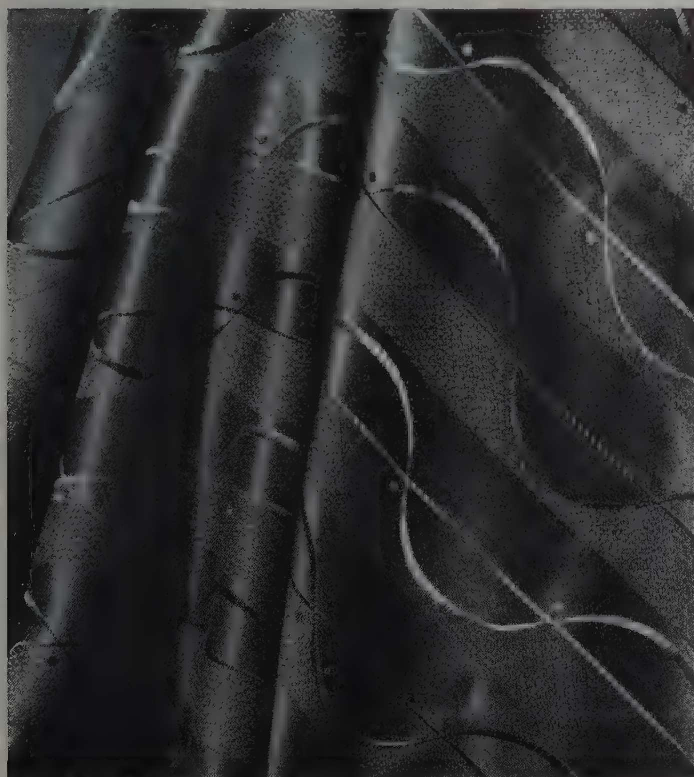
12/2735 Tapete mit stilisierten Elementen in strenger Anordnung. Entwurf: Inge Friebel, in Auftrag des Instituts für angewandte Kunst Hersteller: VEB Tapetenfabrik Coswig



9/3153 Dekodruckstoff in roten und braunen Tönen
Dessin 13628/2 – VEB Plauener Gardine



12/4146 Dekodruckstoff. Entwurf: Maria-Luise Bürkner – grau-grün auf weiß – weiß auf lindgrün – weiß auf dunkelblau – im Auftrage des Instituts für angewandte Kunst
Hersteller: VEB (K) Industriewerke Bernau b. Berlin



stilisierten pflanzlichen Motiven und Anklängen an Stilstoffe. Blaue, blaugraue, grüne, ockerfarbige bis gelbe Töne herrschen vor. Das übliche Rost und andere, oft unangenehm verstaubt wirkende, schmutzige Tönungen fehlen.

Von den *bedruckten Stoffen* sind nur Hauptvarianten vertreten. Das tatsächliche Angebot der Werke ist wesentlich reichhaltiger und bringt von den einzelnen Dessins meist zahlreiche Farbstellungen, die eine Anpassung an die in einem Raum vorhandene Grundstimmung erlauben. Die Motive sind hier vorwiegend noch vom Pflanzlichen bestimmt. Eine Erweiterung des Sortiments durch Entwürfe mit abstrakteren Ornamentierungen in frischen und lebhaften Farben bei interessanter Flächenaufteilung und Linienführung würde von den Verbrauchern und Innenarchitekten sicher begrüßt werden.

Möbelbezugstoffe sind nur angedeutet. Ihre Musterung zeigt kleine strenge Motive in praktischen Farben, wie sie für zeitgemäße Wohnraummaße und moderne Sitzmöbelgrößen geeignet sind.

12/3701 Dekostoff „Alba“ Dessin 13/140/123 grün mit gold
VEB Möbelstoffwebereien Hohenstein-Ernstthal

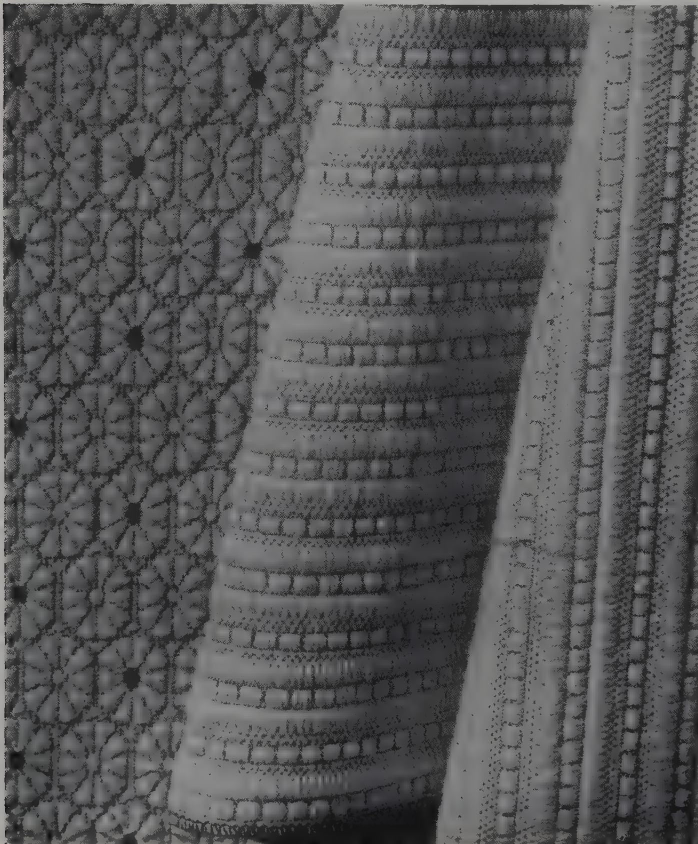
Die *Plastikfolien* werden sich rasch viele Gebiete der Anwendung erobern. Es ist erfreulich, daß fast alle keine textilen oder organischen Oberflächenstrukturen nachahmen (z. B. Ledernarbung), sondern neuartige, wie sie die industrielle Fertigung erlaubt, aufweisen. Die Folien werden in verschiedenen Stärken und Farben geliefert. Sie sind haltbar, lassen sich abwaschen und liegen günstig in den Preisen. Vom Standpunkt des Hygienikers sind sie für viele Zwecke den weniger schmutzabwehrenden Materialien vorzuziehen. Einige Beispiele aus dem Bereich der Täschnerwaren, wie auch einige Sessel und kleine Tische, zeigen die Verwendbarkeit und Wirkung.

Verschiedene *Leuchten* – Wandleuchten und ortsveränderliche Leuchten – weisen auf die Gestaltungsfragen dieser Raumelemente hin. Es ist interessant, daß die drei wesentlichsten Beispiele Kombinationen darstellen: ein Wandspiegel mit zwei seitlichen Lampen, ein Lese- oder Arbeitstisch in Verbindung mit einer Standleuchte und eine transportable Standleuchte aus weißlackiertem Rundeisen für Veranda, Terrasse oder Balkon – gleichzeitig Träger für Blumen oder Grünpflanzen. Nachdem erst kürzlich im Institut für angewandte Kunst eine besondere Ausstellung alle Leuchtenarten behandelt hatte, wurde von Kronen und Arbeitsleuchten abgesehen.

Beim *Glas* fesseln den Betrachter vor allem die repräsentativen Erzeugnisse der Oberlausitzer Glaswerke in Weißwasser. Schalen und Vasen in verschiedener Form und Farbe. Für große Räume eignen sich die Bodenvasen mit Doppelhenkel, die in Stahlblau und Bronzegrün hergestellt werden.



12/3518 Wandspiegel mit Leuchten
Entwurf: Wolf Schulz, Institut für angewandte Kunst



12/3699 Möbelstoffe Dessin „Freienwalde“
8149/640 Creme – Dessin „Freiburg“ 8146/640 Creme
VEB Möbelstoffwebereien Hohenstein-Ernstthal

Mundgeblasenes Gebrauchsglas gibt es in unterschiedlichen Formen und Dekoren. Bleikristall ist nur angedeutet. Im Handel findet man häufig nur herkömmlichen überladenen Schliff. Es ist für die Hersteller schwer, moderne Muster in der Dekorierung durchzusetzen. Preßglas hat infolge seiner Billigkeit und einfachen Herstellung eine große Zukunft. Leider findet der Käufer in den einschlägigen Geschäften keine gute Auswahl.

Die *keramischen Erzeugnisse* umfassen feuerfeste Tonwaren in lebhaften Farben, wie sie auch in Schweden und Finnland verwendet werden, sowie Steingut und Porzellan.

Beim Steingut fällt die Farbigkeit ebenfalls auf. Die führenden Werke bringen in ihren Sortimenten Kaffee-, Tee- und Tafelservice, Schüsseln, Krüge usw. mit Engoben und Glasuren in Gelb, Blau, Grün, Braun, Rot und Schwarz neben solchen mit Schablonendekoren bekannter Art.

Es dürfte nicht schwer sein, aus der Fülle der Porzellanservice eins auszuwählen, das dem jeweiligen Geschmack des Ausstellungsbesuchers entspricht. Allerdings wurde auf historische Formen, wie sie z. B. die Meißner Manufaktur pflegt, zugunsten moderner Gestaltung bewußt verzichtet. Einige Beispiele von Zierporzellan mit zurückhaltender oder lauterer Dekorierung runden dieses Gebiet ab.

*

Die Besucher der Ausstellung sind von den gezeigten Dingen begeistert, aber zugleich müssen sie erkennen, daß

es oft noch schwer ist, das, was man sich wünscht, tatsächlich zu erwerben. Deshalb war die Ausstellung auch ein Appell an den Handel. Beim Kauf sollte jeder kritischer sein, höhere Anforderungen stellen und künstlerisch schlecht gestaltete Dinge ablehnen.

Es kommt vor allem darauf an, in der Formgebung unserer Gebrauchsgüter den Stil unserer Zeit zu finden. Ein Stil läßt sich nicht verordnen. Man muß gleichsam mit feiner Witterung nachspüren, was sich – aus den verschiedensten Symptomen erkennbar – langsam entwickelt; man muß Gefühl dafür haben, welche Merkmale ihm eigentümlich sein werden. Einen Stil machen zu wollen, ist die sicherste Methode, in eine Sackgasse zu geraten. Resigniert festzustellen, daß es gerade charakteristisch für unsere Zeit sei, keinen Stil zu haben, ist das andere abzulehnende Extrem. Es mag übertrieben klingen, die Frage der Gestaltung sowohl der Gebrauchsgüter wie auch der eigenen Umwelt ist vor allen Dingen eine Frage der Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit. Das setzt Erkenntnis der eigenen Möglichkeiten und des eigenen Wesens voraus. Ungerechtfertigter Aufwand und Prunksucht sind gleichermaßen abzulehnen, wie überbetonte Einfachheit am falschen Platze und nüchterne Primitivität.

Werner Miersch



12/4144 Transportable Standleuchte
Entwurf: Wolf Schulz, Institut für angewandte Kunst



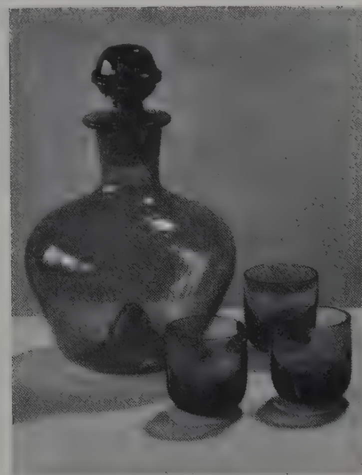
12/4148 Teeservice „Deutsche Form", Porzellan weiß mit grauen Linien
Friedrich Kaestner KG, Zwickau-Oberhohndorf



12/4155 Kaffeeservice „Gabi" – Steingut, Form 1250, gelb mit weiß, schwarz gerändert
VEB Steingutwerk Elsterwerda



9/4155 Kelchgläser
Glasfabrik Weißwasser Bärenhütte i. V.



Likörservice „Zisterne"
Entwurf: W. Wagenfeld

Zweifamilienhaus für die Revierförsterei Leipzig-Connewitz in Markkleeberg

Entwurf: Architekt H. Krantz und Architekt H. J. Sommermeyer, Leipzig

Die Forstwirtschaft hat in unserem weiteren Aufbau eine Fülle wichtiger volkswirtschaftlicher Aufgaben zu lösen. Es ist daher notwendig, die Durchführung dieser Aufgaben auch dadurch zu unterstützen, daß den Angehörigen der Staatlichen Forstwirtschaften entsprechender Wohnraum in der Nähe ihrer Arbeitsgebiete zur Verfügung gestellt wird.

Zwecks richtiger Pflege und Nutzung des Volkswaldes Connewitz im Süden der Stadt Leipzig machte es sich daher erforderlich, für vier Familien Wohnraum zu schaffen. Die Wohnungen waren vorgesehen für den Leiter des Forstreviers, für einen Platzmeister sowie für zwei Landarbeiterfamilien.

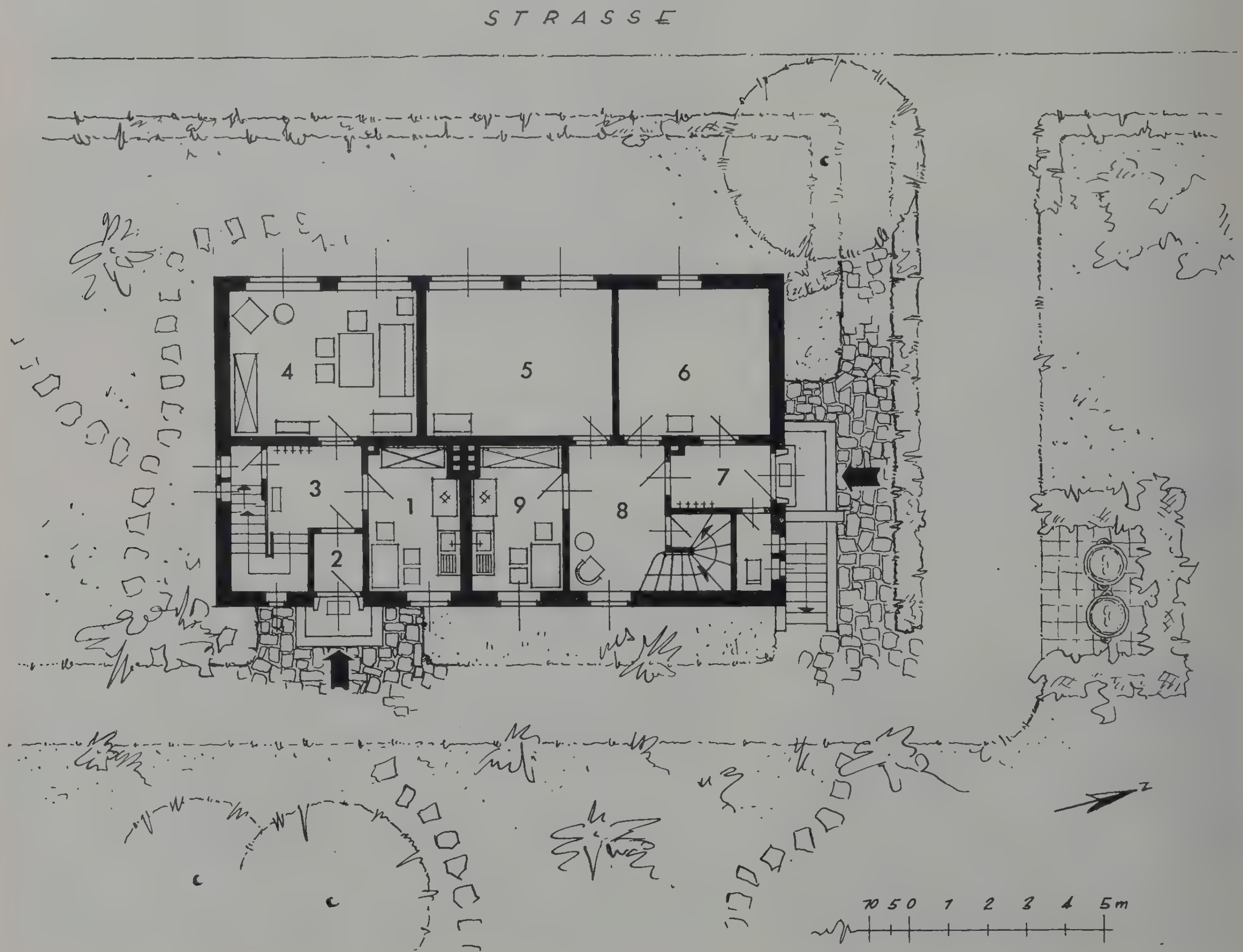
Es wurde uns vom Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb Grimma folgendes Raumprogramm übergeben:

Zwei Fünfzimmerwohnungen einschließlich einem Dienstzimmer zur Abwicklung des Publikumsverkehrs und der Dienstgeschäfte des Revierleiters bzw. des Platzmeisters,
für jede Wohnung einen Geräteraum und ein zusätzliches WC für den Publikumsverkehr.

Zwei Dreizimmerwohnungen für die beiden Landarbeiterfamilien.

Ferner für alle Wohnungen die notwendigen hygienischen Einrichtungen sowie Waschküchen und Kellerräume.

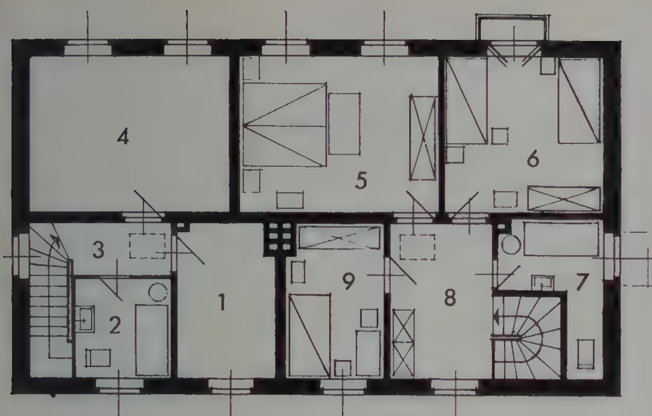
Das günstigste Baugelände ergab sich in Markkleeberg. Es lag einerseits unmittelbar an dem zu betreuenden Walde, andererseits war eine gute Verbindung zur inneren Stadt durch öffentliche Verkehrsmittel gegeben.



Grundriß Erdgeschoß

Wohnung des Landarbeiters
1 *Küche* – 2 *Windfang* – 3 *Diele* – 4 *Wohnzimmer*

Wohnung des Forstmeisters bzw. Platzmeisters
5 *Wohnzimmer* – 6 *Dienstzimmer* – 7 *Windfang* – 8 *Diele* – 9 *Küche*



Grundriß Obergeschoß
Wohnung des Landarbeiters
1 Kinderzimmer – 2 Bad und WC – 3 Flur – 4 Eltern-Schlafzimmer

Wohnung des Forstmeisters bzw. Platzmeisters
5 Eltern-Schlafzimmer – 6 Kinderzimmer – 7 Bad und WC – 8 Obere Diele – 9 Kinderzimmer

1 0 1 2 3 4 5 m

Die vorhandene Bebauung zeigte offene Bauweise zweigeschossig, eine Art Villencharakter. Um diesen Charakter zu wahren und keinen übermäßig großen Baukörper zu erhalten, legte man die vom Entwurfsbüro für Typung ausgearbeiteten Reihenhaussektionen der Eigenheimtypen zugrunde.

Der Typ AR 32 wurde für die Dreizimmerwohnungen und der Typ AR 511 für die Fünfzimmerwohnungen ausgewählt. Beide Sektionen mußten allerdings auf die Erfordernisse des Raumprogramms umgearbeitet werden. Typ AR 32 und AR 511 ergaben jeweils ein Gebäude.

In ihrer architektonischen Haltung ist der gartenstadtähnliche Charakter der Vorstadt Markkleeberg zum Ausdruck gekommen; auch die Grüngestaltung ist darauf abgestimmt. Beide Gebäude haben Ost-West-Lage, die großen Wohnzimmer sind nach Westen gelagert.

Der Sockel erhält eine 20 cm dicke Verblendung aus Wermsdorfer Bruchstein. Der Außenputz wird als Edelputz ausgeführt. Jedes Haus erhält eine andere Farbtönung. Sämtliche Wohnräume haben Ofenheizung, in die Küchen kommen Gas-Kohle-Herde. Als Massivdecken wurden im Kellergeschoß 8 cm dicke Betonhohldielen, in den anderen Geschossen DIN F-Decken verwendet.

Die Bäder haben als Fußbodenbelag und Wandverkleidung Boizenburger Fliesen.

Herstellung der Geschoßtreppen in Holz.

Die Verbindung zum Dachraum wurde durch eine ausziehbare Patenttreppe hergestellt.

Die Dachkonstruktion besteht aus einem hölzernen Kehlbalkensparrendach.

Die schlüsselfertige Übergabe an den Staatl. Forstwirtschaftsbetrieb Grimma erfolgte im Herbst 1955.

Mit der Fertigstellung dieser Wohnungen für vier Familien ist wiederum ein kleiner Beitrag zur Erfüllung unseres sozialen Wohnungsbauprogramms geleistet worden.



Westansicht



Ostansicht



Nordansicht



Südansicht

Für ein gesundes Verhältnis von Theorie und Praxis

Wir veröffentlichen im folgenden zwei Diskussionsbeiträge, die auf der XIII. Plenartagung der Deutschen Bauakademie gehalten wurden. Das ist vor allem auch deshalb notwendig, weil in anderen Diskussionsbeiträgen, die bereits in Heft Nr. 4/1956 veröffentlicht worden sind, auf die hier vorliegenden Diskussionsbeiträge Bezug genommen wird.

Gestatten Sie mir auch, nach den vielen, sehr wertvollen Diskussionsbeiträgen, die hier schon gegeben sind, ein paar Worte zu sagen. Die Hauptfrage ist natürlich die Frage der Theorie und Praxis. Die Gegenüberstellung Theorie–Praxis ist vollständig falsch, denn es gibt keine Theorie ohne Praxis und umgekehrt. Aber da die Frage heute so etwas schief gestellt worden ist, möchte ich doch einige Worte dazu sagen. Es ist natürlich klar, daß die Akademie eine ganze Reihe von Forderungen stellt oder, richtiger gesagt, die Mitarbeiter der Akademie eine ganze Reihe von Forderungen an ihre Arbeit stellen und daß es sehr oft vorkommen soll, daß Mitarbeiter der Akademie sich natürlich lieber ans Reißbrett setzen als an irgendwelche Arbeiten, die sie als zu wissenschaftlich oder zu sehr dem Reißbrett abgewandt sehen. Das ist natürlich eine klare Geschichte. Das war bei Architekten immer so, daß das Reißbrett als das A und Z jeglicher Architektenarbeit angesehen wurde. Aber wir haben hier vor der Akademie, besonders wir, die wir sozusagen mit dem Entwurf direkt zu tun haben, eine ganze Reihe von Fragen zu stellen, die die Akademie heute leider noch nicht beantworten kann. Der Kollege Kosel hat bereits in seinen Worten auf die Nomenklaturen und auf die anderen Grundprinzipien des Entwurfswesens hingewiesen, ~~die eigentlich von der Akademie heute schon~~ beantwortet werden müßten

Ich halte es von meinem Standpunkt aus für unrichtig, wenn die Akademie sich mit Sachen beschäftigt, die sehr interessant sind und die vielleicht früher einmal in einem früheren Stadium auch sehr nötig waren, wie das Projektieren von einzelnen Objekten, wenn sie die prinzipiellen Fragen zu der Lösung dieser Objekte noch nicht gestellt hat und auch noch nicht gelöst hat. Wir wollen ein ganz konkretes Beispiel nehmen.

Wir wissen alle, daß jetzt augenblicklich die zweite sozialistische Stadt Hoyerswerda projektiert wird. Es ist natürlich sehr schön und sehr gut, daß die Akademie als erste die Großplattenbauweise für Hoyerswerda projektiert. Ich halte das aber nicht für unumgänglich notwendig, daß die Akademie das als ihr Hauptziel betrachtet. Es ist eine Arbeit, die, wenn die Akademie ihre anderen Verpflichtungen gegenüber der Projektierung, dem Entwurfswesen, erfüllt, möglich ist. Wir wollen ja den Architekten in der Akademie nicht das Recht absprechen, auch am Reißbrett zu stehen. Aber bei der Projektierung dieser Großplattenbauweise treten vor der Akademie jetzt solche Probleme auf, die sie selbst noch nicht gelöst hat und auf die sie nicht antworten kann. Z. B. ist der Raster noch nicht festgestellt, die Höhe der Wohnungen. Das schwimmt von hier bis dort.

(Zuruf Prof. Paulick: Nur bei euch, nicht bei uns!)

Es gibt überhaupt kein bei euch und kein bei uns. Es gibt eine Architektur und ein Bauwesen in der Deutschen Demokratischen Republik, an dem wir alle mitarbeiten, und wenn wir bis zum heutigen Tage die Grundlinien für das Entwurfswesen überhaupt noch nicht haben, d. h. die Hauptprinzipien, wie man an das herangehen soll, wenn wir heute noch die alten Grundrisse sogar für das industrialisierte Bauen noch immer verwenden, weil wir noch keine anderen haben, und wenn wir diese Grundrisse noch für das Jahr 1957 mit Ach und Krach zugelassen haben, weil die besseren Grundrisse noch nicht da sind, und wenn das Institut für Typung und die Bauakademie jetzt erst an ~~den Grundrissen für 1958 arbeiten,~~ dann sind die eben nicht da, Herr Prof. Paulick. Da können Sie mich entschuldigen, aber es ist so. Und wenn das Institut für Typung und die Bauakademie gleichzeitig an den prinzipiellen Fragen arbeiten, heißt das, daß die Bauakademie in dieser Frage zurückgeblieben ist und die Frage nicht gelöst hat. Die ganzen Projektierungsbüros sollten eigentlich auf Grund der wissenschaftlich erarbeiteten Grundlagen die Projekte stellen für das Bauwesen, für unsere bauliche Entwicklung in der DDR. Leider ist das heute nicht der Fall, und wir wollen uns auch hier – wir sind hier unter uns Kollegen – die Sachen doch recht hart an den Kopf schmeißen, damit es dann, wenn es ein paar Beulen gibt, um so besser geht. Wir werden das verschmerzen, und das wird einen guten Erfolg haben. Die Diskussion wurde ja so geführt, daß harte Wahrheiten gesagt worden sind.

Das, was vor Jahren gut gewesen ist, als die Stalinallee gebaut wurde – ich bin fest überzeugt, daß das damals politisch notwendig war –, ist heute nicht mehr gut. Das gibt es heute nicht mehr. Das reicht nicht mehr hin. Das ist zuwenig. Heute brauchen wir die Grundlagen, um unseren Projektierungsbüros, nicht den Büros für Typung, die schon sehr weit fortgeschritten sind, sondern sämtlichen Projektierungsbüros, die Grundlagen für eine breite Typenprojektierung zu geben. Sie sind bereit, daran mitzuarbeiten, nicht bloß die paar Architekten, die in Berlin sitzen und die vielen Ingenieure in der Typung und in der Bauakademie, sondern die breite Masse der Ingenieure, die in der DDR sitzen und jedesmal, wenn wir herauskommen, fragen: „Wann kriegen wir die Unterlagen, wann kriegen wir die ersten Bestellungen auf Typenprojekte?" Und hier kommen wir zu der Nomenklatur, von der Kollege Kosel sprach. Wir wissen noch gar nicht einmal, was im zweiten Fünfjahrplan eigentlich gebraucht wird. Es ist ja nicht einmal erfaßt, was bisher gebaut worden ist und was gebaut werden soll im zweiten Fünfjahrplan, d. h. welche die hauptsächlichsten Projekte sind. Es gibt Projekte und Projekte. Man kann z. B. eine Villa bauen, die im zweiten Fünfjahrplan einmal gebaut wird, z. B. für einen Helden der Arbeit, und es gibt Wohnhäuser, die 80% des Bauvolumens im Wohnungsbau ausmachen werden. Es gibt im Industriebau einzelne Projekte, die 2% ausmachen, und einzelne, die 60% ausmachen. Wir müssen wissen, welche 60% und welche 2% ausmachen, und typisieren wir die, die ein großes Bauvolumen erfassen. Das ist klar. Aber diese Vorbereitungsarbeiten müssen auch da sein, sind heute jedoch noch nicht vorhanden.

Ich möchte weitersprechen. Es gibt eine ganze Reihe ausgearbeiteter Probleme in der Akademie, aber – entschuldigen Sie, wenn ich davon spreche – nur sehr wenige Leute wissen etwas davon. Ich hatte z. B. in der letzten Zeit mit Mitarbeitern der Akademie mehrmals zu tun, die in einer Abteilung sitzen, zwei verschiedene Themen ausarbeiten und wo der eine nicht weiß, was der andere schon ausgearbeitet hat. Der eine sitzt auf der Großblockbauweise und der andere sitzt auf der Großplattenbauweise. Sie sitzen nur ein Zimmer auseinander. Wie kann man davon sprechen, daß die Erfahrungen dieser großen Arbeit, obwohl vorhanden, verbreitet worden sind und daß irgend jemand eine Einsicht darin hat! Also ich meine, wenn schon die einzelnen Mitarbeiter hier von verschiedenen Voraussetzungen ausgehen und sich gegenseitig diese Sachen nicht durchdiskutieren, dann kann man natürlich nicht verlangen, daß ~~das~~ auch außerhalb der Wände der Akademie irgendwie bekannt und diskutiert wird. Ich finde hier die Worte des Genossen Heumann vollständig richtig, daß jegliche Arbeit in unserer Gesellschaftsformation eine breite durchgehende Diskussion fordert. Wir brauchen eine kollegiale kollektive Zusammenarbeit und eine gute, lebendige und allem gerecht werdende Kritik und Diskussion. Das kann ich vorläufig noch nicht sehen.

Ich möchte jetzt noch etwas zu den Terminen sagen.

Ich höre zu meinem Entsetzen solche Termine wie Ausarbeitung bis 1960, zweiter Fünfjahrplan usw. Hier bin ich vollständig einverstanden mit Kollegen Hafrang, solche Termine dürfte es nicht geben. Wissenschaftliche Arbeiten – aber das Leben bleibt doch nicht stehen! Ich meine, wir sollten hier ein gesundes Risiko an den Tag legen. Es gibt doch ein gesundes Risiko in allen Fragen, und es gibt ein schlechtes Risiko. Ein gesundes Risiko ist: Man geht an eine Frage mit dem Wissen, was man hat, mit den Erfahrungen heran und sagt: so und so. Wenn das nachher nicht so ist, wird man verbessern, wird man vom Kollektiv verbessert. Oder man sagt, er hat das schlecht gemacht, es wird das nächste Mal besser gemacht. Aber die Frage wird konkret gestellt und schnell entschieden. Ohne gesundes Risiko gibt es überhaupt keine Arbeit. Wenn der Funke und das Feuer nicht darin ist, kommt nichts heraus, und wenn noch solange am Reißbrett herumklamüsert wird.

Zur Frage der Publikation bin ich der Meinung, daß man dasselbe Risiko wie bei der Frage der Termine auch bei der Herausgabe des Handbuches für Architekten in Kauf nehmen muß.

Es ist zum Beispiel ein Handbuch erschienen, nur gingen die Meinungen auseinander: ist es gut, ist es schlecht, soll es anders sein? Meiner Meinung nach muß das Handbuch jedes Jahr erscheinen. Was schlecht gewesen ist, wird schon im nächsten Jahr verbessert. Wenn das Handbuch nicht neu erscheinen kann, so sollten einzelne Zusatzhefte herausgegeben werden. Das heißt, daß jedes Jahr das Handbuch eine Erweiterung bekommt und man wirklich sieht, wie unser industrielles Bauen, wie unsere Projektierungsmethoden usw. vorwärtsgehen. Auch hier muß dieses gesunde Risiko an den Tag gelegt werden, und man darf es nicht durch sämtliche Kommissionen und Redaktionskollegien hindurchschleppen, bis es nach 5 Jahren herauskommt und veraltet ist.

Architekt BDA Dipl.-Ing. Werner Schneidratus
HV-Leiter Städtebau und Entwurf, Ministerium für Aufbau

Keine Furcht vor Monotonie!

Wenn wir bedenken, welchen Umfang der Wohnungsbau einnimmt und welche Erwartungen wir darein setzen, billiger zu bauen, so ist das sicher eine außerordentlich wichtige Frage. Ich erinnere Sie daran, daß wir ein sehr instruktives Bild von Industriehallen gesehen haben, die ganz einfach nach den Spannweiten der Binder und den Hubhöhen der Kranbahnen typisiert waren. Die Achsen waren von vornherein festgelegt. Dieses einfache Bild ist eigentlich das Ideal, nach dem ein Wohnungsbau im industriellen Maßstab gehen müßte. Ich will Ihnen nicht entwickeln, daß man dies wirklich so machen kann. Wir müßten – kurz gesagt – ausgehen von einer Gesamttiefe und müßten dabei einige wenige Tiefenmaße festlegen, die funktionell entscheidend sind, die aber auch konstruktiv die Grenze zwischen schlaffer Bewehrung und Vorspannbeton beachten.

Entscheidend ist das System der Fassaden, das ganz einfache System, das wir alle aus der alten Baukunst kennen, das Achsensystem der Fassade. Wir kommen wahrscheinlich zunächst einmal mit zwei Achsen aus. Das sind 2,40 m und 3,60 m. 2,40 m, die kleinste Einheit, die wir an eine Fassade bringen, wenn wir von einem Zimmer sprechen, das zwei Stellflächen hat, 3,60 m als beschränkte, aber praktikable Einheit für das größte Zimmer. Wenn wir versuchen, einmal in die Unzahl von Wohnungstypen, die wir haben und die mit einer großen Streuung arbeiten, Klarheit in bezug auf die Tiefen und die Achsenmaße hineinzubringen, kommen wir zu einer großen Einfachheit. Wir müssen uns daran gewöhnen, daß die Einfachheit noch viel größer sein müßte, als man sich vorstellt.

Ich bin in einer Sitzung gewesen, wo von der Deutschen Bauakademie ein ganzer Bund von Wohnungstypen vorgelegt wurde mit allen möglichen Küchen- und Dielen-Variationsmöglichkeiten. Aber so geht der Wohnungsbau nicht. Ich könnte Ihnen die schweizerischen Wohnungstypen nennen, die vielleicht etwas langweilig sind und sich auf zwei bis drei Typen reduzieren. Dasselbe ist in Frankreich der Fall. Der praktische Wohnungsbau ist auch in den kapitalistischen Ländern gezwungen, auf gewisse Typen zu kommen, wenn diese Typen auch nicht industrialisiert sind und alle möglichen Abweichungen zeigen, die wir vermeiden können. Wir können durchaus zu einer viel größeren Unifizierung kommen. Wir müßten einmal die Aufgabe in die Hand nehmen, die Wohnungsgrundrisse im Hinblick auf die industrielle Bauweise zu systematisieren.

Nun wurde ein Problem angedeutet, das sehr wichtig ist. Wir werden nicht in der Lage sein – ich glaube, das sagen zu dürfen –, überhaupt alles industriell bis zur entwickeltsten Montagebauweise zu bauen. Aber die Typisierung sollte den heilsamen Einfluß haben, daß auch in den herkömmlichen Wohnungsbau, der vielleicht noch mit Ziegeln arbeitet, endlich wieder Ordnung hineinkommt.

Es gibt ein schönes Buch von Löffler über Dresden. Wenn Sie sich das Titelblatt dieses Buches ansehen und die Achsensysteme des abgebildeten Marktplatzes feststellen, gibt es nur zwei Achsensysteme. Ein ganz gewöhnliches, sehr enges – was dahinter ist, können Sie sich ausrechnen: es ist wahrscheinlich eine Kammer zu einem Fenster und ein großes Zimmer zu zwei Fenstern. Die berühmte Theorie, daß die Fassade die innere Funktion der Wohnung ausdrücken müsse, kannte man noch nicht.

Sie finden auf demselben Bild dann ein Achsensystem von vielleicht 3,00 m oder 3,60 m, das sich ein Herr geleistet hat, der mehr Geld hatte. Auf solchen einfachen Achsensystemen wurde die Architektur aufgebaut.

Nun kommt man und sagt: ja, das führt zur Uniformierung, das führt zur Monotonie.

Ich zitiere Ihnen hier, was ich in einem Aufsatz einer Architektin Karlowicza aus Warschau gelesen habe, der übrigens sehr interessant ist und der den Einfluß der Industrialisierung des Bauwesens auf die städtebauliche Projektierung behandelt. Es wird gezeigt, daß der Entwurf eines Wohnkomplexes für Montagebauweise sehr strengen Bedingungen unterliegt und daß viele Spielereien, Verschiebungen von Häuschen, viele Dinge wegfallen, die wir in den westlichen Siedlungsplänen finden und wonach man vielleicht auch ein bißchen schielt. Aber auch diese Kollegin sagt in ihrer Einleitung: „Die industriemäßigen Methoden des Bauwesens haben eine Ähnlichkeit der einzelnen Gebäudetypen zur Folge. Dies kann zum Eindruck von Monotonie und Schematismus im architektonischen Ausdruck ganzer Viertel und sogar neugebauter Städte führen. Eine der Formen zur Bekämpfung dieser Gefahr . . .“ Ich frage Sie jetzt, ob Sie bei irgendeinem der großen Architekten von Vitruv über Alberti sogar bis Semper jemals lesen würden, daß diese Architekten zwischen der fortgeschrittensten Bauweise ihrer Zeit und ihren architektonischen Aspirationen einen Gegensatz spürten? Im Gegenteil: diese Architekten haben das Neue mit Begeisterung ergriffen und ihre Architektur darauf begründet. Sie wissen, daß Weinbrenner das gemütliche Landstädtchen Karlsruhe auf eine Architektur bringen wollte, indem er ganze Straßen mit gleichförmigen Bogenelementen kaschierte, ein etwas radikales Verfahren. Alberti beschreibt in seinen fünf Büchern über die Baukunst einen Markt, wobei er nicht nur genau sagt, wieviel Module der obere und der untere Umgang haben soll, sondern auch, wo die Leute verkaufen usw. Diesen Marktplatz konnte Alberti nie bauen. Es blieb ein Traum für ihn, so etwas Großes zu bauen. Wir aber, denen die industrielle Bautechnik Möglichkeiten bietet, von denen Alberti nur träumen durfte, ich glaube, wir sollten eigentlich einmal aufhören mit diesem Geschwätz von Monotonie. Wir sollten verstehen, wie großartig es ist, in ganzen Komplexen zu bauen, so wie der französische Architekt Perret beispielsweise das ganze Zentrum von Le Havre auf einem Modul aufgebaut hat. Wir stehen hier vor einer großen Aufgabe.

Es wurde gesagt, der Architekt kann erst sagen, was herauskommt, wenn er den Bleistift in der Hand hat. Man muß vielleicht erst etwas im Kopfe haben. Nicht nur der Maler, wie Dürer sagt, sondern auch der Architekt sollte in seinem Kopf voller Figur, voller Maß und Proportion sein. Wenn sein Bau monoton wirkt, was ja möglich ist, so wäre es ein Schwächezeichen, ein Zeichen dafür, daß wir nicht verstanden haben, was wirklich Architektur ist.

Aber um noch einmal auf die uns heute gestellte Frage zurückzukommen: Ich glaube, es kann nicht die Meinung sein, daß wir nun allein Typen für die fortgeschrittenste industrielle Bauweise haben sollen. Wir sollen auch Ordnung in die Typisierung von Wohnbauten hineinbringen, die nach bisherigen Methoden gebaut werden. Auch dort wird es sich als sehr heilsam erweisen. Wir werden beispielsweise vielleicht einiges an unseren Vorstellungen von komplizierten Kücheneinrichtungen vereinfachen. Ich möchte betonen, daß das außerordentlich wichtig ist. Wir haben im Referat von Prof. Paulick ein gutes Beispiel einer amerikanischen Küche gesehen, eine ganz einfache, aber richtige Küchenzelle, wie wir sie brauchen. Auf der Leipziger Messe waren nicht einmal Ansätze davon zu sehen. Wir müssen eine einfache Zelle schaffen und diese als Standardelement für alle Grundrisse erklären. Wir werden gern bereit sein, mit der Deutschen Bauakademie zusammenzuarbeiten. Es ist dringend notwendig, die Typisierung und die Architektur auf dem Gebiete des Wohnungsbaues voranzubringen, und wir brauchen auch nicht zu befürchten, daß nun alles gleich aussehen wird. Wir führen ja nach einem solchen Programm maximal den Umfang eines Fünfjahrplanes aus. Wir werden die Typen dann wahrscheinlich ändern. Wir kommen dann vielleicht zu Grundrissen, die nicht nur eine, sondern zwei Querwände haben, um die Häuser bequemer zu machen. Das ist alles möglich. Vielleicht wird wirklich einmal, wenn es gut geht, ein ganzer industrialisierter Komplex so dastehen, wie wir uns das vorstellen, und er wird gute Figur machen. Daneben aber werden die meisten typisierten Wohnungsbauten in einen Wohnungsbestand zu stehen kommen, der genug Durcheinander bietet, als daß wir nicht froh sein müßten, ein wenig Ordnung hineinzubringen. Wir brauchen also auch in städtebaulicher Beziehung keine Angst vor der Monotonie zu haben.

Architekt BDA Hans Schmidt
Hauptarchitekt im Institut für Typung

Zu einigen falschen Auffassungen des Kollegen Kieser

Die in Heft 1/1956 der „Deutschen Architektur" veröffentlichten ersten Ergebnisse der Grundrißentwicklungen für die Großplattenbauweise sind von den Kollegen Stahr und Kieser in den Heften 5/6 und 7 der Zeitschrift kritisiert worden.

Wenn die weitere Bearbeitung der Großplattenbauweise auf veränderter technologischer Grundlage zu neuen, vor allen Dingen wirtschaftlicheren Ergebnissen geführt hat, die ersten Sektionen also überholt sind, könnte es müßig erscheinen, nochmals auf die genannten Kritiken zurückzukommen. Wenn ich es dennoch tue, so nur deshalb, weil in den Darlegungen, insbesondere vom Kollegen Kieser, Argumente auftauchen, die einmal der Typenprojektierung überhaupt, zum anderen aber der Industrialisierung hemmend im Wege stehen. Es kommt mir nicht darauf an, eine Antwort auf die sehr umfangreiche Polemik über die Fragen der Grundrißgestaltung zu geben, obwohl gerade eine Reihe dieser Argumente anfechtbar sind. Denn auch hier verstrickt sich Kollege Kieser in Widersprüche, die seine Ausführungen zu einem großen Teil willkürlich erscheinen lassen. Wenn diese Argumente außerdem einen ausgeprägten subjektiven Charakter zur Schau stellen und dadurch weder der Typenprojektierung noch der Industrialisierung gedient ist, fällt es durchaus nicht schwer, diese Behauptungen gegenstandslos zu machen.

Doch ist eine generelle Klärung dieses Komplexes nicht möglich, solange sich derartige Betrachtungen nur auf zeichnerische Unterlagen und theoretische Mutmaßungen beschränken. Es erscheint aus diesem Grunde unzweckmäßig, in dieser Form eine Klärung dieser Fragen herbeizuführen.

Größere Aufmerksamkeit verdienen jedoch alle jenen Argumente, die offensichtlich in einem starken Widerspruch zum Wesen der Typenprojektierung und Industrialisierung stehen. Obwohl die Umstellung der Großplattenbauweise von 3-t-Elementen auf solche mit einem maximalen Gewicht von 5 t erfolgt ist und zu den oben angegebenen neuen Ergebnissen geführt hat, verbleiben einige solcher prinzipieller Fragen. Als erste sei die umstrittene Frage der Spännerzahl genannt. Kollege Kieser erweckt mit seinen Ausführungen den Eindruck, als sei die Entwicklung von einem Dreispänner das einzige Ergebnis der Grundrißentwicklung überhaupt. Das ist natürlich vollkommen falsch, denn die systematischen Untersuchungen, die unter der Voraussetzung des 3-t-Kranes durchgeführt wurden, schlossen ebenso die Entwicklung von Zwei- und Vierspännern ein. Dabei zeigte sich, daß auf eine weitere Bearbeitung dieser Sektionen verzichtet werden mußte, weil sie zu sehr zu ungünstigen Ergebnissen geführt haben. Die Auswahl der Dreispännersektion erfolgte daher in erster Linie aus ökonomischen Gründen, weil sie die optimale Lösung darstellt. Die weitere Vereinfachung durch die Anwendung von Variationsachsen gestattete mit den gleichen Plattentypen sowohl Zwei- als auch Dreizimmerwohnungen zu montieren. Ohne tiefergreifende Veränderung im gesamten Betonfertigteilsystem konnten so die geforderten Aufschlüsselungsnormen für Zwei- und Dreizimmerwohnungen erreicht werden. Außerdem war die Variationsachse immer ein willkommenes Gestaltungselement, weil sich hier ohne Einfluß auf Raumgrößen in jedem Fall eine Loggia anordnen ließ. Wenn Kollege Kieser schreibt, daß die Großplattenbauweise nicht zu der befürchteten Monotonie führen muß, so wird das zweifellos von den Variationsachsen positiv beeinflußt. Was die Frage der Fugendeckung anbelangt, so handelt es sich selbstverständlich nicht um ein Prinzip des Prinzips willen, sondern in erster Linie um eine praktische Maßnahme, deren strikte Durchführung aus technologischen, ökonomischen und ästhetischen Gründen in jedem Falle wünschenswert ist. Wenn diese Maßnahme nicht in voller Konsequenz durchgeführt worden ist, so nur deshalb, um dadurch das starre System an dafür geeigneten Stellen aufzulockern. Grundsätzlich sollte vermieden werden, Fugenstöße in die Wand eines Wohnraumes zu legen, weil erfahrungsgemäß unvermeidliche Rissebildungen auftreten.

Die Bedenken, die von Kollegen Kieser gegen die Ausarbeitung von nur 2 Sektionen geäußert werden, sind nicht neu. Diese Beschränkung ist in der Tat ungewohnt, wenn man bedenkt, daß bisher alle Typenserien aus etwa 15 bis 20 Sektionen bestanden, die z. T. nur unwesentlich voneinander abwichen. Es muß als Tatsache anerkannt werden, daß eine Beschränkung der Anzahl der Sektionen eine notwendige Voraussetzung für die Typenprojektierung ist, besonders aber dann, wenn es sich um Projekte für industrielle Bauweisen handelt. Diese Tendenz ist sowohl in der Sowjetunion und den Volksdemokratien als auch im westlichen Ausland zu verfolgen.

Wenn Kollege Kieser diese Notwendigkeit als „Prinzipienreiterei" bezeichnet, so hinkt er m. E. den Forderungen wirtschaftlicher Typenprojektierung und Industrialisierung nach. Die in diesem Zusammenhang ins Feld geführte Argumentation, daß sich dadurch die „tausendfältigen" Wohnbedürfnisse nicht befriedigen lassen, kann und soll nicht widerlegt werden. Doch wäre es unsinnig, diesem Argument überhaupt Bedeutung beizumessen, denn tausendfältig variierende Wohnbedürfnisse lassen sich ebensowenig durch 10, 15 oder 20 verschiedene Wohnungstypen befriedigen.

Man kann die Frage stellen, wieviel Wohnungsgrundrisse notwendig sind, um die tausendfältigen Bedürfnisse – sagen wir beispielsweise von 7000 Familien – zu berücksichtigen. Braucht man dafür 50, 100, 200, 300 oder wieviel verschiedene Grundrisse? Kollege Kieser gibt darauf keine Antwort.

Wenn in der Tat 4 verschiedene Wohnungstypen entwickelt wurden, so handelt es sich allerdings gegenüber den genannten „tausendfältigen" Bedürfnissen um eine äußerst niedrige Zahl. Doch einmal lehrt die Erfahrung, daß man mit einer sehr geringen Zahl auskommen kann, zum anderen aber, daß sich gerade dadurch die Bedürfnisse billiger, schneller und vollständiger

befriedigen lassen. Wenn man der Meinung ist, daß die Zahl von 4 Wohnungstypen nicht genügt, so kann man doch nur sagen, daß diese Zahl unter dem Minimum liegt. Es ist aber grundfalsch, wenn Kollege Kieser daraus die Schlußfolgerung zieht, daß man nicht ein Minimum an Grundrissen fordern dürfe, sondern lediglich ein Minimum an Bauteilen.
Erstens ist es falsch, die Forderung nach einem Minimum an Grundrissen der Forderung nach einem Minimum an Bauelementen entgegenzusetzen, denn diese Forderungen sind untrennbar miteinander verbunden. Weil sich das eine aus dem anderen ergibt, ist besonders bei industriellen Bauweisen das enge Zusammenarbeiten zwischen Ingenieur und Architekt von ausschlaggebender Bedeutung. Ferner ist es falsch, die Forderung nach einem Minimum an Typengrundrissen zu verneinen, weil diese notwendige Maßnahme ein Merkmal der progressiven Typenprojektierung ist. Indem Kollege Kieser diese Forderung verneint, verneint er also die Typenprojektierung. Gleichzeitig hemmt er aber die Industrialisierung.
Wenn Kollege Kieser erkannt hätte, daß die Forderung nach einer Beschränkung der Anzahl der Sektionen eine Forderung der Typenprojektierung ist, so hätte er nicht schreiben können, daß dieses Bestreben zu einer absoluten Verarmung und Uniformierung im Wohnungsbau führen muß. Dieses Argument ist offensichtlich falsch, wenn man bedenkt, daß z. B. auch in der Schweiz in sehr guten Wohnsiedlungen die Zahl der verschiedenen Grundrisse äußerst gering ist. Ähnliche Beispiele lassen sich aus allen Ländern zur Genüge anführen.
Schlußfolgernd kann gesagt werden, daß die Forderung nach einem Minimum an Grundrissen als Wesensmerkmal der modernen Typenprojektierung kein Widerspruch zur Höherentwicklung unseres Wohnungsbaues ist, sondern bei richtiger Anwendung eine Methode zur qualitativen Verbesserung. Ein Mittel zur Erreichung dieses Zieles wäre ein für alle Architekten offener Wettbewerb. Der diesbezügliche Vorschlag des Kollegen Kieser sollte darum die erforderliche Beachtung finden. *Architekt Hans-Georg Heinicke*

Fortsetzung von Seite 353

kosten – hinzu. Diese sind in der Praxis sehr unterschiedlich und erreichen zum Teil ganz bedeutende Summen. Diese Leistungsbereiche zeigen folgendes außerordentlich abweichendes Bild:

Leistungsbereich	L 1	L 2	L 4	Zus.
Gebiet Aue	4,9 %	6,8 %	23%	34,7%
AWG in Berlin	4,94%	0,85%	1,48%	7,27%

Die Prozentzahlen beziehen sich auf die Kosten des Leistungsbereiches L III, unmittelbare Teilleistungen. Die beiden angegebenen Beispiele sind aus einer Reihe vorliegender Unterlagen entnommene Beispiele hoher und niedriger anfallender Kosten. In dem Beispiel aus dem Gebiet Aue sind die Kosten des Leistungsbereiches L II bedingt durch Baustraßen und Wohnlager, die Kosten des Bereiches L IV durch den Einsatz von 80 bis 90% nicht ortsansässiger Arbeitskräfte, denen Trennungsgelder und Übernachtungsgelder bezahlt werden.
Man darf aus der Gegenüberstellung der Beispiele aus einer Großstadt und einem Bauvorhaben in kleineren Ortschaften jedoch nicht die Schlußfolgerung ziehen, daß die Kosten L IV etwa in Großstädten allgemein kleiner sind. Diese Kosten hängen vielmehr von der Notwendigkeit der Heranziehung auswärtiger Arbeitskräfte ab und können bei konzentrierten Bauvorhaben auch in Großstädten diese Höhe erreichen, z. B. Stalinallee Berlin.
Man sieht aus diesen Beispielen, welche keineswegs absolute Grenzwerte zu sein brauchen, daß die Leistungsbereiche zusammen von 7,27% bis zu 34,7% der unmittelbaren Teilleistungen schwanken können. Ein Einfluß auf diese erheblichen Kosten wird durch den Entwurf nicht unmittelbar ausgeübt. Man sieht aber, daß die Differenzen, die hier in der Gesamtendsumme auftreten können, ganz außerordentlich hoch sind. Sie entstehen aus Bedingungen, welche nur durch Planung und Organisation des Baugeschehens verändert werden können, die jedoch u. U. die Einsparungen durch Entwurfsmaßnahmen vollkommen aufheben können.
Man sieht aus den vorstehenden Ausführungen, welche keineswegs alle Einflüsse auf die Kosten pro Wohnung beleuchtet haben, daß zur Erreichung des Zieles der Plandirektive eine Reihe von Maßnahmen notwendig sind, welche auf dem Gebiet der Planung, des Entwurfs und der Technik und Organisation der Bauausführung liegen. Was ist also zu tun?
Es ist notwendig, schnellstens eine volkswirtschaftlich begründete Grundkonzeption für die Wohnungsbautypen des 2. Fünfjahrplanes auszuarbeiten. Hierbei muß man ausgehen von dem Anteil, den die verschiedenen Bauweisen am Gesamtbauprogramm haben werden, muß eine Aufschlüsselung des Wohnungsbauprogramms festlegen, die sonstigen Baumaßnahmen, wie Läden, Garagen, Kanalisation usw., abgrenzen und den Umfang festlegen, in dem diese Kosten aus dem Preislimit der Plandirektive getragen werden müssen. Man muß ferner festlegen, in welchem Maße durch technische und organisatorische Maßnahmen Kostenverbilligungen im Gebiet der Bauindustrie möglich sind und auf diese Weise die Unterlagen für eine Entscheidung schaffen, ob und inwieweit eine Verkleinerung und Vereinfachung der Wohnungsbautypen erforderlich ist, um den Mittelwert von 22000,– DM pro WE zu erreichen und dadurch zu der vorgesehenen bedeutenden Erweiterung des Wohnungsbaues beizutragen.
Ohne Frage ist dieses eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe, die nur durch eine unbürokratische operative Zusammenarbeit aller am Baugeschehen beteiligten Stellen gelöst werden kann.

Titel	Verfasser	Seite	Abb.	Zeitschrift	Nr.
Typisierung, Industrialisierung					
Neues in der Typenprojektierung und Bauausführung von Handels- und Gaststättenbetrieben	*D. Gawrilow*	5	19	Architektur der UdSSR	4
Einige Arbeitsergebnisse und die nächsten Aufgaben des Institutes „Glawmosstroi"	*W. Promyslow*	5	2	Architektur und Bauwesen Moskaus	4
Rationelle Konstruktionen für Fundamentblöcke und Kellerwände	*M. Grutman*	2	6	Architektur und Bauwesen Moskaus	4
Ausstellung über die Errungenschaften in der Bauindustrie	*P. Shdanow*	4	11	Architektur und Bauwesen Moskaus	4
Serie von Typenentwürfen für Wohnhäuser in fabrikmäßiger Fertigung	*W. Bogomolow* u. *N. Lawontin*	4	21	Architektur und Bauwesen Moskaus	4
Wettbewerbe für die Ausarbeitung von Typenentwürfen	—	1	—	Architektur und Bauwesen Moskaus	4
Das erste Gebäude in Großplattenbauweise in Leningrad	*E. S. Rainus*	5	15	Architektur und Bauwesen Leningrads	1
Vorgespannte Montagestahlbetonkonstruktionen für den Wohnungs- und Industriebau	*L. G. Lewinski*	3	5	Architektur und Bauwesen Leningrads	1
Modernes Bauen in Holland	*J. G. Strshalkowski*	3	18	Architektur und Bauwesen Leningrads	1
Verwendung von Nephelinschlamm in der Bauindustrie	*A. J. Stachejew*	2	6	Architektur und Bauwesen Leningrads	1
Einführung neuer Baustoffe und Konstruktionen in die Baupraxis Leningrads	—	2	—	Architektur und Bauwesen Leningrads	1
Herstellung von porösen Zuschlagstoffen für Leichtbeton	*S. B. Grobokopatel* u. a.	3	6	Kommunalwirtschaft der Stadt Moskau	4
Vervollkommnung der Maschinen und Vorrichtungen zum Befördern von Ziegelsteinen nach dem Verfahren von J. P. Schirkow	*S. G. Sawinow*	3	8	Kommunalwirtschaft der Stadt Moskau	4
Verbesserung der Methode der Baudiagnostik	*J. I. Scherdjukow* u. *N. I. Kostjukow*	3	7	Kommunalwirtschaft der Stadt Moskau	4
Herstellung und Montage von Großplattenzwischenwänden	*I. Majboroda*	3	6	Architektur und Bauwesen Kiew	2
Bewehrung für Stahlbeton	*L. Gubanow*	2	4	Architektur und Bauwesen Kiew	2
Baustoffe und Konstruktionen auf der Basis von nichtgebrannten Bindemitteln	*A. Matwienko*	1	—	Architektur und Bauwesen Kiew	2
Betonsteine als Ersatz für Verschalung	—	1	1	Architektur und Bauwesen Kiew	2
Typenentwürfe für fünfgeschossige Wohnhäuser mit Wänden aus großformatigen Schlackenbetonblöcken	—	1	—	Architektur und Bauwesen Kiew	2
Plattentüren	—	1	—	Architektur und Bauwesen Kiew	2
Einführung des Montage-Stahlbetons in die Bauindustrie	—	1	—	Architektur und Bauwesen Kiew	2
Architektur von Spannkonstruktionen	*Wlodzimierz Minich*	2	11	Architektur (Warschau)	4
Industrialisierung des Bauwesens in der DDR	*W. Szolginia*	1	4	Architektur (Warschau)	4
Über Typenprojekte für Wohnhäuser in Großblockbauweise	—	1	2	Architektur RPR (Bukarest)	3
Versuchshäuser in Großblockbauweise	—	1	2	Architektur RPR (Bukarest)	3
Ökonomie des Bauwesens					
Die Kennziffern der Wirtschaftlichkeit von in Wohngebäuden untergebrachten öffentlichen Einrichtungen	*Josef Stanek*	2	—	Architektur der CSR (Prag)	1/2
Wirtschaftliche Probleme des Wohnungsbaus aus Großbauelementen	*Wladyslaw Czajka*	4	—	Die Stadt (Warschau)	4
Über den Bau in Etappen und die Realisierungskosten	*Jerzy Regulski*	4	—	Die Stadt (Warschau)	4
Diskussion über die Reihenfolge in der Projektierung und im Investbau	*A. Gy*	2	—	Ungarische Architektur	4
Theorie und Geschichte					
Der Bund Deutscher Architekten und die Deutsche Bauakademie	—	2	2	Architektur der UdSSR	4
Wohnhaus, Quartal, Mikrobezirk (Fragen ihrer Wechselbeziehung)	*L. M. Twerskoi*	5	8	Architektur und Bauwesen Leningrads	1 1

Titel	Verfasser	Seite	Abb.	Zeitschrift	Nr.
Wissenschaftliche Forschungs- und Versuchsarbeiten auf dem Gebiete des Bauwesens im Jahre 1956	—	—	—	Architektur und Bauwesen Kiew	2
Über die Erfüllung des Planes für Entwurfs- und Planungsarbeiten im Jahre 1955	—	1	—	Architektur und Bauwesen Kiew	2
Der II. Unionskongreß der sowjetischen Architekten	*O. Stary*	8	7	Architektur der CSR (Prag)	1/2
Zu den Problemen des Bauwesens und der Architektur	*J. Kittrich* u. a.	2	—	Architektur der CSR (Prag)	1/2
Die Fassaden historisch wertvoller Häuser und die der Verkaufsläden	*Vladimir Pisa*	2	3	Architektur der CSR (Prag)	1/2
Das Sgraffito der Renaissance und der Gegenwart	*Frantisek Stehlik*	5	5	Architektur der CSR (Prag)	1/2
Die Architektur des Auslandes	—	11	48	Architektur der CSR (Prag)	1/2
Studien der Geschichte des Städtebaus	—	2	—	Die Stadt (Warschau)	5
Die Ausarbeitung von Typenprojekten — die vordringlichste Aufgabe auf dem Gebiete der Architektur	—	2	—	Architektur RPR (Bukarest)	3
Aus der Tätigkeit des Architektenbundes der Rumänischen Volksrepublik	—	1	3	Architektur RPR (Bukarest)	3
Probleme der Wissenschaft auf dem Gebiete des Bauwesens und der Architektur im Lichte der neuzeitlichen Forderungen	*A. W. Wlassow*	4	—	Architektur (Sofia)	2
Für eine richtige Entwicklung der angewandten Kunst in Bulgarien	*Christo Anastassow*	4	15	Architektur (Sofia)	2
Das Problem der nationalen Form in der Architektur	*Bonta Janos*	3	—	Ungarische Architektur	4
Wohnbauten					
Entwürfe für Großplattenhäuser ohne Skelettkonstruktionen	*W. Podjakonow* *A. Rimscha*	4	11	Architektur der UdSSR	4
Die individuelle Wohnung in einem mehrgeschossigen Haus des Hoteltyps	*G. Sum-Schik*	1	4	Architektur der UdSSR	4
Methoden für die Projektierung einer Wohnsektion	*J. Wasserman*	1	2	Architektur der UdSSR	4
Wohnungsbau in der Schweiz	*P. Blochin*	5	21	Architektur der UdSSR	4
Projektierung von Wohnungen neuen Typus	*A. S. Ginzberg*	4	27	Architektur und Bauwesen Leningrads	1
Einige Fragen der Architektur typisierter Großplatten-Wohnhäuser	*S. Tschetschik*	3	14	Architektur und Bauwesen Kiew	2
Konstruktionslösung eines vielgeschossigen Wohnhauses bei zwei Mittelwänden	*M. Plechow* und *W. Jurkowski*	3	15	Architektur und Bauwesen Kiew	2
Verwaltungsgebäude aus zusammensetzbaren Stahlbeton-Skelettkonstruktionen	—	1	2	Architektur und Bauwesen Kiew	2
Wohnhäuser für die Bergleute in der Ukraine	—	1	—	Architektur und Bauwesen Kiew	2
Versuchshäuser im Bergbau	—	1	—	Architektur und Bauwesen Kiew	2
Die Wohnhäuser in Bratislava	*F. Balcarek*	2	4	Architektur der CSR (Prag)	1/2
Das Wohnhaus in der Anglicka-Gasse in Prag	*K. Storch*	1	7	Architektur der CSR (Prag)	1/2
Der Wohnungsbau in England	*M. Kaczorowski*	3	11	Architektur (Warschau)	4
Zur Frage der Hochwohnhäuser	*Wanda Litterer*	3	—	Die Stadt (Warschau)	5
Allgemeine Betrachtungen über Wohnhäuser in Großplattenbauweise	*Tiberiu Ricci* u. *Adrian Lupescu*	10	35	Architektur RPR (Bukarest)	3
Wettbewerb zur Schaffung von typisierten Einfamilienhäusern in der Stadt	*Nicolae Nedelescu*	1	45	Architektur RPR (Bukarest)	3
Einige Feststellungen in Verbindung mit den drei Versuchshäusern in Großplattenbauweise im Jahre 1955	*Gheorghe Sebetyen*	3	—	Architektur RPR (Bukarest)	3
Einige Probleme des Wohnungsbaues	—	1	—	Architektur RPR (Bukarest)	3
Einige grundsätzliche Fragen der Projektierung des Wohnblocks in der Fiastyuk-Straße	*Benjamin Karoly*	4	13	Ungarische Architektur	4
Wettbewerb für die Projektierung eines in Plattenbauweise errichteten Montagehauses	*Miskolczy Laszlo*	2	20	Ungarische Architektur	4

Titel	Verfasser	Seiten	Abb.	Zeitschrift	Nr.
Städtebau					
Die W. I. Lenin-Untergrundbahn in Leningrad	*A. Sokolow*	3	9	Architektur der UdSSR	4
Planung und Bebauung des Südwest-Bezirkes der Hauptstadt	*B. Mesenzew* u. *J. Scheinin*	5	16	Architektur und Bauwesen Moskaus	4
Wege zur weiteren Verbesserung des Straßenverkehrs und Entwicklung des städtischen Transportes in Moskau	*A. M. Saslawski*	5	5	Kommunalwirtschaft der Stadt Moskau	4
Entwurf für die Planung und Bebauung der Stadt Kiew	—	1	—	Architektur und Bauwesen Kiew	2
Die Siedlung Saca-Buzinka	*J. Hruza*	2	5	Architektur der CSR (Prag)	1/2
Die im zweiten Fünfjahrplan vorgesehenen Pläne des komplexen Aufbaues unserer Städte	*H. Hausner*	2	—	Architektur der CSR (Prag)	1/2
Rataje — ein neues Stadtviertel von Poznan	*Stefan Sekowski*	2	8	Architektur (Warschau)	4
Die Stadtindividualität und die fabrikmäßige Vorfertigung von Bauteilen	*K. Wejchert*	4	8	Die Stadt (Warschau)	4
Die Stadt Kalisz	*B. Ufnalewski*	5	7	Die Stadt (Warschau)	4
Arbeiten über die weitere Entwicklung der Stadt Otwock	—	2	—	Die Stadt (Warschau)	4
Einige Fragen zum Entwicklungsplan für die Stadt Wroclaw (1956—1960)	*L. Dabrowski*	5	6	Die Stadt (Warschau)	5
Die Praxis und die wichtigsten Aufgaben des sowjetischen Städtebaues	*W. Schkwarnikow*	5	—	Architektur (Sofia)	2
Bauten der Gesellschaft					
Vorschläge zur Vereinheitlichung der Entwürfe für Kindergärten und Kinderkrippen	*S. Smeul*	3	10	Architektur der UdSSR	4
Organisation und städtebauliche Einrichtungen der Schulgrundstücke	*W. F. Alekseiew*	5	22	Kommunalwirtschaft der Stadt Moskau	4
Versuchsbau einer Schule aus Schlackenbeton-Blöcken	*B. Wedernikow* und *W. Popow*	2	5	Architektur und Bauwesen Kiew	2
Bau von Schulen bei Moskau aus Großblöcken	*S. Starostin* und *L. Figowski*	3	6	Architektur und Bauwesen Kiew	2
Die Studentenheime in Prag-Podoli	*K. Prager*	2	6	Architektur der CSR (Prag)	1/2
Die Kinderkrippe in Ostrow	*M. Benesova* u. *K. Schranilova*	2	6	Architektur der CSR (Prag)	1/2
Das Kreisgebäude der Rundfunk-Studios	*K. Honzik*	1	6	Architektur der CSR (Prag)	1/2
Das Zentralgebäude des Staatsarchivs	*Leszek Kolacz*	1	8	Architektur (Warschau)	4
Neue Vorschläge auf dem Gebiete des Krankenhausbaues	—	1	3	Architektur RPR (Bukarest)	3
Neue Studien über das Projektieren von Ganztagskindergärten	*K. Dshangosow* u. *R. Krystanowa*	7	15	Architektur (Sofia)	2
Bauten der Industrie und Technik					
Über die architektonisch-baulichen sowie nutzungsmäßigen Eigenschaften von Industriebauten	*O. Chorchot*	3	12	Architektur und Bauwesen Kiew	2
Die Trockenmilchfabrik in Zabreh in Mähren	*F. Balcarek*	1	6	Architektur der CSR (Prag)	1/2
Ländliche Bauten					
Die ländliche Bezirksplanung	*J. Schachow*	2	1	Architektur der UdSSR	4
Unzulängliche Typenentwürfe für Feldschuppen	*I. Migaj*	1	—	Architektur und Bauwesen Kiew	2
Bau eines Schweinestalles in der LPG Neues Leben	—	1	2	Architektur und Bauwesen Kiew	2
Die örtliche Planung und Projektvorbereitung des Aufbaues von Dörfern	*Ales Viklicky*	4	2	Architektur der CSR (Prag)	1/2
Neue Errungenschaften auf dem Gebiete des ländlichen Bauens in der Rumänischen Volksrepublik	*I. A. Gljukman*	3	8	Architektur (Sofia)	2
Gartenarchitektur und Grünplanung					
Begrünung und äußere Gestaltung der Wohnquartale Leningrads	*O. A. Iwanowa* und *A. S. Machrowskaja*	4	22	Architektur und Bauwesen Leningrads	1
Das Tempo des städtischen Ausbaus und der Begrünung von Ortschaften und Siedlungen steigern	*O. Kasjanow* u. *G. Frumin*	3	3	Architektur und Bauwesen Kiew	2

STÄDTEBAULICHER IDEENWETTBEWERB FÜR DIE ZWEITE SOZIALISTISCHE STADT HOYERSWERDA

Zur Erlangung von städtebaulichen Ideenentwürfen für die Gestaltung der Magistrale und der Wohnkomplexe zwei bis sieben der zweiten sozialistischen Stadt Hoyerswerda wird vom Ministerium für Aufbau ein öffentlicher Wettbewerb ausgeschrieben:

Alle Architekten, die in der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor von Groß-Berlin ihren Wohnsitz haben, sind zur Mitarbeit aufgerufen. Die Bildung von Entwurfskollektiven und Arbeitsgemeinschaften ist gestattet. Für die fünf besten Entwürfe sind Preise in Höhe von

10 000 DM
7 000 DM
5 000 DM

und zwei Ankäufe in Höhe von **1000 DM** ausgesetzt. Die am Wettbewerb interessierten Architekten müssen bis zum 8. Oktober 1956 beim Büro des Chefarchitekten von Hoyerswerda folgende Unterlagen einsenden: einen Lageplan 1 : 2000 mit der Darstellung der Wohnkomplexe II bis VII und der Magistrale (Hauptstraße). Diese Darstellung muß in die bestätigte Grundkonzeption des Stadtbebauungsplanes sowie des Wohnkomplexes I eingearbeitet werden. Weiterhin ist eine Vogelschau mit der Darstellung der Komplexe und der Magistrale, ein Schaubild und eine Massenabwicklung der Magistrale im Maßstab 1 : 500 einzusenden.

Die ausführlichen Wettbewerbsunterlagen sind beim Chefarchitekten der zentralen Aufbauleitung Hoyerswerda gegen Einsendung einer Gebühr von 30 DM zu erhalten. Bei fristgerechter Einreichung eines Entwurfes wird die Gebühr zurückerstattet. Die Bewertung der Einsendungen erfolgt durch ein Preisgericht, dem angehören: Der Präsident der Deutschen Bauakademie Prof. Dr. Liebknecht; der Vorsitzende des Beirates für Bauwesen beim Ministerrat der DDR, Prof. Collein; Staatssekretär Kosel; Staatssekretär Hafrang; der stellvertretende HV-Leiter im Ministerium für Aufbau Karthaus; Prof. Funk von der Technischen Hochschule Dresden; Dipl.-Ing. Oehme, Chefarchitekt von Karl-Marx-Stadt; Dipl.-Ing. Flemming, Hauptarchitekt beim Rat des Bezirks Cottbus; der stellvertretende Vorsitzende des Rates des Bezirks Cottbus, Götze; der stellvertretende Vorsitzende des Rates des Kreises Hoyerswerda, Schmittberger, und als Vorprüfer Chefarchitekt Rupp sowie ein Vertreter der Parteien und Massenorganisationen.

DER RAT DER STADT ERFURT *schreibt zur Erlangung von Ideenentwürfen für die Erweiterung des Hauptfriedhofes einen öffentlichen Ideenwettbewerb aus.*

Die Aufgabe umfaßt die gesamte Vorplanung der künftigen Friedhofserweiterung einschließlich der Baulichkeiten. Zu diesen Baulichkeiten gehören:

ein **Krematorium**
ein **Verwaltungsgebäude**
ein **Pförtnerhaus**
eine **Blumenverkaufshalle.**

Zugelassen zu diesem Wettbewerb sind alle Garten- und Landschaftsgestalter, Architekten und Städtebauer sowie Architektenkollektive und Brigaden, die ihren Wohnsitz im Gebiet der DDR oder dem demokratischen Sektor von Groß-Berlin haben.

Folgende Preise kommen zur Verteilung:

1. Preis 6000 DM
2. Preis 4000 DM
zwei **3. Preise je 2000 DM**
3 Ankäufe je 1000 DM

Das stimmberechtigte Preisrichterkollegium setzt sich aus folgenden Personen zusammen:

Oberbürgermeister Boock (Erfurt) – Prof. Englberger, Architekt BDA (Weimar) – Prof. Bauch, Gartenarchitekt BDA (Dresden) – Gartenarchitekt Lingner BDA (Berlin) – Diplomingenieur Haubenreißer, Architekt BDA (Erfurt) – Hauptarchitekt Richter BDA (Erfurt) – Sachgebietsleiter der Stadtplanung Hamer, Architekt BDA (Erfurt) – Gartenbaudirektor Bien (Erfurt) – Betriebsleiter der Städt. Friedhöfe, Lohfeld (Erfurt) – Abg. Seifert, Ständige Kommission für Aufbau, Erfurt – Abg. Steinbach, Ständige Kommission für Verschönerung der Stadt, Erfurt – Abg. Handschuhmacher, Ständige Kommission für Kommunale Wirtschaft, Bezirk Erfurt.

Die Wettbewerbsunterlagen sind gegen eine Schutzgebühr von 20 DM beim Rat der Stadt Erfurt, Abt. Kommunale Wirtschaft, Erfurt, Fischmarkt 1, erhältlich.

Spätester Abgabetermin ist der 30. 11. 1956.

Rat der Stadt Erfurt
gez. Boock, Oberbürgermeister